

## WIE ESSEN GRÖßER WURDE<sup>1</sup>

Die Eingemeindungspolitik der Stadt Essen im Kaiserreich

von Klaus Wisotzky

Die kommunale Neugliederung der 1960er/70er Jahre, mit der eine »höhere Verwaltungseffizienz und bessere Daseinsvorsorge mittels größerer Verwaltungs- und Planungseinheiten«<sup>2</sup> erzielt werden sollte, stieß in den Kommunen, die ihre Selbstständigkeit verlieren sollten, auf den Protest der Bevölkerung. Noch 40 Jahre später beklagen viele Kettwiger oder Wattenscheider, dass sie zu Essen bzw. Bochum gehören. Aber auch die Eingemeindungen der 1920er Jahren<sup>3</sup> haben bis heute ihre Spuren hinterlassen.

Wenn die damaligen und heutigen Gebietsänderungen mit so vielen Emotionen verbunden waren, so stellt sich die Frage, ob dies auch schon bei den Eingemeindungen im Kaiserreich der Fall war. Oder hat die Bevölkerung den Verlust der Selbstständigkeit eher hingenommen, weil sie sich nicht so sehr mit ihrem Wohnort identifizierte und vielmehr die Vorteile des Anschlusses an eine größere, vermeintlich leistungsstärkere Kommune sah?

Anhand des Essener Beispiels soll nicht nur das Verhalten der Einwohner untersucht werden. Zu fragen ist ferner nach den treibenden bzw. retardierenden Kräften und ihren Zielen und Motiven. Welche Positionen nahmen die beteiligten Verwaltungen ein und wie verliefen die Verhandlungen? Wer konnte aus welchen Gründen seine Interessen durchsetzen? Und wenn man über Essener Geschichte referiert, so ist immer auch zu fragen, welche Rolle spielte dabei Krupp?

Zu Beginn des 19. Jahrhunderts war Essen »a city with a great past, little present, and no foreseeable future«.<sup>4</sup> Innerhalb des nur 882 Hektar großen Stadt-

- 1 Ich danke Prof. Dr. Ralf Stremmel und Dr. Jürgen Lindenlaub für die kritische Durchsicht des Manuskriptes.
- 2 Siehe Sabine Mecking, Bürgerwille und Gebietsreform, Demokartieentwicklung und Neuordnung von Staat und Gesellschaft in Nordrhein-Westfalen 1965–2000. München 2012.
- 3 Zu den Eingemeindungen der 1920er Jahre siehe Hein Hoebink, Mehr Raum – mehr Macht. Preußische Kommunalpolitik und Raumplanung im rheinisch-westfälischen Industriegebiet 1900–1933. Essen 1990.
- 4 Eugene Charles McCreary, Essen 1860–1914. A Case Study of the Impact of Industrialization on German Community Life, Diss. Yale 1963 (MS), S. 4.

gebiets lebten 1810 lediglich 3.903 Einwohner. Wenngleich die Bevölkerungszahl in den folgenden Jahrzehnten kontinuierlich stieg, blieb Essen ein »kleines, verräuchertes, unansehnliches Landstädtchen«<sup>5</sup> mit 6.325 Einwohnern (1840), durch dessen Straßen der städtische Hirte das Vieh auf die Weide trieb.

Der gewaltige Wandel hin zu einer Großstadt, der nach der Jahrhundertmitte einsetzte, basierte auf drei voneinander abhängigen, sich gegenseitig verstärkenden Entwicklungen: dem Aufschwung des Bergbaus, dem Ausbau der Eisenbahn und dem Aufstieg der Kruppschen Gussstahlfabrik.<sup>6</sup>

Nachdem es gelungen war, die Mergeldecke zu durchstoßen, wodurch die für die Hüttenindustrie so wichtige Fettkohle erschlossen werden konnte, schossen die neuen Schachtanlagen wie Pilze nach einem warmen Regen aus dem Boden. Essen, Sitz des Vereins für die bergbaulichen Interessen, mit dem umliegenden Landkreis wurde zur bedeutendsten Bergbauregion Deutschlands nach der Jahrhundertmitte.

Noch wichtiger für das rapide Wachstum der Stadt war die Entwicklung der Kruppschen Gussstahlfabrik.<sup>7</sup> Aus der Fabrik mit knapp 100 Beschäftigten im Jahre 1849 erwuchs innerhalb von zwei Jahrzehnten ein Weltkonzern. Vor allem mit der Vergrößerung des Eisenbahnbetriebs und der Ausweitung des Schienennetzes war der immense Aufschwung von Krupp untrennbar verbunden. Alfred Krupp<sup>8</sup> erfand nicht nur den nahtlosen Radkranz, seine wohl bedeutendste Erfindung, sondern die Firma lieferte Achsen und Federn für die Waggonen sowie Schienen in großer Zahl. Die Einführung des Bessemer-Verfahrens in den 1860er Jahren erlaubte dann die Herstellung von billigerem Massenstahl, wodurch die Produktpalette erweitert werden konnte. Zu dieser Zeit gewann auch die viel beachtete Kanonenproduktion zunehmend an Bedeutung.

Die Beschäftigungsmöglichkeiten in der Montanindustrie zogen immer mehr Menschen an. 1871 war die 50.000er Marke überschritten, sodass ein selbstständiger Stadtkreis gebildet wurde (3.2.1873).<sup>9</sup> Obwohl Alfred Krupp im

5 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 169, 19.6.1896.

6 Zur Geschichte Essens im 19. Jahrhundert siehe Robert Jahn, Essener Geschichte. Essen 1957; Thomas Dupke, Kohle, Krupp und Kommunalentwicklung. Die Karriere eines Landstädtchens – Essen 1803 bis 1914, in: Essen. Geschichte einer Stadt, hrsg. v. Ulrich Borsdorf. Essen 2002, S. 266–367.

7 Siehe Klaus Tenfelde, Krupp – der Aufstieg eines deutschen Weltkonzerns, in: Bilder von Krupp, hrsg. v. Klaus Tenfelde. München 1994, S. 13–39; Lothar Gall, Krupp. Der Aufstieg eines Industrieimperiums. München 2000.

8 Alfred Krupp (1812–1887). Biographische Angaben: Erwin Dickhoff, Essener Köpfe. Essen 1985, S. 139; Neue Deutsche Biographie (NDB) 13, S. 130 ff.

9 Die Verwaltung der Stadt Essen im XIX. Jahrhundert. Erster Verwaltungsbericht der Stadt Essen, erstattet von Erich Zweigert. Essen 1902, S. 32.



Blick vom Rathausturm auf die Kruppsche Fabrik (Fotoarchiv Ruhr Museum)

gleichen Jahr klagte, dass »kein Ort der Welt so überbevölkert ist als Essen«<sup>10</sup>, hielt der Zustrom weiterhin an und 23 Jahre später machte die Geburt des 100.000 Einwohners die Kommune zur Großstadt.

Tab. 1: Entwicklung der Bevölkerungszahlen<sup>11</sup>

Volkszählungsergebnis			
1803	3.480	1861	20.811
1810	3.903	1871	51.513
1819	4.636	1880	56.944
1831	5.464	1890	78.706
1840	6.325	1895	96.128
1849	8.813	1900	118.862

Dieses rapide Bevölkerungswachstum beruhte sowohl auf den Zuwanderungen, zunächst aus dem näheren Umland, später dann auch aus den deutschen Ostgebieten, als auch auf einem hohen Geburtenüberschuss,<sup>12</sup> denn die Zuwan-

<sup>10</sup> Krupp an Meyer, 7.11.1873. Zit. nach Alfred Krupps Briefe 1826–1887, hrsg. v. Wilhelm Berdrow. Berlin 1928, S. 294.

<sup>11</sup> *Handb. der Essener Geschichte*/ Stadtarchiv (HdEG/StA) 102 I 457.

<sup>12</sup> *Zahlen bei Hans Hudde, Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung der Stadt Essen in den Jahren 1800–1914. Diss. Freiburg 1922, S. 77.*

derer behielten ihren »strukturkonservativen Modus« der Familienexistenz<sup>13</sup> bei, wie sie ihn vom Lande her kannten. Da zudem die Frauen in der von der Montanindustrie geprägten Stadt kaum Arbeitsmöglichkeiten fanden, heirateten sie sehr früh, wodurch sich die Fruchtbarkeitsspanne vergrößerte mit der Folge, dass die Arbeiterfamilien – besonders aber die Bergarbeiterfamilien – zu den kinderreichsten Familien in Deutschland gehörten.

Da sich das Stadtgebiet nicht erweitert hatte, stieg natürlich die Bevölkerungsdichte an, die 1897 größer war als in allen deutschen Städten mit Ausnahme von Berlin und Breslau.<sup>14</sup>

Tab. 2: Bevölkerungsdichte (Einwohner je ha)<sup>15</sup>

	Einwohner je ha
1855	14,7
1875	62,1
1885	73,8
1895	109,2
1900	122,9

Mit 123 Einwohnern je Hektar hatte Essen einen Wert erreicht, bei dem »man im allgemeinen eine Stadt als vollkommen bevölkert ansieht«.<sup>16</sup>

Den Zustrom von Arbeitsmigranten im 19. Jahrhundert konnte die Stadt nur schwer verkraften. Obwohl im Zeitraum von 1871 bis 1900 die Zahl der bewohnten Gebäude von 3.322 auf 6.431 stieg,<sup>17</sup> fehlte es an Wohnraum, um die Bevöl-

13 Klaus Tenfelde, Nachkriegszeit: Eine neue soziale Mitte im Ruhrgebiet, in: vhw Forum Wohneigentum 2005/5, S. 229–235, Zitat S. 232.

14 ~~Zitat~~. Auf einen Einwohner entfielen x qm Stadtgebiet:

Berlin	42
Breslau	81
Essen	88
Dortmund	231
Düsseldorf	265
Köln	345
Duisburg	522

Essener Volks-Zeitung v. 13.3.1897.

15 Hudde, Die Wirtschafts- und Bevölkerungsentwicklung (wie Anm. 12), S. 79 Tab. 4; Die Entwicklung der Essener Wohnungsverhältnisse seit 1900, hrsg. v. städtischen Statistischen Amt. Essen 1914, S. 14.

16 Hermann Ehlgötz, Das Stadtbild im Wandel der Zeiten, in: Essen, hrsg. v. Hermann Ehlgötz. Berlin 1925 2. Aufl., S. 23–61, Zitat S. 26.

17 Heinrich Grewe, Die soziale Entwicklung der Stadt Essen im 19. Jahrhundert. Diss. Köln 1949 (MS), S. 423.



Brandstraße (Fotoarchiv Ruhr Museum)

kerungsmassen unterzubringen. Daher wurden – so die Kritik des späteren Beigeordneten Robert Schmidt<sup>18</sup> – »die vorhandenen Häuser ... stärker belegt, Anbauten ... gemacht, Stockwerke aufgesetzt, Scheunen zu Wohnhäusern umgebaut und endlich an schematischen Straßen, die im wesentlichen dem Augenblicksbedürfnisse entsprechen, die krassesten Unternehmerbauten in scheußlichster Anspruchslosigkeit errichtet«.<sup>19</sup>

Auch der Essener Oberbürgermeister Erich Zweigert<sup>20</sup> stellte 1901 selbstkritisch fest:

18 Robert Schmidt (1869–1934), ab 1901 Stadtbauinspektor, dann Beigeordneter, von 1920 bis 1933 Verbandsdirektor des Ruhrsiedlungsverbandes. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 204; Hermann Schröter, Beigeordnete der Stadt Essen bis zum Jahre 1933, I, in: Die Heimatstadt Essen – Jahrbuch 1960/61, S. 29–48; II, in: Die Heimatstadt Essen – Jahrbuch 1961/62, S. 87–103, hier: II, S. 94 f.

19 Robert Schmidt, Ein modernes Stadtgebilde – Die Industrie- und Wohnstadt, in: Essens Entwicklung 1812–1912, hrsg. v. Verkehrsverein für den Stadt- und Landkreis Essen. Essen 1912, S. 34–42, Zitat S. 35.

20 Erich Zweigert (1849–1906), Oberbürgermeister von 1886 bis 1906. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 258; Horst Romeyk, Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816–1945. Düsseldorf 1994, S. 831 f.;

»Trotz der weitgehenden Fürsorge der Firma Krupp für die Besserung der Wohnungen ihrer Werksangehörigen, trotz der ähnlichen Tätigkeit anderer größerer und kleinerer Arbeitgeber, trotz der von der städtischen Verwaltung, wenn auch mit geringeren Mitteln unternommenen Abhilfemaßregeln, trotz gemeinnütziger und genossenschaftlicher Bauvereine und trotz endlich einer hervorragenden geschäftlichen Bautätigkeit speziell in Arbeiterwohnhäusern, die zur Erbauung ganzer Straßenzüge durch einen Privatunternehmer geführt hat, herrschen in meiner Stadt auf dem Gebiete des Wohnungswesens Übelstände, die mit den in sittlicher, sozialer und gesundheitlicher Beziehung zu stellenden Forderungen nicht in Einklang zu bringen sind.«<sup>21</sup>

Nach einer städtischen Erhebung lebten 1901 46 % der Einwohner in knappen Wohnverhältnissen, 11 % in ungenügenden und 9 % in überbevölkerten Wohnungen.<sup>22</sup>

Besonders krass waren die Wohnverhältnisse im Segeroth,<sup>23</sup> die die Arbeiter-Zeitung beklagte:

»Hier hausen in dumpfen, teils feuchten Wohnungen, zusammengepfercht wie die Würmer die Arbeiter, wenn sie von schwerer, langer Arbeit heimkommen, um auszuruhen und sich zu ›erholen‹. Armer Arbeiter, der du hier, wo Fäulnis und Moder dir entgegen starrt, wo Ungeziefer jeglicher Art nistet, welches dir selbst den Schlaf nicht gönnt, dein Dasein fristen musst.«<sup>24</sup>

Anja Niklaß, »Wenn die Gewaltigen klug sind ...«. Die Essener Wohnungs- und Bodenpolitik 1885–1915. Marburg 1999, S. 53–58. Den Ruhm des Oberbürgermeisters begründeten die Aufsätze von Paul Brandi. Paul Brandi, Der Aufstieg der Stadt Essen zur Industriemetropole. Eine Erinnerung an Oberbürgermeister Erich Zweigert, in: Essener Beiträge (EB) 60, 1940, S. 239–294 u. Paul Brandi, Essener Arbeitsjahre, in: EB 75, 1959, S. 5–110. Die kritischen Einwände des Verlegers Theodor Reismann-Grone (in: Historisches Archiv Krupp [HAK] WA 4/1772) sind dagegen kaum zur Kenntnis genommen worden. Eine ausgewogene Würdigung ist zu finden bei Frank Bajohr, Zwischen Krupp und Kommune. Sozialdemokratie, Arbeiterschaft und Stadtverwaltung in Essen vor dem Ersten Weltkrieg. Essen 1988. Eine moderne Biografie Zweigerts ist aber weiterhin ein Desiderat der Essener Stadtgeschichtsforschung.

- 21 Erich Zweigert, Die Beaufsichtigung der vorhandenen Wohnungen, in: Neue Untersuchungen über die Wohnungsfrage in Deutschland und im Ausland, hrsg. v. Verein für Socialpolitik. Leipzig 1901, S. 47–112, Zitat S. 51.
- 22 Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 49.
- 23 Zum Segeroth siehe Essens wilder Norden. Segeroth – ein Viertel zwischen Mythos und Stigma, hrsg. v. Frank Bajohr u. Michael Gaigalat. Hamburg 1991. 2. Aufl.
- 24 Zit. nach Vom Hausen zum Wohnen. Wohnungsbau für Arbeiter zur Zeit der Industrialisierung: Essen, ein Beispiel, hrsg. v. Ruhrlanmuseum. Essen 1988, S. 26.

Wegen der begrenzten Ausdehnung des Stadtgebiets wich Krupp mit dem Bau seiner Arbeiterkolonien in den Westen aus. In der Bürgermeisterei Altendorf entstanden die Kolonien Schederhof und Kronenberg.<sup>25</sup> Ebenso kaufte das Blechwalzwerk Schulz-Knautd, das am Rande des Stadtkerns lag, für seine Arbeitersiedlung Hüttenheim Gelände außerhalb der Stadt, in der Gemeinde Huttrop, auf.<sup>26</sup>

Wer es sich leisten konnte, und das waren vor allem die Beamten und Angestellten der neuen Verwaltungen, suchte eine Wohnung im südlich gelegenen Rüttenscheid oder noch etwas weiter entfernt in Bredeney. Hier dehnten sich die besseren Wohngebiete aus. Erleichtert wurde der Wegzug aus der Stadt durch die seit den 1890er Jahren angelegten Straßenbahnstrecken, die die Vororte mit der Essener Innenstadt verbanden.<sup>27</sup>

Die Stadtspitze sah diese Entwicklung mit großem Missmut. Zum einen verlor die Stadt die Steuereinnahmen. Zum anderen besuchten die Vorortbewohner weiterhin das Essener Theater, nutzten das Schwimmbad und schickten ihre Kinder in die Essener Schulen, ohne etwas zum Unterhalt dieser Einrichtungen beizutragen.

Der Aufschwung der Vorortgemeinden führte auch dazu, dass »unmittelbar an der Stadtgrenze ein planloses, durch die Grundstücksinteressen der in den Gemeinderäten maßgebenden Grundstücksbesitzer geleitetes Bauen einsetzte«, dem der Oberbürgermeister »mit gebundenen Händen« zusehen musste.<sup>28</sup>

Um das Siedlungsproblem zu lösen und um genügend Raum für den koordinierten Ausbau der Infrastruktur zu schaffen, war es zwingend notwendig, »die würgenden Klammern« des Landkreises zu sprengen.<sup>29</sup> Gleiches galt für die Raumplanung. »Eine weitsichtige Bodenpolitik ist nur möglich«, konstatierte Oberbürgermeister Erich Zweigert, »wenn wir große, räumlich ausgedehnte und leistungsfähige Gemeinden haben.« Aus diesem Grunde forderte er kategorisch: »Man beseitige die Vorortgemeinden, vereinige zu einem kommunalen Gemeinwesen, was ein wirtschaftliches Ganzes bildet. Große, leistungsfähige Gemeinden, das ist ein Heilmittel, ...«<sup>30</sup>

25 Richard Klapheck, Siedlungswerk Krupp. Berlin 1930, S. 18–34; Daniel Stemmrich, Die Siedlung als Programm. Untersuchungen zum Arbeiterwohnungsbau anhand Krupp-scher Siedlungen zwischen 1861 und 1907. Hildesheim – New York 1981, S. 171–211.

26 Heribert Sponheuer, Die Entwicklung des Werkes von Schulz, Knautd & Co. in Essen (1856 bis 1912), in: Münster am Hellweg 38, 1985, S. 118–141, hier S. 138.

27 Hundert Jahre in Essen auf Draht – Die Straßenbahn, hrsg. v. der Essener Verkehrs-AG. Essen 1993.

28 Brandi, Aufstieg (wie Anm. 20), S. 275.

29 Brandi, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 25.

30 Erich Zweigert, Der Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse für die preußische Monarchie, in: Zeitschrift für Wohnungswesen, 1904 zit. nach Brandi,



Oberbürgermeister Erich Zweigert  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

Zweigert strebte mit der Stadtvergrößerung nicht nur eine Lösung der drängenden Probleme an, sondern er wollte die Industriestadt Essen, deren Charakter entscheidend von Krupp geprägt war, auch zum Wirtschafts- und Verwaltungsmittelpunkt des Ruhrgebiets machen. Seine Bemühungen zeitigten erste Erfolge, als 1893 das Rheinisch-Westfälische Kohlensyndikat, die Verkaufsorganisation des Ruhrbergbaus, und 1896 die Eisenbahndirektion in Essen gegründet wurden. Die Ansiedlung weiterer Behörden und Unternehmensverwaltungen, die Entwicklung der Stadt zu einem Dienstleistungsstandort, konnte aber nur erfolgreich sein, wenn die entsprechenden Voraussetzungen vorhanden waren: eine leistungsfähige Kommunalverwaltung, eine

moderne Infrastruktur, gute Verkehrsanbindungen, ansprechende Wohngebiete, eine ausreichende Zahl an Bildungs- und Fortbildungseinrichtungen, vielfältige Kulturinstitute, nah gelegene Erholungsgebiete. Das alles ließ sich auf dem beschränkten Territorium von 882 ha nicht realisieren, zumal es im Westen von den Kruppschen Fabrikanlagen und im Norden und Osten von den Schachtanlagen und Bahnanlagen eingeschnürt war. Für seine auf die Zukunft gerichteten Pläne benötigte Zweigert Raum, nur so konnte Essen im Konzert der Großstädte mitspielen.

Doch der Widerstand gegen das weit vorausschauende Programm war heftig. Im Gegensatz zu Bochum oder Gelsenkirchen, die mit einem Schlag ihr Territorium so erweitern konnten, dass auf längere Zeit ausreichend Raum für die zukünftige Entwicklung vorhanden war,<sup>31</sup> konnte sich Essen nur mühsam

<sup>31</sup> Aufstieg (wie Anm. 20), S. 254.

<sup>31</sup> Bochum wuchs 1904 durch die Eingemeindung von Hamme, Hofstede, Grumme und Wiemelhausen sein Stadtgebiet von 623 ha auf 2.689 ha, Gelsenkirchen wuchs 1903 durch die Angliederung von Schalke, Heßler, Bismarck, Bulmke, Hüllen und Ückendorf





Die Eisenbahndirektion am Bismarckplatz (Fotoarchiv Ruhr Museum)

aus der würgenden Umklammerung durch den Landkreis lösen. Es musste vielmehr Schritt für Schritt vorgehen, um in langwierigen und mühseligen Verhandlungen zum Ziel zu gelangen.

### **Altendorf<sup>32</sup>**

Essen platzte zwar aus allen Nähten, so dass der Gedanke an eine Erweiterung des Stadtgebietes zwingend wurde. Doch die erste Initiative zu einer Eingemeindung ging nicht von der Essener Stadtverwaltung aus, sondern von der Firma Fried. Krupp. Ihr Firmenareal, das sich immer mehr vergrößerte und schon bald die Essener Innenstadt an Fläche übertraf, lag sowohl in der Stadt

von 262 ha auf 2.821 ha. Hans Petermann, Die Eingemeindungen der kreisfreien Städte des rheinisch-westfälischen Industriebezirks. Dortmund 1912, S. 12 u. 40f. Zu Bochum siehe auch die Beiträge in Jürgen Mittag/Ingrid Wölk (Hrsg.), Bochum und das Ruhrgebiet. Großstadtbildung im 20. Jahrhundert. Essen 2005.

32 Siehe auch Martin Rickers, Industrialisierung und Verstädterung im Ruhrgebiet: Das Beispiel Altendorf. Examensarbeit Universität Essen 1992 (MS), S. 90–121; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 136–139.

Essen als auch in der Bürgermeisterei Altendorf.<sup>33</sup> In der Gemeinde Altendorf waren auch – wie erwähnt – die Arbeitersiedlungen Kronenberg und Schederhof errichtet worden. Für das Unternehmen waren daher die Steuerabrechnungen stets eine komplizierte zeitaufwendige Angelegenheit, die sich bei einer Vereinigung Altendorfs mit Essen erübrigt hätte. Aus diesem Grunde beantragte Krupp am 19. August 1879 bei der Königlichen Regierung in Düsseldorf, »die in der Landgemeinde Altendorf gelegenen Teile und Zubehörungen ihrer Gussstahlfabrik von dieser Landgemeinde abzutrennen und der Stadtgemeinde Essen zuzuteilen«.<sup>34</sup> Über die Reaktion der staatlichen Behörde ist leider nichts in Erfahrung zu bringen, da die Akten des Landkreises verloren gegangen sind.<sup>35</sup> Im November 1879 bat der Landrat den Regierungspräsidenten um Aufschub für die Berichterstattung, weil die Angelegenheit einer »eingehenden Prüfung, verbunden mit verschiedenen, zeitraubenden statistischen und kalkulatorischen Arbeiten« bedürfe.<sup>36</sup>

Letztlich erübrigte sich seine Stellungnahme, denn der Kruppsche Antrag stieß in der Essener Stadtverordnetenversammlung auf wenig Gegenliebe. Eine von ihr eingesetzte Kommission hatte errechnet, dass die 10.100 Neubürger wohl etwa 20.000 M an Kommunalsteuern zahlen würden. Hinzu kämen Grund- und Gebäudesteuern in Höhe von 5.500 M. Doch diesem Einnahmeplus standen Mehrausgaben für die Armenpflege und die Schulunterhaltung, für Straßenbau und Polizei von weit mehr als 40.000 M gegenüber mit steigender Tendenz, da – so die Kommission – die Ansprüche der Arbeiterbevölkerung immer größer würden. Wegen dieser finanziellen Mehrbelastung empfahl sie, den Antrag von Krupp abzulehnen.<sup>37</sup> Die Stadtverordnetenversammlung folgte dieser Empfehlung am 12. November 1880 einstimmig.<sup>38</sup> Eine überraschende Entscheidung für alle die, die glauben, dass der Herr auf dem Hügel nur mit

33 Hans-Werner Wehling, Die Krupp-Stadt, in: Essen im 19. und 20. Jahrhundert. Karten und Interpretationen zur Entwicklung einer Stadtlandschaft. Essen 1990, S. 171–195.

34 HdEG/StA Fachbibliothek (FB) D II 1600, Erich Zweigert, Denkschrift betr. Eingemeindung Altendorfs, 18.7.1897.

35 Landesarchiv Nordrhein-Westfalen, Abt. Rheinland (LAV NRW R) Regierung Düsseldorf (RD) 9733, Landrat an Regierungspräsident, 28.4.1882.

36 LAV NRW R RD 9733, Landrat an Regierungspräsident, 13.11.1879.

37 Essener Zeitung Nr. 266, 13.11.1880.

38 Denkschrift betr. Eingemeindung Altendorfs (wie Anm. 34). – Falsch ist die Darstellung bei Jahn, Essener Geschichte (wie Anm. 6), S. 490f.: »In den Jahren 1879/80 hatte sich der Landkreis den auf eine Eingemeindung Altendorfs hinielenden Bestrebungen des Oberbürgermeisters Hache widersetzt.« – Gustav Hache (1835–1886), Oberbürgermeister von Essen von 1868 bis 1886. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 79; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 492.

dem Finger schnipsen müsse und die Stadtverordneten würden springen. Doch da sich Alfred Krupp kaum um die Stadtpolitik gekümmert hatte, war der Einfluss des Unternehmens im Stadtparlament noch begrenzt. Erst in den folgenden Jahren, als Krupp der alleinige Wähler in der Ersten Klasse war, baute es eine solche Machtposition auf, dass der Oberbürgermeister Erich Zweigert bei der Einführung der neugewählten Stadtverordneten 1898 verkündete, »dass die Interessen der Stadt identisch seien mit den Interessen der Fabrik, und wo sie es nicht seien, da müssten sie mit diesen Interessen identisch gemacht werden.«<sup>39</sup>

Weil der Kruppsche Antrag von der Stadtverordnetenversammlung abgelehnt worden war, regte der Landrat an, eine besondere Etat-Gemeinde innerhalb der Bürgermeisterei Altendorf zu bilden.<sup>40</sup> Doch darin sah die Firma keinen Vorteil.<sup>41</sup> Sie hätte nur die Lasten zu übernehmen, ohne den entsprechenden Einfluss zu erlangen. In dem Gutachten wurde die Eingemeindung nach Essen als das »Naturgemäße« betrachtet. Weil diese aber gescheitert war, sei daher das Beste die »Bildung einer besonderen Gemeinde mit eigenem Bürgermeister«. Auf diese Weise würde die Firma »einen maßgebenden Einfluss auf die Gemeindeverhältnisse der Kolonien gewinnen, würde neben den Steuer-Reklamationsverhandlungen auch andere lästige Streitigkeiten und überhaupt die in den letzten Jahren recht unangenehm fühlbar gewordene Abhängigkeit von einem Landbürgermeister los werden; die Stellung der Firma den Behörden gegenüber und nach außen überhaupt, würde, wenn sie für die durch die Arbeiterbevölkerung bedingten Lasten in dieser Weise eintritt, eine viel bessere werden als bisher, wo sie, wenn auch ganz mit Unrecht, darum angesehen wird, als suche sie sich diesen ihr billiger Weise zukommenden Lasten zu entziehen«. Für die Zukunft sei die Firma frei, sich für eine »Einverleibung der Kolonien nach Essen« zu entscheiden.

Die Verhandlungen begannen, und der Landrat, der Bürgermeister und die Firma einigten sich auch schon über die Grenzziehung,<sup>42</sup> doch der Regierungspräsident versagte den weitreichenden Plänen seine Zustimmung.<sup>43</sup> Auf den abermaligen Vorschlag des Landrates, eine Etat-Gemeinde zu schaffen, weil die Bildung einer Bürgermeisterei nicht durchzusetzen sei,<sup>44</sup> ging die Firma dann nicht mehr ein.<sup>45</sup>

39 HAK FAH 3 C 26, Zweigert an F. A. Krupp, 17.3.1898.

40 HAK WA 4/1509, Regierungspräsident an Krupp, 13.8.1881.

41 HAK WA 4/1509, Firmeninternes Gutachten, Okt. 1881. Hier auch die folgenden Zitate.

42 Siehe HAK WA 4/1509.

43 Eine Begründung ließ sich in den Akten nicht finden.

44 HAK WA 4/1509, Landrat an Krupp, 6.3.1884.

45 Die Akte im Krupp-Archiv endet mit dem Schreiben des Landrats vom 6. März 1884.



Bürgermeister Wilhelm Kerckhoff  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

Hatte die Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1880 wegen der finanziellen Belastungen nur Nachteile in der Übernahme Altendorfs erblickt, so kam der 1886 neu ins Amt gewählte Oberbürgermeister Erich Zweigert nach Studium der alten Akten zu einem anderen, positiven Ergebnis, weshalb er am 27. Oktober 1887 dem Altendorfer Bürgermeister Wilhelm Kerckhoff<sup>46</sup> die Eingemeindung vorschlug.<sup>47</sup> Zweigert verkannte nicht, dass die Aufgabe der Selbstständigkeit schmerzlich sein könne und dass »die speziellen Bedürfnisse« der Gemeinde dann nicht in dem Maße Berücksichtigung fänden wie bei der Eigenständigkeit, doch diesen Nachteilen stünden doch große Vorteile gegenüber. Der Grundbesitz in Altendorf gewinne an Wert, und die Altendorfer Bevölkerung

käme in den »Mitgenuss der städtischen Anstalten (Wasserleitung, Gasanstalt, Schlachthof, höhere Schulen pp)«. Noch wichtiger erschienen Zweigert aber die steuerlichen Erleichterungen. Während in Altendorf 75 % der Grund- und Gebäudesteuer und 340 % der Klassen- und Einkommensteuer erhoben werde, lägen die Sätze nach der Eingemeindung bei 60 % bzw. bei der Klassensteuer gestaffelt bei 95, 110 oder 220 %. Auch wenn Essen in der Zukunft die Steuern wegen der Übernahme der Kosten für die Elementarschulen auf den Kommunaletat anheben müsste, so würden die »Eingesessenen der Gemeinde Altendorf ... jedenfalls eine Erleichterung in Bezug auf die jetzt drückende Steuerlast erfahren«. Weitere Zusagen Zweigerts betrafen die Übernahme aller Beamten und Angestellten – Kerckhoff sollte Beigeordneter in Essen werden –, die Bildung eines eigenen Altendorfer Wahlbezirks zur Wahl von sechs Mitgliedern

46 Wilhelm Kerckhoff (1824–1900), 1873 bis 1900 Bürgermeister in Altendorf. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 119.

47 HdEG/StA 112/5, Zweigert an Kerckhoff, 27.10.1887.

der Stadtverordnetenversammlung und die Beibehaltung einiger städtischer Ämter (Standesamt, Einwohnermeldeamt, Hehebüro für Steuern) in Altendorf. Auf dieser Basis schlug der Oberbürgermeister die Aufnahme von Verhandlungen vor mit dem ehrgeizigen Ziel der Eingemeindung zum 1. April 1888.

Beim Altendorfer Bürgermeister rannte Zweigert offene Türen ein. Kerckhoff, der schon von den Eingemeindungsabsichten gerüchteweise gehört hatte, stellte bereits eine Woche zuvor, am 19. Oktober 1887, die Absicht der Stadt Essen im Gemeinderat zur Diskussion.<sup>48</sup> Er selbst äußerte sich positiv zur Eingemeindung, denn die Gemeindefinanzen waren durch die »gesteigerten Ausgaben für die Schulen und Armenzwecke« sehr belastet, so dass der Ausbau der Infrastruktur (Straßenpflasterung, Anlage der Straßenbeleuchtung) nur mittels Anleihen zu realisieren sei. In dieser finanziellen Spannungslage wies das Angebot aus der Nachbarstadt einen Ausweg. Doch Kerckhoff verknüpfte seine Zustimmung mit einigen Bedingungen wie dem Erhalt einiger städtischer Einrichtungen in Altendorf. Besonders wichtig war ihm, dass die Überschüsse der Altendorfer Sparkasse auch künftig nur in Altendorf Verwendung finden dürften.

Das eigenmächtige Vorgehen des Bürgermeisters missfiel dem Essener Landrat, August Freiherr von Hövel<sup>49</sup>, denn der Landkreis hätte durch die Eingemeindung ein Gebiet von mehr als 1.000 ha verloren. Da für die Neugliederung die Zustimmung aller Beteiligten – also auch seine – erforderlich war, wies er Kerckhoff darauf hin, dass Verhandlungen mit der Stadt Essen nur durch seine Vermittlung geführt werden dürften.<sup>50</sup>

Das Bekanntwerden der Eingemeindungsbestrebungen nahm die Bevölkerung unterschiedlich auf. In Essen wurde eine Ausdehnung des Stadtgebietes begrüßt, auch wenn es zu einer Erhöhung der Abgaben käme. Doch »wenn Essen Großstadt werden will, ... dann muss diese Frage nicht vom spießbürgerlichen Standpunkte, sondern von größeren Gesichtspunkten aus behandelt werden, auf dass die rastlos fortschreitende Zeit nicht über uns hinwegschreite und die kommende Generation nicht von uns sage: Die Zeit fand ein engherziges Geschlecht!«<sup>51</sup>

48 HdEG/StA 112/5, Sitzungsprotokoll des Gemeinderats, 19.10.1881.

49 August Freiherr von Hövel (1842–1917), 1870 bis 1899 Landrat von Essen, Regierungspräsident in Koblenz von 1899 bis 1910. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 96 f.; Erwin Dickhoff, Essener Landräte, Herkunft, Vorbildung und Werdegang, in: Das Münster am Hellweg 34, 1981, S. 10–40, hier S. 18–21; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 535.

50 HdEG/StA 112/5, von Hövel an Kerckhoff, 26.10.1887.

51 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 347, 16.12.1887.

In Altendorf war die Meinung hingegen gespalten. Während es bei den einen »das Gefühl freudiger Hoffnung« erweckte, waren andere voller Sorgen. Letztere sprachen sich am 8. November in einer Petition gegen die Eingemeindung aus.<sup>52</sup> Ihre wichtigsten Argumente lauteten:

- Bei nur sechs Stadtverordneten sei keine wirkungsvolle Interessensvertretung für Altendorf möglich.
- Wegen des hohen Wahlzensus in Essen hätten zahlreiche Altendorfer in der Zukunft kein Wahlrecht mehr. So ginge ihnen »eines ihrer edelsten Bürgerrechte verlustig«.
- Sie befürchteten eine »stiefmütterliche Behandlung bezüglich der Unterhaltung und den Neubau der Wege«.
- Der Weg zum Rathaus im Zentrum der Stadt sei lang. Folglich entstünden bei jedem Behördengang, der mit einem großen Zeitverlust verbunden sei, mehr Kosten.
- Der Vorteil einer eigenen Sparkasse, »den weniger bemittelten Bürgern ohne lästige Bedingungen Gelegenheit zur Erwerbung eines Eigentums, Erbauung eines Hauses zu bieten«, fiel fort.
- Die Zwangsbenutzung des entfernt gelegenen Schlachthofes wurde wegen der »viele[n] Umstände und große[n] Kosten« abgelehnt.

Zudem befürchteten die Verfasser der Petition ein Absinken Altendorfs zu einem Armenviertel der Stadt Essen, da sich die mittellose Bevölkerung hier ansiedeln werde.

Aus all den angeführten Gründen sprachen sie sich für die Selbstständigkeit Altendorfs aus.

Die Initiatoren der Petition vertraten aber nur die Meinung einer Minderheit, denn sie fanden kaum Mitstreiter. Von den 27.000 Einwohnern Altendorfs sollten nur 500 unterzeichnet haben.<sup>53</sup>

Die Diskussionen in der Bevölkerung waren derart aufgeladen, dass sich Bürgermeister Kerckhoff entschloss, die Eingemeindung am 10. November 1887 im Gemeinderat zu behandeln,<sup>54</sup> obwohl ihm der Landrat zuvor klar angewiesen hatte: »Ich wünsche nicht, dass diese Angelegenheit sowie das bezügliche Schreiben des hiesigen Oberbürgermeisters ohne Mitteilung meiner Ansicht

52 HdEG/StA 112/5, Petition, 8.11.1887; Rickers, Industrialisierung (wie Anm. 32), S. 106 f.

53 Zeitungsartikel vom 9.11.1887, in: HdEG/StA 112/5; Rickers, Industrialisierung (wie Anm. 32), S. 106.

54 HdEG/StA 112/5, Sitzungsprotokoll des Gemeinderats.

vor den Gemeinderat gebracht wird und ist daher die Sache vorläufig im Gemeinderat nicht zu erörtern.«<sup>55</sup>

Doch genau dies hatte Kerckhoff getan und damit in einer für einen preußischen Beamten ungewöhnlicher Weise gegen die Verfügung des Landrats verstoßen. Natürlich reagierte von Hövel auf das ungebührliche Vorgehen des Bürgermeisters und drohte mit einer Disziplinarstrafe.<sup>56</sup> Kerckhoff rechtfertigte sein Vorgehen mit der Unruhe in der Bevölkerung. Durch die Überweisung der Eingemeindungsfrage an eine Kommission seien die erhitzten Gemüter beruhigt worden.<sup>57</sup>

Während der Bürgermeister und der Gemeinderat ebenso wie die Mehrheit der Bewohner zur Eingemeindung tendierten, hatte der Landrat, der diese ablehnte, noch keine klare Stellungnahme abgegeben. Er versuchte vielmehr, auf Zeit zu spielen, indem er betonte, dass die Angelegenheit »keine dringliche« sei.<sup>58</sup> Da er aber zugleich darauf verwies, dass die Eingemeindungsfrage erst nach seinem Votum im Gemeinderat beraten werden dürfte, provozierte er eine Antwort des Bürgermeisters, dessen ironischer Unterton nicht zu übersehen ist:

*»Die Gründe [für die Ablehnung des Landrates, d. Verf.] sind mir auch heute noch vollständig unbekannt und sehne ich mich sehr darauf, dieselben kennenzulernen, damit ich die Kommission des Gemeinde-Rates über die einem Uneingeweihten nur schwer verständliche Verschiebung der Beratung im Interpellationsfalle Aufklärung zu geben vermag.«<sup>59</sup>*

Wenngleich Kerckhoff für dieses Schreiben mit einer Ordnungsstrafe von neun Mark zugunsten der Altendorfer Armenkasse belegt wurde,<sup>60</sup> so hatte er doch insofern Erfolg, als der Landrat nunmehr grünes Licht für die Verhandlungen gab.

55 HdEG/StA 112/5, von Hövel an Kerckhoff, 10.11.1887.

56 Ebd.

57 HdEG/StA 112/5, Kerckhoff an von Hövel, 11.11.1887.

58 HdEG/StA 112/5, von Hövel an Kerckhoff, 11.11.1887.

59 HdEG/StA 112/5, Kerckhoff an von Hövel, 18.11.1887.

60 HdEG/StA 112/5, von Hövel an Kerckhoff, 20.11.1887. Kerckhoff versicherte am 23. November, »dass es mir niemals in den Sinn gekommen ist, in irgend einer Weise die Achtung und den Gehorsam verletzen zu wollen, welche ich meinem Vorgesetzten nicht bloß schulde, sondern auch stets aus Herzensbedürfnis entgegenbrachte«. Daher bat er um die Niederschlagung der Strafe, welche der Landrat am 6. Dezember »mit Rücksicht auf die ... gute Amtsführung« zubilligte. Schriftwechsel in HdEG/StA 112/5.

Zwar hatte von Hövel die Aufnahme von Gesprächen erlaubt, doch wollte er sich mit dem Verlust von Altendorf nicht abfinden, weshalb er bemüht war, den Abschluss der Beratungen hinauszuzögern,<sup>61</sup> denn am 1. April 1888 sollte eine neue Kreis- und Provinzial-Ordnung in Kraft treten, welche die Eingemeindung erschwerte. Daher forderte er auch, dass erst die Essener Stadtverordnetenversammlung, die ja 1880 die Eingemeindung verweigert hatte, abstimmen müsse, bevor die Verhandlungen fortgesetzt werden könnten. Dies wies Zweigert entschieden zurück. Sollte der Landrat darauf beharren, so werde er den Regierungspräsidenten um Entscheidung bitten, »da ich Maßnahmen, welche eine sachliche Prüfung der Angelegenheit verhindern und nur eine Verschleppung derselben herbeizuführen geeignet sind, ohne Widerspruch hinzunehmen mich nicht in der Lage befinde«.<sup>62</sup>

Von Hövel empörte sich zwar über die »im amtlichen Verkehr sonst nicht übliche Drohung«, doch er lenkte nun ein und erlaubte Kerckhoff, die Verhandlungen aufzunehmen. Der Landrat forderte aber nochmals den Beschluss des Stadtrats, damit erwiesen wäre, dass Gespräche überhaupt Sinn machten.<sup>63</sup>

Ob diese noch stattgefunden haben, lässt sich den Akten nicht mehr entnehmen. Es gibt zwar eine 24 Punkte umfassende Liste mit Altendorfer Forderungen,<sup>64</sup> doch eine Stellungnahme der Essener Stadtverwaltung dazu ist nicht überliefert.

So war die Verzögerungstaktik des Landrates letztlich erfolgreich, denn die Eingemeindung wurde nicht durchgeführt. Warum sie nicht zustande kam, können wir den Akten nicht entnehmen. In der späteren Denkschrift der Stadt Essen findet sich als Erklärung lediglich der Hinweis auf die neue Kreisordnung:

*»Der Umstand, dass mit dem Inkrafttreten der Kreisordnung für die Rheinprovinz am 1. April 1888 die gesetzlich zur Veränderung von Kreisgrenzen erforderlichen Förmlichkeiten insofern erschwert wurden, als darüber statt der bisher genügenden Allerhöchsten Kabinettsordre künftighin ein Landesgesetz ergehen sollte, [führte dazu], dass ein Anschluss vor dem Inkrafttreten der Kreisordnung unmöglich war.«<sup>65</sup>*

61 HdEG/StA 112/5, Pro memoria Kerckhoff über ein Gespräch mit dem Landrat, 6.12.1887; von Hövel an Zweigert, 6.12.1887.

62 HdEG/StA 112/5, Zweigert an von Hövel, 9.12.1887.

63 HdEG/StA 112/5, von Hövel an Zweigert, 10.12.1887.

64 HdEG/StA 112/5, Vorschläge, welche der von der Stadt Essen vorgeschlagenen Eingemeindung der Bürgermeisterei Altendorf in die Stadtgemeinde Essen zu Grund zu legen sind, o. D.

65 Denkschrift betr. Eingemeindung Altendorfs (wie Anm. 34).



In der Folgezeit lassen sich keine Bestrebungen ausmachen, die Verhandlungen wieder aufzunehmen. Erst am 26. Januar 1894 fasste die Essener Stadtverordnetenversammlung den Beschluss, »Verhandlungen einzuleiten über die Eingemeindung desjenigen Teils der Gemeinde Altendorf, welcher mit Krupp'schen Arbeiterkolonien besetzt ist, sowie der angrenzenden, der Firma Krupp gehörenden Ländereien, welche in kürzerer oder längerer Zeit ebenfalls mit Arbeiterkolonien bebaut werden sollten.«<sup>66</sup> Möglicherweise war die Einführung der Gemeindegewerbesteuer im Jahr 1893 der Grund für den erneuten Vorstoß, denn die Gewerbesteuerordnung der Gemeinde Altendorf bestimmte in Paragraph 4: »Erstreckt sich der nach dieser Ordnung steuerpflichtige Gewerbebetrieb über mehrere Gemeinden, so ist bei der Veranlagung in der Einzelgemeinde lediglich die Kopffzahl der in der betreffenden Gemeinde beschäftigten Arbeiter zu Grunde zu legen.«<sup>67</sup> Für Krupp war damit die Steuererhebung mit einem Riesenaufwand verbunden, da es nun galt, den Wohnort jedes einzelnen Beschäftigten festzustellen, und es machte die Sache nicht einfacher, dass Essen und Altendorf unterschiedliche Steuersätze festgelegt hatten.<sup>68</sup>

Bei der Gegenseite stieß der Essener Vorstoß diesmal nicht auf viel Zustimmung, weshalb sie die ganze Angelegenheit verschleppte. Der Landrat reagierte erst zwei Jahre später und sprach sich wiederum gegen die Pläne aus. In seinen Augen bot die Eingemeindung für Altendorf und den Landkreis »keinerlei Vorteil«. Aber auch für die Stadt Essen sei die Erweiterung ihres Gebietes nach seiner Einschätzung nur wünschenswert, aber »keineswegs notwendig.«<sup>69</sup> Die Stadtverordnetenversammlung zog aus dieser »Verschleppungstaktik« die Konsequenz, indem sie am 26. März 1897 beschloss, »wenn sich eine teilweise Eingemeindung von Altendorf nicht ermöglichen lasse, die Vereinigung der ganzen Gemeinde Altendorf mit der Gemeinde Essen anzustreben.«<sup>70</sup>

In einem umfangreichen Schreiben an den Regierungspräsidenten begründete Zweigert diesen Schritt.<sup>71</sup> Zunächst stellte er klar, dass Essen nicht aus finanziellen Interessen die Eingemeindung anstrebe. Dies sei doch offensichtlich, denn die Aufnahme von Altendorf verursache doch nur hohe Folgekosten, die zu Lasten des Essener Steuerzahlers gehe. Dennoch sei die Stadt bereit, diese Lasten zu schultern, da Essen dringend Bauland benötige, um die

66 Ebd.

67 Zit. nach Rickers, *Industrialisierung* (wie Anm. 32), S. 94.

68 Ebd., S. 95.

69 LAV NRW R RD 9733, Kreis-Ausschuss an Regierungspräsident, 3.7.1896.

70 Denkschrift betr. Eingemeindung Altendorfs (wie Anm. 34).

71 LAV NRW R RD 9733, Zweigert an Regierungspräsident, 7.4.1897. Seine Argumente wurden in der Denkschrift wiederholt.

Wohnbedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen, zumal in der Stadt »Neubauten auf Neubauten« entstehen, die vor allem Geschäftszwecken dienen. Das erforderliche Bauland sei aber in Altendorf vorhanden.

Zu beklagen sei auch der Umstand, dass in Essen und in Altendorf »die Baupolizei nach verschiedenen Gesichtspunkten gehandhabt wird. Dieser Zustand ist auf die Dauer unhaltbar«, besonders da an der Grenze die beiden Gemeinden schon »zu einem zusammenhängenden Ganzen vereinigt« seien. »Das Bedürfnis nach gesunden Wohnungen, die Rücksicht auf Leben und Gesundheit der Bauarbeiter bei der Bauausführung, insbesondere aber die Notwendigkeit eines nach einheitlichen Grundsätzen unter Berücksichtigung der Vorschriften der Hygiene aufgestellten Bebauungsplanes erheischen unbedingt eine alsbaldige Abstellung der offenliegenden Übelstände, vor allem durch Einführung einer gleichmäßigen Baupolizei-Ordnung und eines einheitlichen Bebauungsplanes für beide Gemeinden.«<sup>72</sup>

Die Vereinigung beseitige auch die großen Schwierigkeiten im Polizeiwesen, die der beständige Austausch eines Teils der Bevölkerung zwischen Essen und Altendorf infolge des häufigen Wohnungswechsels bereite. Ebenso ließe sich das Problem der Besteuerung der Firma Krupp lösen, die ja unter den fortgesetzten Streitigkeiten der beiden Gemeinden »in unverschuldeter Weise am fühlbarsten zu leiden hat«.<sup>73</sup>

Um die Befürchtungen Altendorfs, zukünftig nur als »Vorortgemeinde« behandelt zu werden, abzubauen, war die Stadt bereit, besondere Verpflichtungen einzugehen u. a. in Bezug auf die Vertretung Altendorfs in der Stadtverordnetenversammlung oder auf die Aufrechterhaltung städtischer Dienststellen.

Mit seinem Vorstoß beim Regierungspräsidenten erreichte Zweigert, dass es am 10. April 1897 zu einer Lokalbesichtigung unter Mitwirkung aller Beteiligten kam. Während Kerckhoff der Eingemeindung der gesamten Bürgermeisterei zustimmte – das Herausbrechen einzelner Teile lehnte er ab, weil dann der Rest nicht mehr lebensfähig sei –, war der Landrat gegen die Großlösung. Er wollte lediglich die Eingemeindung kleinerer Gebietsteile hinnehmen, falls sich Essen zu einer finanziellen Abfindung bereit erkläre.<sup>74</sup>

Es dauerte aber nach dieser Klärung der Positionen noch Monate, bis offizielle Verhandlungen aufgenommen werden konnten. Im Oktober 1897 befürwortete eine Mehrheit im Gemeinderat die beabsichtigte Eingemeindung. Es waren wohl finanzielle Gründe, die die Gemeinderatsmitglieder gewogen

72 Denkschrift betr. Eingemeindung Altendorfs (wie Anm. 34).

73 Ebd.

74 LAV NRW R RD 9733, Protokoll der Lokalbesichtigung.

machten, denn es standen einige Investitionen (u. a. Schulneubauten, Straßenpflasterung und -beleuchtung) an, die Altendorf nicht finanzieren konnte. Aber eine Minderheit blieb skeptisch. Sie traute den Essener Versprechungen nicht. »Möge man auch noch so sehr Sonderrechte sich garantieren lassen, so viel sei sicher, dass bei einem Aufgehen in Essen die speziellen Interessen Altendorfs nicht in dem Maße zur Geltung kommen könnten, wie es jetzt geschehe.«<sup>75</sup>

Die Verhandlungen zogen sich in die Länge, da die Altendorfer bemüht waren, so viel wie nur möglich für ihre Gemeinde herauszuholen, während Essen nur wenige Zugeständnisse machen wollte. Umstritten waren vor allem folgende Punkte:<sup>76</sup>

1. Altendorf forderte 15 Stadtverordnete, wodurch sich der Rat von 36 auf 51 Köpfe vergrößert hätte. Dies lehnte Essen ab. Bei der Berechnung dürfe nicht allein die Bevölkerungszahl (Essen: 110.000 Einwohner; Altendorf: 50.000) ausschlaggebend sein, sondern auch die Steuerkraft. Aus diesem Grunde seien 12 Stadtverordnete ausreichend. Zweigert wehrte sich auch gegen eine zu starke Vergrößerung des Rates. Bei 51 Gemeinderatsmitgliedern würde die Verwaltung »zu unübersichtlich«.
2. Altendorf sollte 30 Jahre lang einen eigenen Wahlbezirk bilden. Diese Frist erachtete Zweigert als entschieden zu lang. »Für den Übergang sei es ja gut und wünschenswert, dass die Gemeinde Altendorf für sich einen Wahlbezirk bilde, damit sie nicht durch die größere Gemeinde Essen majorisiert werden könne. Allein nach ganz kurzer Zeit würde sich schon herausstellen, dass man bei der Aufstellung der Kandidaten zur Stadtverordneten-Versammlung nicht mehr die Zugehörigkeit der Einwohner zur alten Gemeinde Altendorf oder zu Essen, sondern die Parteistellung oder die Tüchtigkeit oder andere Umstände zu berücksichtigen wünsche. Deshalb müsse ... der Zeitpunkt, während dessen die Gemeinde Altendorf einen eigenen Wahlbezirk bilde, tunlichst kurz bemessen sei.« Nach 12 Jahren werden man schon feststellen, dass Altendorf und Essen »so miteinander verwachsen sein würden, dass sie sich auch als eine einheitliche Gemeinde fühlten«.
3. In allen Ausschüssen, Kommissionen und Deputationen wollte Altendorf »nach dem Verhältnisse der Zahl seiner Stadtverordneten«, mindestens aber mit einem Ratsmitglied, vertreten sein. Auch hier widersprach Zweigert aus grundsätzlichen und praktischen Gründen. Er billigte lediglich die Reprä-

<sup>75</sup> Essener Volks-Zeitung v. 25.10.1897.

<sup>76</sup> Siehe zum folgenden LAV NRW R RD 9733, Zusammenstellung der Verhandlungen, 18.6.1898. Siehe auch Essener Volks-Zeitung vom 29. u. 30.7.1898.

sentanz von Altendorf in den vier wichtigsten Deputationen zu, nämlich in der Baudeputation, der Finanzkommission, der Deputation für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten sowie in der Kommission für die Vorbereitung von Wahlen.

4. Altendorf forderte, dass die nächste höhere Schule in seinem Gebiet gebaut werden müsse. Der Oberbürgermeister wollte sich nicht darauf festlegen lassen, da man erstens nicht wisse, »wie sich die Verhältnisse gestalten würden« und zweitens die Zahl der Altendorfer Gymnasiasten nur »eine geringe« sei. Die neue Schule müsse unter Umständen mehr im Stadtzentrum liegen, weil sie ja für alle Einwohner bestimmt sei. Daher lautete sein Gegenvorschlag: »Sobald sich das Bedürfnis einer neuen höheren Schule herausstellen sollte, ist bei der Auswahl des Schulgrundstücks auf die Bewohner der jetzigen Gemeinde Altendorf derart Rücksicht zu nehmen, dass das Schulgrundstück entweder im Bezirk der jetzigen Gemeinde Altendorf liegt, oder wenigstens von Altendorf aus möglichst bequem zu erreichen ist.«
5. Altendorf forderte, dass die Überschüsse der vereinigten Sparkasse anhand »der z[ur] Z[eit] der Vereinigung der beiden Gemeindegebiete vorhandenen beiderseitigen Reservefonds im Verhältnis zu den Passivmassen beider Institute« verteilt werden. Zweigert widersprach auch dieser Forderung vehement, da sie in der Praxis zu Unklarheiten bei der Zuweisung führen würde. Er wollte eine solche Bestimmung nicht in den Vertrag aufnehmen.

Akzeptiert hatten die Essener Vertreter die Forderungen nach Pflasterung bestimmter Straßen – hierfür sollten in den kommenden fünf Jahren 750.000 M ausgegeben werden –, Beleuchtung der Hauptstraßen, Ausbau der Kanalisation, Erhalt und Ausbau der Altendorfer Wohlfahrtseinrichtungen, Erhalt der städtischer Einrichtungen und Übernahme der Beamten und Angestellten. Auch in der wichtigen Frage der Steuererhebung gab es keine Probleme. Bei den Realsteuern sollten die Altendorfer zehn Jahre lang 15 Prozentpunkte, dann fünf Jahre zehn und nochmals fünf Jahre fünf Prozentpunkte weniger Zuschläge zahlen als die Essener.

Der Vertrag wurde ganz im Sinne Zweigerts ausgestellt und am 13. Oktober 1898 vom Altendorfer Gemeinderat mit 54 zu 6 Stimmen beschlossen.<sup>77</sup> Abgelehnt hatten die Gemeinderatsmitglieder zuvor den Antrag des Bürgermeisters, die Sparkassenüberschüsse des Altendorfer Zweigs der neu gebildeten Sparkasse nur in Altendorf zu verwenden. Weil ihm der Gemeinderat in diesem

77 LAV NRW R RD 9733, Kerckhoff an Landrat, 14.10.1898.

Punkt nicht folgen wollte, weigerte sich Kerckhoff, den Vertrag zu unterzeichnen, und wandte sich an den Kreisausschuss. Dieser wollte in dieser verzwickten Situation keine Entscheidung treffen, sondern legte die Angelegenheit den höheren Instanzen zur Entscheidung vor – sehr zum Unwillen des Gemeinderats, der bekundete: »Die Eingemeindungsfrage bewegt heute alle Gemüter und es liegt auch im Interesse der Sache selbst, dass sie sobald wie möglich zur endgültigen Entscheidung kommt.«<sup>78</sup> Doch die Intervention blieb vorerst erfolglos. Erst am 24. Oktober 1899 verwarf der Kreisausschuss die Beanstandung des Bürgermeisters.<sup>79</sup>

Es dauerte wiederum eine Zeit lang, bis neue Verhandlungen aufgenommen wurden. Der Vertragstext erfuhr eine redaktionelle Bearbeitung, aber es gab auch einige inhaltliche Veränderungen. Die wichtigsten waren: Für die Grund- und Gebäudesteuer wurden nun zehn Jahre lang 15 Prozentpunkte weniger Zuschläge als in Essen erhoben. Altendorf bekam auch eine Vertretung in den Kommissionen für das Fortbildungsschulwesen, für das Volksschulwesen und für Servis- und Einquartierungen. Bei der Gasbelieferung wurde Altendorf mit Essen gleichgestellt. Obwohl Kerckhoff seine Vorstellung hinsichtlich der Verwendung der Sparkassenüberschüsse nicht durchsetzen konnte, erklärte er sich am 1. Mai 1900 mit dem Entwurf einverstanden.<sup>80</sup>

Am 14. August wurde der Vertrag abschließend vom Gemeinderat gebilligt und am nächsten Tag vom Beigeordneten Goerres<sup>81</sup> unterzeichnet, da Kerckhoff am 17. Juni verstorben war. Am 20. August erfolgte die Unterschrift von Zweigert.<sup>82</sup>

Nachdem sich die beiden Gemeinden geeinigt hatten, musste nun der Kreistag zustimmen. Die Stellungnahme des Landrates ließ auf sich warten. Von Hövel, der sich stets gegen die Eingemeindung ausgesprochen hatte, war nicht mehr im Amt, da er am 6. Februar 1899 zum Regierungspräsidenten in Koblenz ernannt worden war. Doch auch sein Nachfolger, Max Rötger<sup>83</sup>, wollte der Argu-

78 LAV NRW R RD 9733, Gemeinderat an Kreisausschuss, 14.3.1899.

79 HdEG/StA 144/6241, Beschluss des Kreisausschusses, 24.10.1899.

80 HdEG/StA 144/6241, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 1.5.1900.

81 Johannes Goerres (1849–1905), von 1876 Gemeinsekretär, dann ab 1890 Beigeordneter in Altendorf und kommissarischer Bürgermeister (1900–1901), danach Beigeordneter in Essen. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 73; Schröter, Beigeordnete I (wie Anm. 18), S. 42.

82 HdEG/StA FB D II 1600, Vertrag vom 15./20.8.1900.

83 ~~Max~~ **Max** (1860–1924), 1899 bis 1901 Landrat, 1901 bis 1909 Vorsitzender des Direktoriums der Fried. Krupp AG und Präsident der Essener Handelskammer. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 194; Dickhoff, Landräte (wie Anm. 49), S. 21 ff.; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 697.

mentation des Essener Oberbürgermeisters nicht folgen. Nach seiner Auffassung gab es im Essener Stadtgebiet noch genügend billiges Bauland. Für den Bau von Arbeiterwohnungen müsse man nicht ins Umland ausweichen. Auch sei die Steuerproblematik von Krupp nur vorgeschoben, denn seit mehr als 20 Jahren herrsche auf diesem Gebiet Frieden zwischen den beiden Gemeinden.<sup>84</sup> Dennoch befürwortete er die Eingemeindung, denn »mit dem Wachsen der Einwohnerzahl wächst auch die Wahrscheinlichkeit, dass sich Verhältnisse entwickeln werden, welche die Vereinigung immer schwieriger machen und schließlich zur ungesundesten Rivalität der beiden Nachbargemeinden führen müssen.«<sup>85</sup>

Die Bedingungen, die der Stadt seitens des Kreises abverlangt wurden, waren leicht erfüllbar: Es sollten keine finanzielle Forderungen gegeneinander erhoben werden, und die Stadt musste sich verpflichten, den Borbecker Mühlenbach zu unterhalten.<sup>86</sup>

Nachdem der Kreistag am 16. Februar 1901 zugestimmt hatte, erfolgte die Eingemeindung zum 1. August 1901 nicht durch ein Gesetz, sondern durch königlichen Erlass vom 19. Juni 1901.

Die Wahl der zwölf Stadtverordneten durch den Altendorfer Gemeinderat sorgte für einige Missstimmung. Mehrere Bürger beschwerten sich bei Max Rötger, der inzwischen Vorstandsmitglied bei Krupp geworden war, dass keine evangelischen Krupp-Vertreter gewählt worden seien. Der Gemeinderat habe elf Katholiken ausgesucht.<sup>87</sup> Auch beim Essener Oberbürgermeister ging eine Beschwerde ein,<sup>88</sup> dass nicht altbewährte oder liberale Gemeinderatsmitglieder gewählt worden seien, sondern nur Angehörige einer katholischen Clique um den Kaplan Hochgrefer und den Arbeitersekretär Kloft<sup>89</sup>. Die Eingaben änderten nichts an der Auswahl, da diese der Altendorfer Gemeinderat eigenständig vornehmen durfte.

84 Der Landrat irrte bei der Zeitangabe, aber in der Sache hatte er recht. Zu Beginn des Jahres 1898 hatten Essen und Altendorf den langwierigen Streit beendet und sich auf eine pauschale Teilung der Steuern geeinigt. Essen erhielt danach 75 % der Steuerzahlungen. Siehe HdEG/StA 103 A II 7, Protokoll der Gemeinderatsitzungen von Altendorf vom 13.1. und vom 3.3.1898 und HdEG/StA 103 A I 23, Protokoll der Stadtverordnetensitzung von Essen vom 11.3.1898.

85 LAV NRW R RD 9733, Landrat an Regierungspräsident, 30.1.1901.

86 Ebd.

87 HdEG/StA 102 I 464, Mehrere evangelische Bürger an Direktor Rötger, 26.7.1901.

88 HdEG/StA 102 I 464, Mehrere Bürger an Zweigert, 31.7.1901.

89 Christian Kloft (1867–1938), Arbeitersekretär, von 1896 bis 1900 Mitglied des Gemeinderats von Altendorf, von 1900 bis 1919 Stadtverordneter, 1921 bis 1933 Beigeordneter; Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses ab 1912. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 126 f.; Schröter, Beigeordnete I (wie Anm. 18), S. 46 f.

Zweifelsohne gewann das Zentrum durch die Eingemeindung im Essener Parlament an Gewicht, doch es konnte die dominierende Stellung der national-liberalen Fraktion nicht gefährden. Es änderte sich aber die soziale Zusammensetzung des Stadtrates, denn nun saßen »Kommerzienräte neben einem Bauern, vielfache Millionäre neben einem Arbeiter, Finanz- und Bauräte neben einem Fabrikaufseher, dann Bau- und andere Unternehmer, große und kleine Beamte, Bankiers, Rechtsanwälte, Rentners, Bank- und andere Direktoren, ein Mediziner, ein Groß-Schwarzkünstler usw.« Angesichts dieser »recht bunten Reihe«, dieser »gemischten Gesellschaft« unkte der Allgemeine Beobachter ironisch: »Wenn das nur gut geht!«<sup>90</sup>

Das Ende des Altendorfer Gemeinderats wurde am 31. Juli 1901 im Saale des Herrn Lake gefeiert. Wie es damals üblich war, wurde während des Festessens auch eine »dramatische Szene« aufgeführt: »Die Vermählung von Altendorf und Essen«, verfasst von Johannes Fritzen<sup>91</sup>. Am Schluss der Szene heißt es:<sup>92</sup>

*»Altendorf  
Du beschämst mich edler Gatte  
Mit den Gaben sonder Zahl  
Doch nicht leer sind meine Hände,  
Ist so reich auch nicht die Wahl.  
Grüne Wiesen, blüh'nde Felder  
Und auch manche Straßenflucht,  
Licht und Luft und Platz zum Wachsen  
Biete ich in aller Zucht.*

...

*Zwischen uns'rer beiden Heimat  
Rauchend liegt die Eisenstadt;  
Mit dem dunklen Wald von Schloten  
Sie uns stets gesondert hat.  
Dieses lass Dich nicht verdrießen  
Suche oft die Brüder auf;  
Hör' die Wünsche und die Klagen,  
Laß der Güte freien Lauf.*

90 Allgemeiner Beobachter Nr. 168, 25.7.1901.

91 Johannes Fritzen (1867–1958), Stadtverordneter, Ingenieur bei Krupp, Heimatforscher. Biographische Angaben: Carl Jansen, Johannes Fritzen +, in: Die Heimatstadt Essen – Jahrbuch 1959/60, S. 168.

92 Allgemeiner Beobachter v. 31.7.1901.

*Was Dir Geist und Herz erlabet,  
Gib auch Ihnen von dem Trank,  
Dass es nimmer mich gereue,  
Dein zu sein gar ewiglang.*

Essen

*Lass die Sorgen, liebes Frauchen,  
Alles das versprech ich gern,  
Und ich halte was geschworen,  
Falsche Schwüre sind mir fern.«*

Angespielt wird hier auf die schlechten finanziellen Verhältnisse der Bürgermeisterei Altendorf, weshalb ja auch 20 Jahre zuvor die Eingemeindung von Essener Seite abgelehnt worden war. Die erforderlichen Investitionen brachten es mit sich, dass in der Folgezeit die Essener direkten Staatssteuern um 20 Prozent anstiegen.<sup>93</sup> Diese starken finanziellen Belastungen nahm die Stadt aber sehenden Auges auf sich. Für sie war es vor allem wichtig, einen ersten Einbruch in die Festung Landkreis erzielt zu haben.<sup>94</sup> Die Aussage Schröters, dass Zweigert Widerstand gegen die Einbeziehung »armer Landgemeinden« geleistet habe,<sup>95</sup> lässt sich nicht nachvollziehen. Der Oberbürgermeister war vielmehr seit seinem Amtsantritt die treibende Kraft, und er ließ sich auch nicht durch die vielen Rückschläge entmutigen, sondern hielt hartnäckig an seiner Zielvorstellung fest.

Die Industrie und speziell Krupp, das 1879 den Anstoß für die Stadterweiterung gegeben hatte, der noch ohne Erfolg geblieben war, war an den Verhandlungen nicht beteiligt. Eine Einflussnahme auf die staatlichen oder kommunalen Stellen ist in den überlieferten Akten nicht auszumachen.<sup>96</sup> Dennoch galten

93 HdEG/StA FB D II 1602, Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rüttenscheid nach Essen.

94 Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 138.

95 Hermann Schröter, Die Firma Friedrich Krupp und die Stadt Essen, in: Tradition 6, 1961, S. 260–270, Zitat S. 267.

96 Dagegen schreibt Brandi, Aufstieg (wie Anm. 20), S. 278, dass die Eingemeindung von Krupp gefordert worden war. Schröter und andere folgen dieser Aussage ungeprüft. Lutz Niethammer, Umständliche Erläuterung der seelischen Störung eines Communalbau-meisters in Preußens größtem Industriedorf oder Die Unfähigkeit zur Stadtentwicklung, Frankfurt 1979, S. 58; Detlef Vonde, Revier der großen Dörfer. Industrialisierung und Urbanisierung im Ruhrgebiet. Essen 1989, S. 72.



dem Unternehmen die speziellen Grußworte, die Zweigert am 1. August 1901 an Friedrich Alfred Krupp<sup>97</sup> sandte:

*»Ew. Exzellenz beehre ich mich ganz ergebenst anzuzeigen, dass ich heute nach erfolgter Eingemeindung der Gemeinde Altendorf die Verwaltungsgeschäfte dieser Gemeinde übernommen habe.*

*Hierdurch sind die Beziehungen, welche unsere Stadt mit dem Krupp'schen Werk verbunden haben, noch engere geworden.*

*Ich bitte Ew. Exzellenz das der Stadt Essen und der Gemeinde Altendorf allezeit bewiesene freundliche Wohlwollen auch der erweiterten Stadtgemeinde erhalten zu wollen.*

*Anlässlich des für die kommunale Entwicklung der meiner Verwaltung angetrauten Gemeinde hochbedeutenden Ereignisses gestatte ich mir Ew. Exzellenz zu bitten, mit mir sich zu vereinigen in dem Wunsche*

*Glückauf der Stadt Essen*

*Glückauf dem Krupp'schen Werke.«<sup>98</sup>*

Der Konzernherr antwortete:

*»An dem heutigen bedeutungsvollen Tage, welcher der Stadt Essen unter ihrem weitblickenden Oberhaupte freie Bahn öffnet, sich als Großstadt planmäßigerweise weiterzuentwickeln, bin ich tief bewegt durch die mich hoch ehrende Begrüßung. Mit Ihnen teile ich von Herzen alle die Hoffnungen und Wünsche, die sich an diese Vereinigung der beiden eng verwachsenen Gemeinden knüpfen und bin in treuer Anhänglichkeit an meine Vaterstadt.«<sup>99</sup>*

Durch die Eingemeindung hatte sich das Stadtgebiet mehr als verdoppelt, und die Einwohnerzahl war von rund 120.000 auf 185.000 gestiegen. Essen war nun die größte Stadt des Ruhrgebiets. Im Rheinland wurde sie lediglich von Köln (370.000) und Düsseldorf (219.000) übertroffen.<sup>100</sup>

Wenngleich das Stadtgebiet nun 1.922 ha umfasste, so war der Landhunger Essens keineswegs gestillt. Die Rheinisch-Westfälische Zeitung kommentierte:

97 Friedrich Alfred Krupp (1854–1902). NDB 13, S. 135–138; Friedrich Alfred Krupp. Ein Unternehmer im Kaiserreich, hrsg. v. Michael Epkenhans u. Ralf Stremmel. München 2010.

98 HdEG/StA 102 I 464, Zweigert an Friedrich Alfred Krupp, 1.8.1901.

99 HdEG/StA 144/6241, F. A. Krupp an Zweigert, 1.8.1901; Brandt, Aufstieg (wie Anm. 20), S. 278.

100 Jahn, Essener Geschichte (wie Anm. 6), S. 491.

»Essen darf sich nicht auf die Eingemeindung von Altendorf allein beschränken. Mit dieser ersten Vergrößerung darf und kann seine Entwicklung nicht abgeschlossen sein. Zur Gewinnung von guten, gesunden Wohngegenden müssen die Gemeinden Rüttenscheid, Bergerhausen und Huttrop zu Essen geschlagen werden. ... Weiter würde sich die Gewinnung des nördlich der Stadt gelegenen Geländes (Vogelheim, Altenessen u. a.) empfehlen zur Schaffung von Fabrikterrains, zumal durch diese Gegend einmal der Dortmund-Rhein-Kanal geführt wird. Dann erst dürfte unsere Stadt, das geographische Zentrum des ganzen Industriebezirks, eine ihrer Bedeutung entsprechende Ausdehnung haben und einer ungestörten Entwicklung entgegengehen.«<sup>101</sup>

### Rüttenscheid<sup>102</sup>

Nächstes Objekt der Begierde war – wie von der Rheinisch-Westfälischen Zeitung gefordert – die im Süden gelegene Bürgermeisterei Rüttenscheid.

Rüttenscheid partizipierte am Aufschwung Essens in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Bevölkerungszahl stieg zunächst kontinuierlich von 425 (1846) über 2.751 (1880) auf 4.457 (1890), um dann, nach Fertigstellung der Straßenbahnverbindung, sprunghaft auf 14.551 (1900) zuzunehmen.<sup>103</sup> Durch den Bau neuer Häuser wuchsen Essen und Rüttenscheid immer mehr zusammen, so dass es – wie der General-Anzeiger schrieb – »ein Kunststück wäre, die Grenze zwischen den beiden Gemeinden zu sehen«.<sup>104</sup>

Die Essener Stadtverwaltung sah den Aufstieg Rüttenscheids mit zunehmendem Misstrauen.<sup>105</sup> Mehr als 40 Prozent der Männer, die in der Nachbargemeinde wohnten, waren in Essen tätig. Es waren nicht nur die Beamten und Angestellten der neuen Behörden und Wirtschaftsorganisationen (Reichsbahndirektion, Rheinisch-Westfälisches Kohlen-Syndikat, Kruppsche Verwaltung),

101 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 579, 17.7.1901.

102 Zum folgenden siehe auch Petermann, Eingemeindungen (wie Anm. 31), S. 55–63; Hermann Schröter, Einen Schritt näher zur Ruhr. Die Eingemeindung von Rüttenscheid im Jahre 1905, in: Das Münster am Hellweg 16, 1963, S. 129–139; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 139–142.

103, ~~Einen Schritt~~ (wie Anm. 102), S. 131f.

104 General-Anzeiger Nr. 4, 5.1.1900. – Ähnlich argumentierte später die Stadt Essen: »Dabei ist Rüttenscheid mit Essen baulich so verwachsen, dass kein Ortsfremder bemerkt, wenn er die Grenze zwischen Rüttenscheid und Essen überschreitet.« Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rüttenscheid nach Essen (wie Anm. 93).

105 Siehe – auch zum folgenden – Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rüttenscheid nach Essen (wie Anm. 93).



Die Elfriedenstrasse in Rüttenscheid, um 1905 (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

sondern auch Angehörige des gehobenen Mittelstandes, die sich im Süden niederließen. Essen entgingen dadurch einerseits die Steuereinnahmen, andererseits profitierten die Rüttenscheider weiterhin von den Essener Einrichtungen, ohne etwas zu deren Finanzierung beizutragen. Sie nutzten »Badeanstalten, Theater und Orchester, den Stadtgarten, die Pfandleihe oder die Arbeitsvermittlungsanstalt«, welche alle aus Essener Steuermittel errichtet worden waren. Auch besuchten die Rüttenscheider Kinder die höheren Schulen in Essen und verursachten trotz des zu zahlenden Schulgeldes einen Zuschuss von je 178 M pro Jahr und Kind. Nicht nur die Steuerausfälle beklagte Essen. Rüttenscheid schränkte die Essener Entwicklungsmöglichkeit nach Süden ein und verhinderte eine einheitliche Planung der Bebauung und der Infrastruktur.

Der naheliegende Gedanke, Rüttenscheid einzugemeinden, wurde schon lange gehegt. Bereits im Juli 1890 wurde eine Akte »Incorporierung der Gemeinde Rüttenscheid« angelegt.<sup>106</sup> Als es galt, einen Vertrag mit der Bürgermeisterei Rellinghausen betr. die Gas- und Wasserlieferung nach Rüttenscheid sowie die Entwässerung Rüttenscheids in den städtischen Kanal abzuschließen, empfahl der Ausschuss für das Gas- und Wasserwerk der Stadtverord-

<sup>106</sup> HdEG/StA 102 I 494, Verfügung des Oberbürgermeisters, 30.7.1890; Schröter, Einen Schritt (wie Anm. 102), S. 130.

neten-Versammlung, »eine Inkorporierung der Gemeinde Rüttenscheid oder eines Teils derselben anzustreben und bis zur Entscheidung dieser Frage die Abschließung des Vertrages ... zu vertagen«. <sup>107</sup> Der Gedanke wurde aber nicht aufgegriffen, konkrete Schritte unternahm die Stadtverwaltung nicht. Sie war wohl zu sehr mit der Eingemeindung Altendorfs beschäftigt. Weil Rüttenscheid aber eine bestimmte Größe erreicht hatte, erfolgten 1900 die Ausgliederung der Gemeinde aus der Bürgermeisterei Rellinghausen und ihre Erhebung zur eigenständigen Bürgermeisterei.

Diese politische Neugestaltung fachte eine erneute Diskussion an, bei der sich vor allem die Befürworter einer Eingemeindung Rüttenscheids nach Essen zu Wort meldeten. <sup>108</sup> In einem Leserbrief an die Rheinisch-Westfälische Zeitung wurde konstatiert, dass Rüttenscheid nicht in der Lage sei, »wirklich eine ansehnliche Stadt zu werden. Es ist und bleibt ein verkrüppelter Anhang zu Essen.« Daher sei es besser, die beiden Gemeinden zusammenzulegen. <sup>109</sup>

Differenzierter urteilte der General-Anzeiger. Für ihn stand fest, dass viele Essener wegen der Steuervorteile nach Rüttenscheid gezogen seien. Die Zuschläge zur Einkommensteuer betrug früher 130 zu 170 und jetzt 180 zu 200. Doch dies werde sich bald ändern, denn Essen hätte schon die Kanalisation abgeschlossen, die Straßen gepflastert, Schulen gebaut und Kultureinrichtungen geschaffen. Ganz anders sei die Situation in Rüttenscheid. Hier müssten ein neues Rathaus und Schulen gebaut werden. Zudem stünden die Kosten für die Pflasterung und die Kanalisierung an. All dies hätte Rüttenscheid nun als neu geschaffene Bürgermeisterei allein zu schultern, daher würden sich die Steuersätze bald angeglichen haben. Wenn aber ein finanzieller Vorteil für die Rüttenscheider Bürger nicht mehr gegeben sei, dann wäre die Eingemeindung die bessere Lösung gewesen, zumal getrennte Verwaltungen zwangsläufig zu Kollisionen führten. <sup>110</sup> Dem stimmte auch die Rheinisch-Westfälische Zeitung zu. Für sie wäre ebenfalls die Vereinigung mit Essen »die einzig richtige Lösung gewesen«. <sup>111</sup>

Auch in Rüttenscheid wurden Stimmen laut, die aus politischen Gründen einen baldigen Anschluss an Essen befürworteten. Auf einer Volksversamm-

107 HdEG/StA 102 I 494, Auszug aus dem Sitzungsprotokoll des Gas- und Wasserwerks, 19.7.1890.

108 Da die Leserbriefschreiber und die Kommentatoren gut informiert waren, vermutet Niklaß, dass »diese Artikel ... von offizieller Stelle lanciert worden« seien. Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 140f.

109 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 521, 4.7.1900.

110 General-Anzeiger Nr. 4, 5.1.1900.

111 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 512, 1.7.1900.

lung im Februar 1900 äußerten sich Kritiker des Gemeinderats. Besonders unzufrieden war man mit den per-se-Mitgliedern<sup>112</sup>, denen Günstlingswirtschaft vorgeworfen wurde.<sup>113</sup>

Wer sich nicht in die Debatte einschaltete, war die Essener Stadtverwaltung. Sicherlich hatte die Essener Volks-Zeitung Recht, die davon ausging, dass der neue Stadtteil Altendorf »die ganze Kraft der Verwaltung« in Anspruch nehme. Sie schlussfolgerte: »Essen hat noch mit so vielen Schwierigkeiten zu kämpfen, dass es unsinnig wäre, der Verwaltung noch weitere Lasten aufzubürden.«<sup>114</sup>

Die Stadt war aber in der Vergangenheit nicht untätig geblieben. Um den Anschluss vorzubereiten, hatte sie bereits in den 1890er Jahren Land in Rütterscheid angekauft, zum Teil in Absprache und Kooperation mit Krupp. So waren 1903 63,3 ha in ihrem Besitz, das war 1/9 des Rütterscheider Gebietes.<sup>115</sup> Die Grundstücke wurden aber nicht bebaut, sondern teils als »Kehrichtlagerplätze« genutzt.<sup>116</sup> Die Stadt wollte mit ihren Ankäufen vorerst nur den weiteren Aufschwung der Nachbargemeinde stören und sich zugleich Entwicklungspotential für die Zukunft sichern. So erklärte Zweigert in der Stadtverordnetensitzung am 15. Mai 1899, dass die Stadt die Baugrundstücke erst nach der Eingemeindung verkaufen werde, da man nicht noch mehr Essener »Einwohner verleiten« wolle, »nach Rütterscheid hinaus zu ziehen«.<sup>117</sup>

Den Stein ins Rollen brachte dann der geplante Neubau eines Landgerichtes mit angeschlossenem Gefängnis. Zunächst war für dieses Projekt ein

- 112 per-se-Mitglieder waren die nicht gewählten Mitglieder des Gemeinderates. Sie gehörten dem Gremium aufgrund ihres Grundbesitzes an.
- 113 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 93, 5.2.1900; Otto Heinemann, Kronenorden vierter Klasse. Das Leben des Prokuristen Heinemann (1864–1944), hrsg. v. Walter Henkels. Düsseldorf-Wien 1969, S. 131.
- 114 Essener Volks-Zeitung Nr. 28, 5.2.1903. – Die Stadt begründete ihr Stillhalten in der Denkschrift zur Eingemeindung: »Wenn ich bisher einen Antrag auf Vereinigung von Rütterscheid mit Essen nicht gestellt habe, so ist dies also nicht zum wenigsten auch aus dem Grunde geschehen, weil ich erst durch die Eingemeindung von Altendorf den Tatbeweis erbringen wollte, dass sich die Essener Stadtverwaltung in diesen Fragen nicht im mindesten aus egoistisch-finanziellen, sondern nur aus rein sachlichen Rücksichten leiten lässt. Nachdem die Stadt die Eingemeindung von Altendorf unter Übernahme erheblicher Lasten durchgeführt hat, glaubt sie demnach den Vorwurf von vornherein als durchaus haltlos abtun zu sollen, als ob sie die jetzt angestrebte Eingemeindung von Rütterscheid etwa nur pekuniärer Vorteile halber erreichen wollte.« Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rütterscheid nach Essen (wie Anm. 93).
- 115 Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rütterscheid nach Essen (wie Anm. 93).
- 116 Protokoll der Stadtverordnetensitzung vom 22.3.1895 zit. nach Robert Welzel, Von der Müllhalde zum »Renommier-Viertel« – Das Massenbauen auf dem Rütterscheider Hausmannshof, in: EB 116, 2004, S. 227–272, hier S. 229.
- 117 HdEG/StA 102 VII 100.

Grundstück an der Kruppstraße vorgesehen, das sich aber als nicht bergsicher herausstellte. Also musste nach einer Alternative gesucht werden. Die Stadt besaß durch ihre Grundstückskäufe zwar ein geeignetes Areal in Rüttenscheid an der Grenze zu Huttrop, doch sie wollte nicht wieder ein Opfer bringen für ein Projekt, von dem nur die Nachbargemeinde profitieren würde. Daher verband Zweigert sein Angebot mit der Forderung auf Gebietserweiterung.<sup>118</sup>

Am 4. Januar 1904 kamen Dr. Freund, der Referent für Eingemeindungen im Ministerium des Innern, und Fritsch vom Justizministerium zu einer ersten Besprechung nach Essen, an der auch Dr. Schulz vom Oberpräsidium des Rheinlands, der Regierungspräsident Schreiber<sup>119</sup>, der Landrat Sneathlage<sup>120</sup> und die Bürgermeister von Rüttenscheid und Stoppenberg teilnahmen. Zweigert legte den Essener Standpunkt dar, wobei er vom Regierungspräsidenten unterstützt wurde. Eine gegenteilige Meinung vertrat der Landrat, der den Verlust von Rüttenscheid als nachteilig für den Kreis schilderte. Eine vermittelnde Haltung nahm Freund ein, als er eine Teileingemeindung vorschlug.<sup>121</sup> In diesem Sinne instruierte er am 17. Januar 1904 den Regierungspräsidenten. Zunächst sollte eine neue Grenze abgesprochen werden, dann seien Verhandlungen zu führen, anschließend werde über die verbliebene Restgemeinde entschieden.<sup>122</sup>

Essen nahm dies zum Anlass, am 22. Januar 1904 eine Denkschrift vorzulegen, in der es seine Argumente zusammenfasste.<sup>123</sup> »Dass Rüttenscheid und Essen einen einheitlichen Wirtschaftskörper bilden«, dass Rüttenscheid »wirtschaftlich ... ein Essener Zubehör«, »dass sich ein eigenes geschäftliches Leben in Rüttenscheid trotz aller Bemühungen der Verwaltung nur schwer entwickeln will«, »dass Rüttenscheid weder jetzt noch künftig imstande« sein wird, »alle Bedürfnisse ihrer Einwohner aus eigener Kraft zu befriedigen«, »dass die Rüttenscheider Einwohner ... erhebliche Vorteile auf Kosten der Essener Steuerzahler« haben – diese Aspekte sind bereits in der allgemeinen Diskussion genannt worden. Ebenso ist der Hinweis, »dass die Zukunft des Gesamtkörpers Essen-Rüttenscheid durch die Verschiedenheit der Verwaltung beeinträchtigt und

118 Denkschrift betreffend die Eingemeindung von Rüttenscheid nach Essen (wie Anm. 93); HdEG/StA 102 I 495, Minister des Innern an Regierungspräsident, 15.12.1903.

119 Arthur Schreiber (1849–1921), 1903 bis 1909 Regierungspräsident in Düsseldorf. Biographische Angaben: Romeyk, Verwaltungsbeamten, S. 736.

120 a) Sneathlage (1866–1910), 1901 bis 1910 Landrat. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 217 f.; Dickhoff, Landräte (wie Anm. 49), S. 23 f.; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 751 f.

121 HdEG/StA 102 I 494, Protokoll der Sitzung am 4.1.1904.

122 HdEG/StA 102 I 495, Minister des Innern an Regierungspräsident, 17.1.1904.

123 Denkschrift betr. die Eingemeindung von Rüttenscheid nach Essen (wie Anm. 93).

dauernd geschädigt« werde, nicht neu, doch Zweigert veranschaulicht seine Behauptung mit einigen Beispielen:

1. »Ein Bebauungsplan soll ... eine Art organisches Kunstwerk sein, welches die gegebenen geographischen, wirtschaftlichen Verkehrs- und sozialen Verhältnisse sorgsam berücksichtigt, die künftigen Entwicklungen vorsichtig erwägt und nun aus alledem ein einheitliches Netz von Verkehrsstraßen, Verbindungsstraßen, Wohnstraßen, von Fabrikvierteln, von Geschäftszentren, von Wohnvierteln usw. entwirft. Da nun Rüttenscheid ... wirtschaftlich keine selbständige Individualität, sondern nur ein Teilgebilde von Groß-Essen ist, so ist die Herstellung eines guten Bauplanes für Rüttenscheid allein unmöglich, selbst wenn die Rüttenscheider Verwaltung die nötigen Kräfte für diese kostspielige Aufgabe zur Verfügung hätte. Der Rüttenscheider Bauplan kann nur im Zusammenhange mit und als Teil von dem Essener Bebauungsplan ausgearbeitet werden.«
2. »Die in Rüttenscheid geltenden baupolizeilichen Bestimmungen waren wohl für eine Landgemeinde, aber nicht für eine städtischen Charakter annehmende Vorortsgemeinde ausreichend; die Folgen zeigen sich in mancherlei Missständen, wie zu starke Ausnutzung von Baublöcken, Verwendung mangelhaften Baumaterials etc. Es ist demnach für die bauliche Entwicklung der Gesamtgemeinde Essen-Rüttenscheid dringend erforderlich, dass das gesamte Bauwesen von einer Verwaltung aus einheitlich, systematisch und planmäßig bearbeitet wird. Wir haben im alten Essener Stadtkern vielfältig die Erfahrung gemacht, dass es sehr schwer und sehr kostspielig ist, Bebauungsfehler früherer Zeiten auch nur leidlich auszugleichen, ja, dass dies häufig unmöglich ist.«
3. »Dasselbe gilt von der Kanalisation. In Altendorf, das vor der Eingemeindung im Verhältnis erheblich mehr technische Kräfte zur Verfügung hatte als Rüttenscheid, wurde anfangs überhaupt ohne einheitliches Kanalisationsprojekt je nach Bedürfnis kanalisiert, später nach einem Projekte, das gegenüber dem heutigen Stand der Technik als unzureichend bezeichnet werden muss. Schon jetzt hat sich herausgestellt, dass manche Kanäle zu klein, andere unnötig groß gebaut sind, dass einige fast an die Oberfläche auslaufen, andere viel zu tief liegen, dass einige sogar Gegengefälle haben usw: lauter Fehler, die nicht aus einem Verschulden der einzelnen Beamten herrühren, sondern die nur eine natürliche Folge des Mangels an einem großen, einheitlichen, technisch bis in alle Einzelheiten gut durchgearbeiteten Kanalisationsprojekt sind. Dasselbe wird wahrscheinlich für Rüttenscheid zutreffen.«

Sein Fazit lautete: Es gibt »eine Reihe sehr wichtiger kommunaler Aufgaben«, »zu deren einwandfreier Lösung die Einzelgemeinde Rüttenscheid einfach außer stande ist, die aber gut und einheitlich gelöst werden müssen, wenn nicht unnötige Kosten und Arbeiten entstehen, ja wenn nicht die künftige Entwicklung der Gesamtgemeinde Essen-Rüttenscheid schwer geschädigt werden soll«.

Ähnlich wie im Falle Altendorfs war Zweigert auch diesmal zu einigen Zugeständnissen bereit. Rüttenscheid sollte bis 1914 einen eigenen Wahlkreis bilden, in dem – entsprechend der Bevölkerungszahl – drei Stadtverordnete gewählt würden. Auch steuerliche Erleichterungen wurden zugesichert. Bis zum Jahre 1912 sollten die Zuschläge zur Grund- und Gebäudesteuer um 15 Prozentpunkte niedriger liegen.

In Essen wurden die Pläne zur Eingemeindung positiv aufgenommen. »Alle Freunde einer fortschrittlichen Entwicklung werden die Eingemeindung mit Freuden begrüßen, sie ist genau so notwendig, wie die derzeitige Eingemeindung der Gemeinde Altendorf, dem jetzigen Essen-West«, schrieb die Arbeiter-Zeitung.<sup>124</sup> Und: »Wer unsere Stadt lieb hat und ihr eine ihrer Bedeutung entsprechende bauliche Entwicklung wünscht«, könne nur auf einen positiven Ausgang der Verhandlungen setzen, konstatierte der General-Anzeiger.<sup>125</sup>

Dagegen war die Meinung in Rüttenscheid gespalten. Nach einem Bericht in der Allgemeinen Bürger-Zeitung war die Mehrheit gegen die Einverleibung.<sup>126</sup> Die Entscheidung traf aber der Gemeinderat. Hier zeichnete sich ab, dass die per-se-Mitglieder<sup>127</sup> und die Zentrumsleute eher gegen, die Mitglieder der liberal eingestellten Bürger- und Arbeiterpartei eher für die Eingemeindung eintraten.<sup>128</sup> Doch noch hatte der Gemeinderat nicht abzustimmen.

Das Ministerium des Innern hatte, wie erwähnt, eine Teileingemeindung befürwortet. Da an dieser weder Essen noch Rüttenscheid interessiert waren, hätte Zweigert liebend gern sogleich die Verhandlungen über eine Gesamteingemeindung aufgenommen. In seinen Augen war Eile geboten, »weil von Seiten der sogenannten Perser stark gegen die Eingemeindung agitiert wird.... Diese scheren ihr Schäfchen im Gemeinderat und wollen ihren Einfluss nicht verlieren, aber gerade sie sind Schuld an den horrenden Zuständen, den schrecklichen Bebauungsplänen und all den sonstigen Übelständen, unter denen schließlich auch die Stadt Essen zu leiden hat und die zu beseitigen lediglich der Zweck

124 Arbeiter-Zeitung Nr. 35, 10.2.1904.

125 General-Anzeiger Nr. 29, 6.2.1904.

126 Allgemeine Bürger-Zeitung Nr. 35, 10.2.1904.

127 Im Volksmund wurden sie »Perser« genannt.

128 Allgemeine Bürger-Zeitung Nr. 35, 10.2.1904.



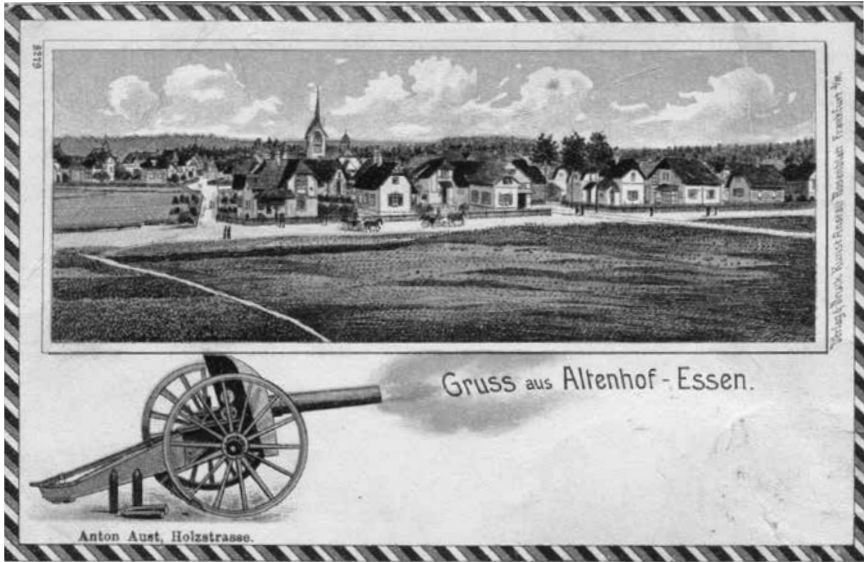
der Eingemeindungen ist.«<sup>129</sup> Doch als Zweigert direkt mit dem Bürgermeister Hild<sup>130</sup> verhandeln wollte,<sup>131</sup> intervenierte der Landrat. Der Oberbürgermeister habe gegen die ministerielle Anordnung verstoßen, weil er noch nicht mit ihm über eine neue Grenzlinie gesprochen habe.<sup>132</sup> Unterstützung erhielt Snethlage durch den Regierungspräsidenten, der dessen Standpunkt teilte und den Oberbürgermeister rügte.<sup>133</sup>

Zweigert ließ sich davon nicht einschüchtern, sondern verdeutlichte nochmals, warum eine Teileingemeindung keine zukunftssträchtige Lösung sei: »Das Hauptinteresse der Stadt an der Eingemeindung liegt darin, dass sie hierdurch unbebaute Gelände erhält, wo sie einen guten, nach großen Gesichtspunkten angelegten Bebauungsplan durchführen kann, zum dauernden Gewinn gesunder, schöner Wohnungen für künftige Zeiten.« Aus diesem Grunde sei der südliche Teil für Essen wichtig, denn der nördliche sei ja schon stark bebaut. Nur letzteren einzugemeinden helfe nicht, das Wohnungsproblem zu lösen.<sup>134</sup>

Die vom Landrat favorisierte Abtrennung der südöstlichen Ecke von Rütterscheid nach Rellinghausen, weil damit der Verlust der Kreiseinnahmen gemildert würde, wies wiederum Hild scharf zurück. Dadurch dass die Zeche Langenbrahm nach Rellinghausen kommen solle, werde die Rütterscheider Verhandlungsposition geschwächt. Er könne kein Verständnis dafür aufbringen, dass solch eine Lösung vorgeschlagen werde, die »in keiner Weise den öffentlichen Interessen Rechnung« trüge, sondern bei der »lediglich einseitig der Gemeinde Rellinghausen und in zweiter Linie dem Landkreis ohne jedes Anrecht Vorteile zugewendet werden sollen.«<sup>135</sup>

Auch der Oberbürgermeister argumentierte gegen die Abtrennung:

- 129 HdEG/StA 102 I 494, Oberbürgermeister an Freund, 5.3.1904. Einen ähnlichen Appell richtete Zweigert an den Regierungspräsidenten. Auch hier beklagte er den schädlichen Einfluss der per-se-Mitglieder und drang auf Eile: »Es ist daher dringend nötig, dass die Angelegenheit mit Beschleunigung bearbeitet wird, da sie durch Verschleppung zweifellos zu Fall gebracht wird.« HdEG/StA 102 I 494, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 5.3.1904.
- 130 Wilhelm Hild (1870–1908), 1896 bis 1900 Kreissekretär beim Landratsamt Essen, von 1900 bis 1905 Bürgermeister in Rütterscheid. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 92 f.
- 131 HdEG/StA 102 I 494, Oberbürgermeister an Hild, 11.3.1904.
- 132 LAV NRW R RD 9785, Landrat an Regierungspräsident, 21.3.1904. Zugleich wies der Landrat den Bürgermeister an, Verhandlungen nur durch seine Vermittlung zu führen. HdEG/StA 102 I 495, Landrat an Bürgermeister, 21.3.1904.
- 133 HdEG/StA 102 I 494, Regierungspräsident an Oberbürgermeister, 23.3.1904.
- 134 HdEG/StA 102 I 494, Oberbürgermeister an Landrat, 30.3.1904.
- 135 HdEG/StA 102 I 494, Bürgermeister Hild an Landrat, 11.4.1904.



Postkarte »Gruß aus dem Altenhof« (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

*»Das fragliche Gelände ist nun das Hinterland der Kolonie Altenhof und ist zu zwei Dritteln mit schönem Wald bestanden. Die Stadt wird nach der Eingemeindung bestrebt sein, das Gelände zu erwerben, um den Wald zu erhalten. Dieser bildet die einzige in der Nähe der Stadt Essen befindliche Waldfläche und seine Erhaltung muss die Aufgabe jeder einsichtigen Gemeindeverwaltung sein. ... Die Stadtverwaltung hat die Aufgabe, mit allen Mitteln dafür zu sorgen, dass die weltbekannte Lieblingsschöpfung Friedrich Alfred Krupps nicht durch die Nachbarschaft von Mietskasernen verunstaltet wird. Vor einer Gefährdung die Kolonie Altenhof durch Bauplan und Bauordnung zu schützen gehört allerdings mit zu den Zwecken, welche die Stadt Essen durch die Eingemeindung erreichen will.«<sup>136</sup>*

Die klaren Stellungnahmen des Oberbürgermeisters und des Bürgermeisters, nicht an einer Teileingemeindung interessiert zu sein, überzeugten den Regierungspräsidenten, der am 10. Mai 1904 die Verhandlungen über die Gesamteingemeindung erlaubte.<sup>137</sup> Doch im Gegensatz zu Essen sahen der Rütterschei-

136 HdEG/StA 102 I 494, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 4.5.1904; Schröter, Einen Schritt (wie Anm. 102), S. 136. – Zum Altenhof siehe Klapheck, Siedlungswerk (wie Anm. 25), S. 40–65; Stemmrich, Siedlung (wie Anm. 25), S. 212–229.

137 HdEG/StA 102 I 494, Regierungspräsident an Oberbürgermeister, 10.5.1904.

der Bürgermeister, der gegen die Eingemeindung eingestellt war,<sup>138</sup> und der Gemeinderat keinen Grund zur Eile. Letzterer beschloss am 14. Juli, die Gespräche bis Oktober ruhen zu lassen.<sup>139</sup>

Als im Herbst die Beratungen wieder aufgenommen wurden, machte sich Otto Heinemann, Prokurist bei Krupp, zum Fürsprecher einer schnellen Eingemeindung. Noch könne Rüttenscheid bei den Verhandlungen Steuervergünstigungen erlangen. Doch wenn der Gemeinderat zu lange warte, werde sich die Lage zuungunsten Rüttenscheids ändern, denn in den nächsten Jahren seien Steuererhöhungen »mit ziemlicher Sicherheit« zu erwarten. Sein dringender Rat an die Gemeinderatsmitglieder lautete, »nicht unerfüllbare Forderungen aufzustellen und dadurch das Eingemeindungswerk zu gefährden. Ein so günstiger Zeitpunkt für die Lösung der Eingemeindungsfrage dürfte für Rüttenscheid nicht wiederkehren.«<sup>140</sup>

Es folgten nun zähe Verhandlungsrunden, bei denen sich die Rüttenscheider Vertreter ihrer Machtposition bewusst waren.<sup>141</sup>

Umstritten waren bei dem Vertragspoker folgende Punkte:

### *Zahl der Stadtverordneten*

Rüttenscheid forderte neun Mitglieder, von denen zwei aus jeder Abteilung und drei aus den Meistbegüterten zu wählen seien, während Essen in Relation zur Bevölkerungszahl nur drei zugestehen wollte. Doch ließ sich letzteres nicht durchsetzen.

### *Beteiligung in den Kommissionen und Deputationen*

Hier kam es zu einem Kompromiss zwischen der Rüttenscheider Maximalforderung (zwei Mitglieder in der Finanzkommission, Baudeputation, Direktion Gas- und Wasserwerk, Kuratorium Fortbildungsschule, Sparkassenkuratorium, Schuldeputation, Kuratorium für die höheren Lehranstalten) und dem Essener Minimalangebot (ein Mitglied in der Finanzkommission, Baudeputation, Direktion Gas- und Wasserwerk, Kuratorium Fortbildungsschule), indem Rüttenscheid zwei Mitglieder in der Finanzkommission, Baudeputation und Kommission zur Vorbereitung von Wahlen und ein Mitglied in den anderen Gremien zugestanden wurden.

138 Heinemann, Kronenorden (wie Anm. 113), S. 132.

139 HdEG/StA 102 I 494, Protokoll der Gemeinderatssitzung am 14.7.1904.

140 HdEG/StA 102 I 495, Otto Heinemann, Zur Klarstellung der Finanzlage der Gemeinde Rüttenscheid, sowie Erörterung der Frage der Steuervergünstigung im Eingemeindungsfalle, 2.11.1904.

141 Die Entwürfe der beiden Parteien befinden sich in: HdEG/StA 102 I 494 u. 102 I 496a.

### *Straßenausbau*

Zukünftig sollten alle Straßen in Rüttenscheid, die zu 3/4 bebaut waren, innerhalb eines Jahres gepflastert werden. Zusätzlich forderte man bis 1915 jährlich 100.000 M für den Ausbau und Unterhalt der Rüttenscheider Straßen. Dieses Verlangen konnte Essen abmildern, indem 13 Straßen namentlich aufgeführt wurden, deren Pflasterung erfolgen sollte. Die Frist dafür wurde zudem von einem Jahr auf drei Jahre verlängert. Ebenso konnte der Betrag für den Ausbau der Straßen auf 45.000 M herabgesenkt werden.

Ein »erhebliches Opfer« brachte Essen, indem es auf Nachforderungen von Straßenanliegern verzichtete.

### *Errichtung einer Badeanstalt*

Der Wunsch nach Errichtung einer Voll-Badeanstalt wurde von Essener Seite zurückgewiesen, da kein »ausreichendes Bedürfnis« vorhanden sei. Die Stadt verpflichtete sich aber, innerhalb von drei Jahren ein Brausebad zu bauen.

### *Steuersätze*

Hart gerungen wurde über die Zuschläge zu den kommunalen Steuern und über die Laufzeit der Vergünstigungen. Man einigte sich letztendlich auf einen Hebesatz von 150 Prozent für die Grund-, Gebäude- und Einkommensteuer, der fünf Jahre gelten sollte.

Weitere Zugeständnisse der Essener Verhandlungskommission betrafen die »Anlage eines großen öffentlichen Platzes«, die Errichtung eines Wochenmarktes und den Ausbau des Progymnasiums zu einem Reformgymnasium in Verbindung mit einem Reform-Realgymnasium.

Noch während der laufenden Verhandlungen unternahm Zweigert zwei geschickte Schritte, um das Ergebnis in seinem Sinne zu beeinflussen.

Erstens bot er der Justizverwaltung zur Errichtung des neuen Landgerichts ein anderes, viel wertvolleres Grundstück an, verknüpft mit der Bedingung, dass die Eingemeindung bis zum 1. März zu erfolgen habe. Der Oberbürgermeister hatte insofern Erfolg, als der Landgerichtspräsident und der 1. Staatsanwalt ihre Vorgesetzten baten, beim Justizminister vorstellig zu werden. Dieser möge auf den Minister des Innern einwirken, die Eingemeindung so schnell wie möglich abzuschließen, denn solch ein Grundstück werde »der Justizverwaltung wohl niemals wieder geboten werden«.<sup>142</sup>

142 HdEG/StA 102 I 495, Landgerichtspräsident und Erster Staatsanwalt Essen an Oberlandgerichtspräsident und Oberstaatsanwalt, 14.1.1905.

Zweitens gab Zweigert die Forderungen aus Rüttenscheid an die lokale Presse weiter, die seinen Erwartungen gemäß reagierte. »Mit Verlaub, Ihr Gemeindeväter von Rüttenscheid, wir sind doch vom Karneval noch weit entfernt, in dem man Scherze treibt«, schrieb der Rheinisch-Westfälische Anzeiger.<sup>143</sup> Die Arbeiter-Zeitung, die das erste Angebot Essens schon als zu weitgehend betrachtete, beklagte die zuvor gezeigte Untätigkeit des Rüttenscheider Gemeinderates:

*»Alles, was bisher von unseren Dorfberatern liegen gelassen wurde, soll die Stadt Essen nun möglichst schnell herstellen lassen und uns nicht zu viel Steuern dafür abknöpfen. Solche Wünsche sind ja für die Antragsteller ganz rentabel, nur schade, dass sie sich mit dem Rechtsgefühl schlecht vereinbaren lassen. Wenn es unserer Gemeindevertretung und dem Gemeinderat so sehr um das Wohl der hiesigen Bürgerschaft zu tun war, dann hätten sie ihre Reformpläne doch eher zeigen sollen als auf dem Sterbebette bei der Niederschrift des Testaments, bei dessen Umsetzung in die Tat anderen die Kosten aufgebürdet werden sollen.«<sup>144</sup>*

Und die Essener Volks-Zeitung kommentierte:

*»Dass der Antrag in dieser Fassung von der Stadt Essen angenommen werden kann, glaubt der Gemeinderat von Rüttenscheid wohl selbst nicht.«<sup>145</sup>*

Die Mobilisierung der Öffentlichkeit gefiel weder dem Rüttenscheider Bürgermeister noch dem Landrat und dem Regierungspräsidenten. Doch auf die gemachten Vorwürfe reagierte Zweigert offensiv. Er habe im Falle Altendorfs die Erfahrung gemacht, dass Entwürfe wochenlang unbehandelt liegen gelassen wurden. Ähnliches befürchtete er jetzt wieder. So habe er sich gezwungen gesehen, die Presse einzuschalten. »Wenn dies dem Herrn Bürgermeister von Rüttenscheid nicht angenehm ist, so kann mich das nicht hindern, das zu tun, was im Interesse der meiner Verwaltung anvertrauten Stadtgemeinde liegt.«<sup>146</sup>

Die Strategie Zweigerts war insofern erfolgreich, als Rüttenscheid von seinen Maximalforderungen ein wenig abrückte. Die Presse kritisierte dennoch den endgültig abgeschlossenen Vertrag. Der Rheinisch-Westfälische Anzeiger

143 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 6, 7.1.1905.

144 Arbeiter-Zeitung Nr. 1, 2.1.1905.

145 Essener Volks-Zeitung Nr. 5, 7.1.1905.

146 LAV NRW R RD 9785, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 18.1.1905.

wies auch die herabgesetzten Bedingungen als »noch immer viel zu hoch« zurück,<sup>147</sup> und die Essener Volks-Zeitung stellte fest:

*»Der Vertrag ist Rüttenscheid vollständig auf den Leib zugeschnitten. Alle Vorteile sind auf seiner Seite.« Daher könne Rüttenscheid keine Steuervergünstigungen verlangen. »Wenn trotzdem das in § 13 näher beschriebene Steuer-Privilegium zugestanden wird, schließt das ein Entgegenkommen in sich, wie es als gerade unerhört bezeichnet werden muss.«<sup>148</sup>*

Trotz aller Empörung und Kritik war man sich aber letztendlich einig, dass Essen die »bittere Pille« schlucken müsse, denn:

*»Die Eingemeindung von Rüttenscheid ist ein wichtiges Glied in der Kette der uns gestellten Aufgaben; durch sie werden wir in Zukunft weitere Kraft gewinnen, Essen höherer Blüte zuzuführen und zu einem immer gewichtigeren Schwerpunkt des Industriebezirks zu machen.«<sup>149</sup>*

Auch die Essener Volks-Zeitung sah die langfristigen Vorteile für Essen, weshalb der Vertrag doch unterzeichnet werden müsse.

*»Zukünftige Generationen würden es uns nie verzeihen und uns mit Recht Kurzsichtigkeit vorwerfen, wenn jetzt das nüchterne Interesse des Stadtsäckels den Sieg davontrüge.«<sup>150</sup>*

In diesem Sinne argumentierte auch der Oberbürgermeister am 24. Februar 1905 in der Stadtverordnetensitzung: »Die Frage, ob Rüttenscheid mit Essen vereinigt werden soll, von dem Standpunkt des Handelsmannes zu betrachten, der sich fragt, ob die Ware, die er ankauft, preiswürdig ist, ist m. E. höchst bedauerlich, und es ist zweifellos eine Lücke in unserer Gesetzgebung, dass wir zu einem derartigen Handelsgeschäft überhaupt gezwungen sind. Diese Frage muss von anderen, von höheren Gesichtspunkten aus gelöst werden, und es ist maßgebend, dass man in kommunaler Beziehung das, was zusammengehört, nicht auseinanderreißen soll.«<sup>151</sup> Scharfe Kritik äußerten zwar einige namhafte

147 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 46, 23.2.1905.

148 Essener Volks-Zeitung Nr. 42, 21.2.1905.

149 General-Anzeiger Nr. 44, 23.2.1905.

150 Essener Volks-Zeitung Nr. 44, 23.2.1905.

151 Zit. nach dem Bericht der Essener Volks-Zeitung Nr. 46, 25.2.1905.

Stadtverordnete des Zentrums (Dr. Johannes Bell<sup>152</sup> und Christian Kloft), doch die Mehrheit folgte Zweigert. Victor Niemeyer<sup>153</sup> brachte es noch einmal auf den Punkt. Erfolge keine Eingemeindung, dann könne sich Essen nicht entwickeln. So stimmten 40 Stadtverordnete für die Annahme des Vertrages und nur fünf dagegen.<sup>154</sup>

Kapital schlug der Bürgermeister Hild aus der Eingemeindung, die er doch so heftig bekämpft hatte.<sup>155</sup> Im Gegensatz zu den für eine Amtszeit gewählten Bürgermeistern der Städte waren die Gemeindebürgermeister auf Lebenszeit ernannt worden. Unter Bezug auf seine Lebensstellung teilte Hild seinem Amtskollegen mit, »dass ich nach reiflicher Überlegung mich zu einem Übertritt in den Dienst der Stadt Essen nicht entschließen kann. ... [Mich] trifft ... die Vereinigung der beiden Gemeinden besonders hart, da ich eine Stellung aufzugeben gezwungen bin, wie sie so aussichtsvoll für die Zukunft nicht leicht anders wo anzutreffen sein wird.« Er, der ein Jahresgehalt von 8.350 Mark bezog, forderte daher für sein Ausscheiden eine Abfindung in Höhe von 125.000 Mark.<sup>156</sup> Die Stadt wollte zunächst nur 60.000 Mark bewilligen, doch letztlich einigte man sich auf 100.000 Mark,<sup>157</sup> das war fast das Hundertfache eines Bergarbeiterlohnes.<sup>158</sup>



Bürgermeister Wilhelm Hild (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

- 152 Johannes Bell (1868–1949), Rechtsanwalt und Notar, von 1900 bis 1919 Stadtverordneter, seit 1908 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses, Mitglied des Reichstags von 1912 bis 1933. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 18; NDB 2, S. 29.
- 153 Victor Niemeyer (1863–1949), Rechtsanwalt und Notar, von 1898 bis 1929 Stadtverordneter. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 175.
- 154 HdEG/StA 102 I 496a, Sitzungsprotokoll der Stadtverordnetenversammlung am 24.2.1905; Essener Volks-Zeitung v. 25.2.1905.
- 155 Heinemann, Kronenorden (wie Anm. 113), S. 132.
- 156 HdEG/StA 102 I 494, Hild an Zweigert.
- 157 HdEG/StA 102 I 494.
- 158 Der Jahreslohn lag 1905 bei 1186 M. Carl-Ludwig Holtfrerich, Quantitative Wirtschaftsgeschichte des Ruhrkohlenbergbaus im 19. Jahrhundert. Dortmund 1973, S. 56.

Da mit dem Landkreis eine schnelle Einigung erzielt wurde – Essen musste eine Entschädigung von 100.000 M zahlen und sich verpflichten, eine Straßenbahnlinie nach Rellinghausen zu bauen –,<sup>159</sup> wurde das Gesetz zur Erweiterung des Stadtkreises am 21. Juni 1905 verabschiedet<sup>160</sup> und die Eingemeindung zum 1. Juli 1905 vollzogen.

Den Abschluss der Verhandlungen würdigte der General-Anzeiger: »Damit ist ein wichtiger Abschnitt in der Geschichte unserer Stadt erreicht, dem für ihre weitere Entwicklung die größte Bedeutung innewohnt.«<sup>161</sup>



Die letzte Sitzung des Rüttenscheider Gemeinderates (Fotoarchiv Ruhr Museum)

159 HdEG/StA 102 I 496a, Landrat an Oberbürgermeister, 28.2.1905.

160 Preuß. Gesetzessammlung 1905, S. 259.

161 General-Anzeiger Nr. 147, 1.7.1905.



### Huttrop<sup>162</sup>

Weil sich die Planungen für das Landgericht zunächst auf ein Gelände an der Grenze Huttrop – Rüttenscheid konzentriert hatten, begannen zeitlich parallel zu den Verhandlungen mit Rüttenscheid die Gespräche über die Eingemeindung von Huttrop.

Die 285 ha große Gemeinde zählte 1904 3.300 Einwohner und gehörte zur Bürgermeisterei Stoppenberg. Nach Ansicht des Oberbürgermeisters war sie »wirtschaftlich, baulich und kulturell ein Teil von Essen«. <sup>163</sup> Denn die Gemeinde sei geprägt vom Franz-Sales-Haus, einem Pflegeheim für geistig und körperlich Behinderte, und der Arbeiterkolonie Hüttenheim des Essener Blechwalzwerkes Schulz-Knaudt, also von zwei Essener »Dependenzen«. Die Insassen des Heims nebst dem Pflegepersonal sowie die Bewohner der Siedlung stellten ein Drittel der Bevölkerung. Da zudem mehr als 25 Prozent der arbeitsfähigen Bevölkerung in Essen beschäftigt sei und ein erheblicher Teil des Gemeindegebiets im Eigentum der Stadt Essen oder Essener Bürger und Firmen sei, sei eine Eingemeindung von Huttrop eigentlich naheliegend, doch Zweigert wollte sich mit einem Teilgebiet begnügen.

Der Landrat bestritt die Argumentation des Oberbürgermeisters. Die wirtschaftlichen Beziehungen Huttrops »gravierten« »keineswegs vorwiegend« nach Essen. Dennoch war er »gern bereit, die Bestrebungen der Stadt Essen, ihr Weichbild in der Nähe des für das neue Landgerichtsgebäude in Aussicht genommenen Platzes zweckmäßig zu arrondieren, zu unterstützen«. <sup>164</sup>

Innerhalb des Gemeinderates stießen diese Pläne aber keineswegs auf Zustimmung. Mit einer Abtrennung des Gebietes Brünglinghaus war er nicht einverstanden. Besser wäre es – so wurde signalisiert –, ganz Huttrop einzugemeinden, sofern einige Hürden beseitigt würden. Der Gutsbesitzer Heinrich Feldhaus benannte als »Hauptbedenken gegen die Vereinigung« die Besteuerung des Grundeigentums nach dem gemeinen Wert, den Schlachthauszwang und das Polizeiverbot, mit Mistwagen durch die Stadt zu fahren. <sup>165</sup>

Nachdem der Gemeinderat am 12. Januar 1905 die Abtrennung nur eines Gemeindeteils mit allen gegen eine Stimme abgelehnt hatte, <sup>166</sup> bemühte sich

162 Zum folgenden siehe auch Petermann, Eingemeindungen (wie Anm. 31), S. 63–68; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 143 f.

163 HdEG/StA 102 I 495, Oberbürgermeister an Landrat, 22.3.1904.

164 HdEG/StA 102 I 495, Landrat an Oberbürgermeister, 16.4.1904.

165 HdEG/StA 102 I 486, Aktenvermerk Wiedfeldt, 3.5.1904.

166 HdEG/StA 102 I 486, Auszug aus dem Protokollbuch Huttrop, 12.1.1905.

der Oberbürgermeister um die Gesamteingemeindung.<sup>167</sup> Carl Meyer, Bürgermeister der Bürgermeisterei Stoppenberg,<sup>168</sup> zu der die Gemeinde Huttrop gehörte, hatte nichts dagegen einzuwenden, doch er war, wie er seinem Amtskollegen Hild schrieb, vom Landrat angewiesen worden, »dagegen zu sein«.<sup>169</sup> Vom Regierungspräsidenten wurde die Stadt vertröstet. Der Geheime Oberregierungsrat Freund vom Ministerium des Innern werde im April den Landkreis besichtigen. Zuvor sollten keine Gespräche geführt werden.<sup>170</sup>

Da aber beim Besuch aus Berlin Eingemeindungsfragen nicht behandelt wurden, ruhte die Angelegenheit.<sup>171</sup> Für Essen besaß sie auch keine große Dringlichkeit, da für das Landgericht ja ein anderer Bauplatz gewählt worden war. Als im Oktober der Stoppenberger Bürgermeister anregte, ob man nicht nochmals beim Regierungspräsidenten um Erlaubnis fragen sollte,<sup>172</sup> notierte der Beigeordnete Otto Wiedfeldt<sup>173</sup>, dass die Eingemeindung im Augenblick nicht besonders wichtig sei, doch: »Da die Stadt aber diese Eingemeindungssache einmal angefasst und getrieben hat, dürften wir sie m. E. auch nicht ohne Not stecken lassen.«<sup>174</sup>

Druck erzeugte hingegen die Presse. Bereits im Juli 1904 hatte die Rheinisch-Westfälische Zeitung auf die Gefahr hingewiesen, dass Huttrop »gründlich verbaut werden wird. Ohne Rücksicht auf vorhandene Bodengliederung hat man hier nämlich einen Bebauungsplan festgesetzt, dessen Durchführung möglichst verhindert werden muss. U. a. hat man die einzige dort vorhandene Naturschönheit, das sog. Siepen, derart mit Straßen durchzogen, dass eine vollständige Vernichtung des Tales infolge der notwendigen Aufschüttungen unumgänglich ist. Es liegt nun einmal im Interesse der Stadt Essen, sich diese schöne, gesunde Gegend bei Zeiten zu sichern, damit sie nicht, ... wieder einen vollständig verbauten Stadtteil in sich aufnehmen muss.«<sup>175</sup>

167 HdEG/StA 102 I 486, Oberbürgermeister an Meyer, 21.1.1905 u. Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 20.2.1905.

168 Carl Meyer (1857–1925), 1882 bis 1891 Kreissekretär beim Landratsamt Essen, 1891 bis 1924 Bürgermeister der Bürgermeisterei Stoppenberg. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 165.

169 HdEG/StA 102 I 495, Bürgermeister Meyer an Bürgermeister Hild, 9.1.1905.

170 HdEG/StA 102 I 486, Regierungspräsident an Oberbürgermeister, 8.3.1905.

171 HdEG/StA 102 I 486, Regierungspräsident an Oberbürgermeister, 6.7.1905.

172 HdEG/StA 102 I 486, Meyer an Oberbürgermeister, 3.10.1905.

173 Otto Wiedfeldt (1871–1926), 1903 bis 1908 Beigeordneter. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 247; Schröter, Beigeordnete II (wie Anm. 18), S. 102 f.; Ernst Schröder, Otto Wiedfeldt. Neustadt/Aisch 1981. 2. Aufl.

174 HdEG/StA 102 I 486, Aktennotiz Wiedfeldt für den Oberbürgermeister, 18.10.1905.

175 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 517, 4.6.1904.

Im November 1905 wiederholte der Allgemeine Beobachter die Sorge, dass »sich Spekulanten des Geländes bemächtigen und solche Häuserblocks ausführen, die in gesundheitlicher Beziehung und was Schönheitssinn anbelangt, allen Anforderungen Hohn sprechen. Da sich die Bautätigkeit in diesem Jahre stark entwickelt hat und voraussichtlich im kommenden Jahre noch größer wird, so wäre es ein weiterer Grund, die Sache nicht in die Länge zu ziehen, sonst dürfte Huttrop wohl von Rüttscheid etwas gelernt haben.«<sup>176</sup>

Trotz der kritischen Pressestimmen ließ sich die Stadt nicht zur Eile treiben. Dass die Sache nicht forciert wurde, hing möglicherweise auch mit dem Wechsel an der Stadtspitze zusammen. Am 27. Mai 1906 war Erich Zweigert nach schwerer Krankheit gestorben. Zu seinem Nachfolger wählte die Stadtverordnetenversammlung Wilhelm Holle, einen 1866 in Dortmund geborenen Juristen, der verschiedene Funktionen bei den Regierungen in Arnberg und Münster sowie beim Oberpräsidium Westfalen ausgeübt hatte, bevor er als Geheimer Regierungsrat ins Landwirtschaftsministerium berufen wurde. Der Korpsstudent (Göttinger Bremenser) wird als ein kompromissloser national eingestellter Konservativer beschrieben, der von sich und seinen Ansichten sehr überzeugt war.<sup>177</sup>



Oberbürgermeister Wilhelm Holle  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

176 Allgemeiner Beobachter Nr. 274, 29.11.1905.

177 Wilhelm Holle (1866–1945), Oberbürgermeister von 1906 bis 1918. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 99; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 539; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 58–61.

Mit dem neuen Oberbürgermeister begannen im November 1906 die Verhandlungen,<sup>178</sup> die im Vergleich zu Altendorf und Rüttscheid nicht sehr kontrovers verliefen.<sup>179</sup> Die Vertragsbedingungen lauteten u. a.:<sup>180</sup>

- Huttrop bildet bis 1914 einen eigenen Wahlbezirk und erhält einen Stadtverordneten.
- Die Provinzialchausee wird innerhalb der nächsten drei Jahre kanalisiert und gepflastert. Innerhalb eines Jahres wird die Rellinghauser Straße bis zur Franzstraße reguliert, kanalisiert und, wo erforderlich, mit einem Bürgersteig versehen.
- Ein Bbauungsplan wird umgehend in Angriff genommen und bis spätestens 1910 fertig gestellt.
- Die Straßenbeleuchtung in Huttrop wird ausgebaut.
- Bis 1914 werden in Huttrop »statt der im Essener Bezirk eingeführten Grundsteuer nach dem gemeinen Werte wie bisher Zuschläge zur staatlich verlangten Grund- und Gebäudesteuer« erhoben.
- Bis 1914 zahlen die Huttroper Bürger als Zuschlag zur Einkommen- und Gewerbesteuer 20 Prozentpunkte weniger als die Essener.
- Der Schlachthauszwang gilt für das Schlachten für den eigenen Bedarf erst ab 1. Januar 1926. Die Metzger dürfen noch drei Jahre lang ihre konzessionierten Schlachthäuser benutzen.

Etwas länger dauerten die Verhandlungen mit der Bürgermeisterei Stoppenberg, da der Bürgermeister eine Abfindung von 217.500 M wünschte,<sup>181</sup> während Essen lediglich 50.000 M anbot.<sup>182</sup> Die Parteien einigten sich letztlich auf 150.000 M.<sup>183</sup>

Am 20. Dezember 1907 genehmigte die Stadtverordnetenversammlung den Vertrag,<sup>184</sup> der am 10. Februar 1908 beurkundet wurde. Am 13. April vollzog Wilhelm II. auf Korfu die Abmachung, so dass der feierliche Akt der Eingemein-

178 HdEG/StA 102 I 486, Oberbürgermeister an Landrat und Bürgermeister Stoppenberg, 24.11.1906.

179 Siehe HdEG/StA 102 I 486.

180 HdEG/StA FB D II 1604, Vertrag vom 7./10.2.1908.

181 HdEG/StA 102 I 486, Bürgermeister Stoppenberg an Oberbürgermeister, 18.1.1907.

182 HdEG/StA 102 I 486, Protokoll der Verhandlungen, 22.2.1907.

183 HdEG/StA 102 I 486, Protokoll der Bürgermeisterei-Versammlung Stoppenberg am 21.5.1907.

184 Essener Volks-Zeitung v. 21.12.1907.

derung am 29. April 1908 in der Gemeinderatssitzung von Huttrop stattfinden konnte.<sup>185</sup> In Kraft getreten war die Eingemeindung bereits am 1. April 1908.

### Rellinghausen<sup>186</sup>

Die Eingemeindung Huttrops war gerade abgeschlossen, da widmete sich die Stadtverwaltung umgehend einem neuen Projekt, der Eingemeindung von Rellinghausen.<sup>187</sup>

Die Landgemeinde Rellinghausen, bestehend aus den Ortschaften Rellinghausen, Bergerhausen und Heide, gehörte zur gleichnamigen Bürgermeisterei<sup>188</sup> und zählte 1908 etwa 12.000 Einwohner.<sup>189</sup> Besonders im letzten Jahrzehnt war die Bevölkerungszahl stark angestiegen, was auf die zunehmende Industrialisierung der Gemeinde zurückzuführen war. 1907 lebten 80,3 Prozent der Einwohner von Industrie, Bergbau, Handel und Verkehr. Die mit der steigenden Bevölkerungszahl einhergehende vermehrte Bautätigkeit führte zu einem engen Zusammenwachsen von Essen und Rellinghausen, doch es drohte auch eine unkoordinierte Besiedelung und eine Zerstörung der Landschaft. Diese konnte Essen nur bei einer Eingemeindung verhindern, denn dann ließ sich durch eine neue Bauordnung Einfluss auf die Bebauung nehmen.

Ähnlich wie im Falle Rüttenscheids hatte die Stadt auch in Rellinghausen Bauland aufgekauft. Mit der Begründung, »die Forstbestände, die bei Freigabe an die private Bauspekulation bald ganz verschwinden müssten, zum Nutzen der Essener Bürger dauernd zu erhalten«,<sup>190</sup> hatte sie den 400 Morgen umfassenden Stadtwald erworben. Dieser konnte aber nur dann geordnet beaufsichtigt werden, wenn die Gebietshoheit bei der Stadt Essen liegen würde.<sup>191</sup>

185 Essener Volks-Zeitung v. 30.4.1908.

186 Siehe auch Petermann, Eingemeindungen (wie Anm. 31), S. 68–74; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 144–148; Klaus Lindemann, Rellinghausen in der Kaiserzeit. Bürgermeisterei – Eingemeindung – Erster Weltkrieg, Essen 2011, S. 6–19.

187 Zur Geschichte Rellinghausens siehe Die Bürgermeisterei Rellinghausen. Ihre Entstehung, Entwicklung und Verwaltung, hrsg. v. Joseph Sartorius. Rellinghausen [1909]; Lindemann, Rellinghausen (wie Anm. 186).

188 Zur Bürgermeisterei gehörte ferner die Gemeinde Heisingen.

189 Siehe – auch zum folgenden – HdEG/StA 102 I 488, Begründung zum Eingemeindungsvertrag.

190 HdEG/StA 102 I 488, Begründung zum Eingemeindungsvertrag. Hier auch die weiteren Zitate.

191 Wie wichtig der Essener Stadtspitze der Erhalt von Grünflächen war, dazu siehe Robert Schmidt, Denkschrift betreffend Grundsätze zur Aufstellung eines General-Siedelungs-

Die Eingemeindung war nicht allein durch die stets größer werdende Verwobenheit zu begründen, sondern vor allem durch einige dringend zu realisierende Projekte, die die Gemeinde aber nicht finanzieren konnte. Besonders wichtig war die Reinhaltung und Klärung des Rellinghausener Mühlenbaches, in den auch ein Teil des südlichen Essener Stadtgebietes entwässerte. Der projektierte Bau einer Kläranlage war aber an der Kostenfrage gescheitert, denn die



Bürgermeister Joseph Sartorius  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

Finanzlage von Rellinghausen war »eine sehr ungünstige«, obwohl ein Steuerzuschlag von 200 % erhoben wurde. Dennoch war die Gemeinde mit Schulden in Höhe von 500.000 M belastet, ohne »nennenswerte realisierbare Aktivwerte« zu besitzen. Weitere Ausgaben für die Kanalisation, den Wegebau und für den Bau von Schulen waren in den kommenden Jahren zu tätigen, deren Finanzierung vollkommen ungewiss war.

Wenn Essen für die Eingemeindung plädierte, so nicht allein um Rellinghausen bei seinen finanziellen Problemen zu helfen, sondern um ein weiteres »bergsicheres Baugebiet« zu bekommen, denn noch immer stand Essen, »was das Verhältnis von Fläche und Einwohnerzahl betrifft, unter den großen Industriestädten des Westens am ungünstigsten da«.

Als der Bürgerverein Bergerhausen am 11. Mai 1908 den Oberbürgermeister aufforderte, Rellinghausen einzugemeinden,<sup>192</sup> griff dieser die Anregung gerne auf, indem er am 15. Mai dem Bürgermeister Joseph Sartorius und dem Gemein-

planes für den Regierungsbezirk Düsseldorf (rechtsrheinisch). Essen 1912, S. 65–77. Allgemein zur Grünflächenpolitik in Essen und im Ruhrgebiet Renate Kastorff-Viehmann, Die Stadt und das Grün 1860 bis 1960, in: Die grüne Stadt. Siedlungen, Parks, Wälder, Grünflächen 1860–1960 im Ruhrgebiet, hrsg. v. ders. Essen 1998, S. 49–141.

192 HdEG/StA 102 I 488, Bürgerverein Bergerhausen an Oberbürgermeister, 11.5.1908.

derat die Aufnahme von Vereinigungsverhandlungen vorschlug.<sup>193</sup> Der Landrat, der von den Plänen erfahren hatte, intervenierte umgehend. Er untersagte die Behandlung im Gemeinderat<sup>194</sup> und beschwerte sich beim Regierungspräsidenten. Er sei voller Sorge, »dass der Kreis in unerwünschter Weise zerrissen und verkleinert würde«, zumal ja auch die Eingemeindung von Borbeck und Altenessen diskutiert werde. »Nachdem soeben Huttrop in Essen eingemeindet worden ist, ... ist das Verlangen, schon wieder eine Gemeinde ohne besondere Gründe einzugemeinden, doch ein sehr weitgehendes. Meines Erachtens sind in hiesiger Gegend Landkreise nur dann lebensfähig und in der Lage ihre Aufgaben neben den großen Städten zu erfüllen, wenn sie in ihrem Bestande nicht zu sehr verkleinert werden.« Er bat daher um eine Entscheidung des Ministers des Innern und verwies dabei auf dessen Auffassung aus dem Jahre 1905, »dass dem Landkreis nach der erfolgten Eingemeindung von Rütterscheid nach Essen eine Zeit der Ruhe zur Konsolidierung seiner finanziellen Verhältnisse zu lassen sei und dass eine dringende Veranlassung weitere Vergrößerungen der Stadt Essen durch Eingemeindungen aus dem Landkreis zu schaffen, nicht bestehe«.<sup>195</sup>

Natürlich erfuhr auch die Öffentlichkeit von den Absichten der Stadt, was zu lebhaften Debatten führte,<sup>196</sup> während sich der Gemeinderat Zeit ließ. Trotz einer Nachfrage des Oberbürgermeisters<sup>197</sup> kamen vorbereitende Gespräche nicht zustande.<sup>198</sup> Erst am 5. Januar 1909 wählte der Gemeinderat eine siebenköpfige Kommission,<sup>199</sup> so dass am 20. Januar die Verhandlungen beginnen konnten. Ungeklärt war zunächst noch die Frage, ob die gesamte Bürgermeisterei einschließlich Heisingen eingemeindet werden sollte oder nur die Gemeinde Rellinghausen, doch Essen signalisierte recht schnell gegenüber dem Regierungspräsidenten, dass es an Heisingen nicht interessiert sei.<sup>200</sup>

193 HdEG/StA 102 I 488, Oberbürgermeister an Gemeinderat und Bürgermeister Sartorius, 15.5.1908; Lindemann, Rellinghausen (wie Anm. 186), S. 6f.

194 HdEG/StA 120/3, Landrat an Bürgermeister, 16.5.1908.

195 HdEG/StA 102 I 488, Landrat an Regierungspräsident, 20.5.1908.

196 Siehe Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 117, 21.5.1908 u. Nr. 192, 21.8.1908; Essener Volks-Zeitung Nr. 122, 27.5.1908 u. 126, 31.5.1908.

197 HdEG/StA 120/3, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 31.7.1908.

198 Brandi berichtet, dass er »immer des Abends im Dunkeln« den Bürgermeister besucht habe, um ihn für den Eingemeindungsgedanken zu gewinnen. Brandi, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 56.

199 HdEG/StA 102 I 488, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 7.1.1909. Der General-Anzeiger vom 8.1.1909 kommentierte die Wahl: »Hierdurch wird dem Wunsche der großen Mehrheit der Gemeindeeingewohnten Rechnung getragen. Hoffentlich wird diese die Gemüter der Bürgerschaft seit langem erregende Angelegenheit zur beiderseitigen Zufriedenheit nunmehr baldigst zum Ziele geführt.«

200 HdEG/StA 102 I 488, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 21.1.1909.

Wie in allen bisherigen Eingemeindungsverhandlungen wurde auch jetzt über die Zahl der Stadtverordneten gestritten.<sup>201</sup> Während Rellinghausen sechs forderte, wollte Essen nur drei zugestehen. Ebenso waren die Delegationen uneinig in den Fragen Steuerzuschläge und Schlachthauszwang. Der Oberbürgermeister erhielt Rückendeckung durch die lokale Presse, die seine Standfestigkeit begrüßte: »Man scheint in Rellinghausen der Meinung zu sein, dass jede einzugemeindende Gemeinde vergnügt ins Blaue hinein fordern könne und vergisst offenbar, dass die Anregung zur Eingemeindung nicht von der Verwaltung der Stadt Essen ausgegangen ist. ... dass weder die Stadt Essen noch ihre Bürgerschaft an der schleunigen Eingemeindung Rellinghausens ein besonderes Interesse haben! Ja, wir sind durchaus der Meinung, dass die Stadt Essen durchaus im Interesse ihrer Steuerzahler handelt, wenn sie angesichts einzelner Rellinghausener Forderungen die Verhandlungen lieber abbricht.«<sup>202</sup>

Holle nutzte die Artikel, um zu einem besseren Ergebnis zu gelangen, aber ein endgültiges Scheitern der Verhandlungen kam für ihn nicht in Betracht. So einigte man sich auf folgende Bedingungen:<sup>203</sup>

1. Rellinghausen erhält bis 1914 vier Stadtverordnete.
2. Für die Grund- und Gebäudesteuer wird bis 1914 ein Zuschlag von 200 % festgesetzt. Ferner darf bis 1920 die Grundsteuer nicht nach dem gemeinen Wert erhoben werden. Danach sollen die landwirtschaftlich benutzten Grundstücke »nur mit 25 % der eingeschätzten Normalsätze der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert zur Gemeindesteuer herangezogen werden.«<sup>204</sup>
3. Der Schlachthauszwang für das Schlachten für den eigenen Bedarf wird erst ab 1. Januar 1931 eingeführt. Die Metzger dürfen ihre gewerbepolizeilich konzessionierten Anlagen bis zum 1. Januar 1916 benutzen.
4. Innerhalb von drei Jahren wird ein einheitlicher Bebauungs- und binnen drei Jahren ein Kanalisationsplan aufgestellt.

Besonders wichtig war den Rellinghausenern die Anbindung ihrer Ortschaft an Essen mit der Straßenbahn. Daher wurde im § 6 festgehalten:

201 HdEG/StA 102 I 488, Niederschrift über die Verhandlungen am 20.1.1909.

202 HdEG/StA 102 I 488, Zeitungsausschnitt vom 23.2.1909. Die Zeitung ist nicht genannt worden.

203 HdEG/StA FB D II 1605, Vertrag zwischen der Stadtgemeinde Essen und der Gemeinde Rellinghausen, 4./9.8.1909.

204 Diese Bestimmung wurde von der Arbeiter-Zeitung scharf kritisiert, da sie darin eine ungerechtfertigte Bevorzugung des Freiherrn von Schell, aber auch der Bauern sah. Arbeiter-Zeitung vom 16.3.1909; Lindemann, Rellinghausen (wie Anm. 186), S. 10.





Am frommen Josef (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

»Die erweiterte Stadtgemeinde übernimmt die Verpflichtung, bevor weitere neue Straßenbahnlinien außerhalb des jetzigen Stadtbezirks von der Stadt Essen genehmigt oder ausgeführt werden, folgende Straßenbahnlinien zum Bau freizugeben oder auszuführen:

1. Zunächst eine Straßenbahn über die Rellinghauser Straße bis zur Wirtschaft ›Zum frommen Josef;
2. eine solche von der Rüttenscheider Straße oder vom Hauptbahnhofe nach Rellinghausen über den Bahnhof Rellinghausen-West;
3. eine solche über die Ruhrallee bis zur Ruhr.

Die erweiterte Stadtgemeinde ist verpflichtet, alle Vorkehrungen insbesondere bezüglich des Wegebauens so zeitig zu treffen, dass alle drei Straßenbahnlinien innerhalb fünf Jahren vom Tage der Eingemeindung ab fertiggestellt und in Betrieb gesetzt werden können.«

Ein zweites spezielles Anliegen betraf den Erhalt der traditionellen Annen-Kirmes, die seit Jahrhunderten gefeiert wurde.<sup>205</sup> Folglich bestimmte §13: »Die

**205** Der Erzählung nach steht sie in einem engen Zusammenhang mit einem Hostienraub im Jahre 1516. Ein Dieb brach am Vorabend des St. Annenfestes in die Rellinghauser Pfarrkirche ein und stahl dort die geweihten Hostien. Doch schon bald packte ihn die



Prozession an der St. Annenkapelle, um 1890 (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

erweiterte Stadtgemeinde darf den Fortbestand der Annen-Kirmes nicht hindern.«

Obwohl Rellinghausen einige Zugeständnisse gemacht worden waren, gab es eine kleine Opposition in der Ortschaft, die gegen die Eingemeindung agitierte.<sup>206</sup> Sie fand aber kein Gehör im Gemeinderat, der am 19. März 1909 den Vertrag mit 14 zu 2 Stimmen annahm.<sup>207</sup> Als am gleichen Tag die Essener Stadtverordnetenversammlung den Vertrag diskutierte, wurde auch hier Kritik laut. Zwar hielten fast alle Redner die Eingemeindung für notwendig, doch für viele waren von Essener Seite zu große Zugeständnisse gemacht worden. »Er wisse nicht«, bekundete Victor Niemeyer, »ob die Leute in Rellinghausen gut seien,

Verzweiflung angesichts seiner frevelhaften Tat, und er warf die Hostien in einen Dornbusch im Annental. Hier fand sie am nächsten Tag ein Schäfer, als seine Schafe den Dornbusch umringten und davor niederknieten. An der Fundstelle wurde eine Kapelle errichtet, und alljährlich am 26. Juli, dem St. Annenfest, ziehen die Gläubigen von der Pfarrkirche zur Kapelle, wo ein Gottesdienst unter freiem Himmel gefeiert wird. Danach wird dann die Kirmes eröffnet. Siehe Heinrich Dicke/Wilhelm Lenz, Essen in Geschichte und Sage. Essen 1930, S. 78f.

206 Siehe HdEG/StA 120/3, Resolution der öffentlichen Volksversammlung am 7.3.1909 betr. Eingemeindung.

207 HdEG/StA 102 I 488, Auszug aus dem Protokollbuch des Gemeinderats Rellinghausen vom 19.3.1909.

aber dass sie klug und tüchtige Geschäftsleute seien, ersehe man aus der Vorlage.« Dennoch stimmte auch hier die Mehrheit für die Annahme.<sup>208</sup>

Auch mit dem Landkreis wurde schnell eine Einigung gefunden, nachdem sich Essen bereit erklärt hatte, Heisingen, das zu einer eigenständigen Bürgermeisterei erhoben wurde, eine Abfindung von 45.000 M zu zahlen.<sup>209</sup>

Die Beratung im Landtag ließ aber auf sich warten. Sie fand endlich im Januar 1910 in der zuständigen Kommission statt.<sup>210</sup> Am 16. März wurde das Gesetz über die Vereinigung Rellinghausens mit Essen dann verabschiedet und am 21. März vom König und dem Kabinett unterschrieben.<sup>211</sup>

Mit der zum 1. April 1910 vollzogenen Eingemeindung vergrößerte sich das Stadtgebiet um weitere 945 ha, doch im Vergleich mit anderen Städten des Ruhrgebiets gehörte Essen nicht zu den großen Gewinnern, was den Zugewinn an Land betraf. Bochum hatte sein Territorium verachtfacht und Gelsenkirchen gar verzehnfacht.<sup>212</sup> So ist es verständlich, dass der Landhunger der Stadt noch nicht gesättigt war, auch wenn sie als »Dame Nimmersatt« bespöttelt wurde,<sup>213</sup> aber die Bevölkerungsdichte war immer noch so hoch wie in keiner anderen westdeutschen Großstadt mit Ausnahme von Barmen.

Tab. 3: Bevölkerungsdichte in westdeutschen Großstädten am 1. Dezember 1910<sup>214</sup>

Einw. auf 1 ha			
Barmen	77,84	Duisburg	32,44
Essen	76,04	Düsseldorf	32,16
Dortmund	69,60	Bonn	28,19
Bochum	50,92	Krefeld	27,23
Köln	44,00		

208 Essener Volks-Zeitung vom 20.3.1909; Lindemann, Rellinghausen (wie Anm. 186), S. 11 f.

209 HdEG/StA 102 I 488, Auszug aus dem Beschlussbuch der Stadtverordnetenversammlung vom 19.3.1909.

210 Essener Volks-Zeitung v. 31.1.1910.

211 HdEG/StA 102 I 488; HdEG/StA 102 I 489; Lindemann, Rellinghausen (wie Anm. 186), S. 13.

212 Erdmann, Eingemeindungen (wie Anm. 31), S. 101.

213 Hans von der Berne, Eingemeindungen, in: Essener Volks-Zeitung Nr. 1, 2.1.1912:

»Denn Essen, die Kanonenstadt,

Hat einen starken Appetit.

Sie wird zur Dame »Nimmersatt«

Und stärker stets an Leib und Glied.

Drum wird zu eng ihr immer wieder

Des Leibes straff gespanntes Mieder.«

– Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 148.

214 Aufstellung in HdEG/StA 102 I 457; Die Entwicklung der Essener Wohnungsverhältnisse (wie Anm. 15), S. 13. Vgl. Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), Tab. 10, S. 346.

### Auf dem Weg zu Groß-Essen

Bei den bisherigen Eingemeindungen standen immer vier Aspekte im Vordergrund: der Erwerb von Land zu Siedlungszwecken, die bessere Durchführbarkeit von Infrastrukturmaßnahmen, die Verhinderung der Steuerflucht und die Schaffung eines stadtnahen Erholungsgebietes im Süden der Stadt. Essen fehlte es aber nicht nur an Land für Wohnungen, sondern auch an neuen Industriearealen. Da keine Industriegrundstücke mit Bahnanschluss vorhanden waren, entschied das traditionsreiche Blechwalzwerk Schulz-Knautd im Dezember 1907, ein Stahlwerk in (Duisburg)-Huckingen zu bauen.<sup>215</sup> Dorthin wurde in den Jahren 1912/13 die Essener Produktion verlagert. Auch für Krupp bot der neue Standort am Rhein in Rheinhausen eine Alternative zum Heimatort.<sup>216</sup> Es herrschte also aus Sicht der Stadtoberen dringender Handlungsbedarf. Weil der Essener Süden nach den Planungen Robert Schmidts weitgehend industriefrei bleiben sollte, musste der Blick nach Norden gerichtet werden, nach Borbeck und Altenessen. Hier gab es noch genügend unbebaute Flächen für industrielle Produktionsstätten.

Ein weiterer Aspekt kam hinzu. Die sich über Jahrzehnte hinziehenden Planungen für den Bau eines Kanals vom Rhein Richtung Osten waren 1904 endlich abgeschlossen worden. Mit der Fertigstellung der neuen Wasserstraße war zum Jahre 1914 zu rechnen. Essen wollte diesmal nicht wie beim Bau der Eisenbahn ins Hintertreffen geraten, sondern frühzeitig einen städtischen Hafen errichten. Für diese »Verbesserung des Verkehrsstandorts« im Konkurrenzkampf der Städte<sup>217</sup> waren Investitionen in Höhe von etwa 10 Mill. M veranschlagt worden, die die Stadt aber nicht in einer fremden Gemeinde tätigen wollte.

Ob auch in Essen die Industrie den Anstoß auf die Eingemeindung der nördlichen Vororte gegeben hat, wie dies in Oberhausen der Fall war, um auf diese Weise einen Zugang zum Kanal zu erlangen,<sup>218</sup> dafür gibt es in den Quellen keinen Beleg.<sup>219</sup> Hugo Stinnes<sup>220</sup>, der den Bau eines Hafens befürwortete,

215 Essener Volks-Zeitung v. 27.2.1908; Sponheuer, Entwicklung (wie Anm. 26), S. 139.

216 Gall, Krupp (wie Anm. 7), S. 262f.

217 Wolfgang R. Krabbe, Eingemeindungsprobleme vor dem Ersten Weltkrieg, in: Die alte Stadt 7, 1980, S. 368–387, hier S. 385.

218 Magnus Dellwig, Kommunale Wirtschaftspolitik in Oberhausen 1862–1938. Oberhausen 1996, S. 290.

219 Dagegen behauptet Vonde, ohne dafür einen Beleg anzugeben: »Pläne zur Teileingemeindung von Borbeck ... entwickelte der Essener Oberbürgermeister auf Drängen Krupps.« Vonde, Revier der großen Dörfer (wie Anm. 96), S. 193.

220 Hugo Stinnes (1870–1924), Industrieller. Biographische Angaben: Gerald D. Feldman, Hugo Stinnes. Biographie eines Industriellen 1870–1924. München 1998.

kritisierte aber das dafür vorgesehene Grundstück als ungeeignet. Doch auch er sah die Notwendigkeit einer Eingemeindung, »da sonst die Gefahr vorliegt, dass die Industrie und die besten Steuerzahler in die Außengemeinden auswandern«. Daher dürften »in fremden Gemeinden mit den Mitteln der Stadt Essen keine Hafengebauten ausgeführt werden«. <sup>221</sup> Dagegen bekundete das Unternehmen Krupp immer wieder, dass bei ihm kein Interesse am Hafenbau vorhanden sei, da nur geringe Mengen seiner Materialien auf dem Wasserweg transportiert werden würden. <sup>222</sup> Ihre Aussage wurde aber angezweifelt. So war der Bergwerksdirektor Wüstenhöfer <sup>223</sup> der festen Überzeugung, »dass das Interesse der Aktiengesellschaft Friedrich Krupp an einem direkten Anschluss an den Kanal weit größer ist, als die maßgebenden Herren im Augenblick annehmen«. <sup>224</sup>

Bei einer Zusammenkunft der Vertreter der Essener Bergwerksgesellschaften am 27. Juni 1910 ließ sich auch kein Konsens finden. Die Zechen, die in der Nähe des Kanals lagen, planten ihre eigenen Hafenanlagen, während die südlich gelegenen Zechen einen städtischen Zentralhafen favorisierten. Im Gegensatz zu Stinnes und der Stadtspitze sahen sie aber keinen unbedingten Zwang zur Eingemeindung, sondern hatten »keine Bedenken gegen die Errichtung des Hafens in einer fremden Gemeinde«. <sup>225</sup>

Ein dritter Aspekt wurde in den offiziellen Schreiben und Denkschriften der Stadt nicht ausgesprochen, doch er spielte auch ungesagt eine Rolle. Im Wettkampf der Städte zählte nicht nur eine ausgebaute Infrastruktur, sondern auch die schiere Größe. Essen wollte durch die Eingemeindungen mit Düsseldorf gleichziehen bzw. den Konkurrenten am Rhein überholen.

### Erste Verhandlungen mit Borbeck

Für die Anlegung eines Hafens kam in erster Linie die Bürgermeisterei Borbeck <sup>226</sup> in Betracht, die das Bild einer typischen Industriegemeinde des Ruhrgebiets aufwies: zerstreute Bebauung im Anschluss an industrielle Anlagen und Zechen, durchzogen von Eisenbahntrassen und Versorgungsleitungen; kein

<sup>221</sup> HdEG/StA 102 VI 33, Hugo Stinnes an Oberbürgermeister, 28.9.1906.

<sup>222</sup> HdEG/StA 102 VI 33, Krupp an Oberbürgermeister, 17.7.1907 u. 18.4.1910.

<sup>223</sup> Franz Wüstenhöfer (1859–1927), Bergwerksdirektor, Mitglied des Borbecker Gemeinderats. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 254.

<sup>224</sup> HdEG/StA 102 VI 33, Essener Bergwerks-Verein König Wilhelm an HK Essen, 25.9.1906.

<sup>225</sup> HdEG/StA 102 VI 33, Protokoll einer Sitzung am 27.6.1910.

<sup>226</sup> Zu Borbeck siehe Niethammer, Erläuterung (wie Anm. 96); Andreas Koerner, Zwischen Schloß und Schloten. Die Geschichte Borbecks. Bottrop 1999.

großer städtisch geprägter Ortskern; weitgehend ungepflasterte Straßen mit unzureichender Kanalisation und Beleuchtung – »alles sehr ungeordnet und nicht in die natürliche Landschaft eingepasst, sondern diese aus Kosten- oder Nützlichkeitsgründen gedankenlos vergewaltigt«.<sup>227</sup>

Ein Drittel der Fläche war im Besitz der Großindustrie<sup>228</sup> (747 ha) und des Großgrundbesitzes (345 ha Familie von Fürstenberg, 89 ha Familie von Vittinghoff-Schell).

Obwohl die Industrie von solch großer Bedeutung für das Wachstum der Gemeinde war, war sie im Gemeinderat »fast machtlos«. Hier war der Einfluss der Haus- und Grundbesitzer, die als per se-Mitglieder die Mehrheit innehatten, sowie der Industriearbeiter, die den größten Teil der Bevölkerung stellten, bestimmend. Mit wenigen Ausnahmen gehörten die Gemeinderatsmitglieder der Zentrumsparterie an.<sup>229</sup>

Die finanzielle Situation Borbecks war ausgesprochen schlecht. Es fehlten sowohl ein breiter Mittelstand als auch das gehobene Bürgertum. Das Steueraufkommen war daher sehr gering. Obwohl die Hebesätze ständig anstiegen, waren die Einnahmen nicht ausreichend, um die erforderlichen Investitionen vornehmen zu können.

Die ersten Gespräche über eine Eingemeindung begannen, vermittelt durch Franz Wüstenhöfer, Generaldirektor der Zeche König Wilhelm und Mitglied des Borbecker Gemeinderats, im Dezember 1906.<sup>230</sup> Oberbürgermeister Holle suchte den Bürgermeister Rudolf Heinrich<sup>231</sup> auf und informierte ihn über die Hafенpläne und die daraus zwingend folgende Eingemeindung des Hafengebietes, »da andernfalls sich große Schwierigkeiten und Weiterungen ergeben würden«. Holle schlug vor, eine Kommission zu wählen und mit den Verhandlungen zu starten.<sup>232</sup> Da sich der Regierungspräsident damit einverstanden erklärt hatte,<sup>233</sup> gab es am 9. März 1907 eine vertrauliche Besprechung, an der der Landrat Snethlage, Bürgermeister Heinrich, der Beigeordnete Baasel<sup>234</sup>,

227 Gustav Ihde, Essen in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts. Die Entwicklung zur Industriegroßstadt, in: Essen im 19. und 20. Jahrhundert. Essen 1990, S. 35–54, Zitat S. 54.

228 Krupp besaß 1905 noch keine Grundstücke in Borbeck.

229 HdEG/StA 102 I 473, Gutachten des Stadtlandmessers Becker, 29.12.1906.

230 HdEG/StA 102 I 473, Wüstenhöfer an Oberbürgermeister, 2.10.1906.

231 Rudolf Heinrich (1845–1917), 1881 bis 1907 Bürgermeister in Borbeck. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 88.

232 HdEG/StA 114/58, Bürgermeister an Landrat, 11.12.1906.

233 Siehe HdEG/StA 114/58, Landrat an Bürgermeister, 24.1.1907.

234 Ferdinand Baasel (1874–1944), Beigeordneter, dann Bürgermeister in Borbeck, nach der Eingemeindung Beigeordneter in Essen. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 8 f.; Schröter, Beigeordnete I (wie Anm. 18), S. 30 f.

Oberbürgermeister Holle und der Beigeordnete Wiedfeldt teilnahmen. Ausgelotet wurden die zwei Alternativen: Teileingemeindung des zukünftigen Hafensareals – dann hätte Essen Borbeck eine hohe Abfindung zu zahlen – oder die Gesamteingemeindung, für die die Bedingungen im einzelnen noch auszuhandeln wären.<sup>235</sup>

Die Presse hatte von den Gesprächen erfahren und vorschnell meldete die Rheinisch-Westfälische Zeitung, »dass der Abschluss als gesichert gelten kann«. Wenngleich sie es als selbstverständlich erachtete, dass Borbeck Zugeständnisse gemacht werden müssten, warnte sie: »Der Vertrag mit Rüttenscheid darf keine Nachahmung finden. Es geht nicht an, dass man die Gemeinden zum Dank dafür, dass man sie mit Millionen entwickelt, noch in der Steuer gegen die Bürger Alt-Essens heruntersetzt.«<sup>236</sup>

Die Meldung erwies sich schnell als Zeitungsente, denn der Borbecker Gemeinderat hatte am 25. März die Entscheidung, eine Verhandlungskommission zu wählen, vertagt.<sup>237</sup> Die Diskussion in der Presse wurde aber intensiv weitergeführt, und auch die Borbecker Bevölkerung beschäftigte sich immer mehr mit dieser Frage, vor allem auch weil Oberhausen Interesse an einer Eingemeindung Frintrops bekundet hatte. Die Mehrheit der Borbecker stand, wenn wir dem Bericht des Allgemeinen Beobachters Glauben schenken wollen, der Eingemeindungsfrage »sehr unsympathisch gegenüber«.<sup>238</sup> Eine Haltung, die die Arbeiter-Zeitung nicht nachvollziehen konnte, denn in ihren Augen war Borbeck – »ohne Bodenpolitik, ohne öffentliche und soziale Einrichtungen, ganz dürftigem Straßenbau und Kanalisation – »eine der mit wenigstem Weitblick verwalteten Gemeinden des Industriebezirks«. Die Bevölkerung könne also von einer Eingemeindung nur profitieren.<sup>239</sup>

Auch der General-Anzeiger sah die Vorteile für die Borbecker und war daher zuversichtlich:

*»Gefühlspolitik führt die Gemeinden nicht zusammen, sondern nüchternes Geschäft. Wie die Rüttenscheider sich genau darüber klar waren, dass ihre Selbständigkeit für die Dauer sehr kostspielig werden müsse, und den Anschluss an Essen williger suchten, als sie zugeben mochten, so werden die Borbecker auch nicht unserer schönen blauen Augen wegen kommen, sondern weil sie sich Vorteil davon versprechen. Die*

235 HdEG/StA 102 I 473, Protokoll einer vertraulichen Besprechung am 9.3.1907.

236 Rheinisch-Westfälische Zeitung v. 29.3.1907.

237 HdEG/StA 102 I 473, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 26.3.1907.

238 Allgemeiner Beobachter Nr. 85, 12.4.1907.

239 Arbeiter-Zeitung Nr. 85, 15.4.1907.

*Stadt Essen will für schweres Geld einen Kanalhafen bauen, zu dem sie das Gelände schon vor Jahren auf Borbecker Gebiet gekauft hat. Den Borbeckern diesen Hafen zu schenken, verspürt sie nun auch kein Bedürfnis, und so ist es denn erklärlich, dass beide Teile berechnen, welche Vorteile eine Vereinigung für sie haben könne.«<sup>240</sup>*

Begleitet von der Presseberichterstattung trafen sich die Verhandlungskommissionen am 23. Juli 1907. Holle erläuterte die von ihm bevorzugte Lösung, die Teileingemeindung, so wie er sie zuvor schon dem Bürgermeister dargelegt hatte:

*»Da nun die Erbauung eines Hafens nebst Zubehör, der auf wenigstens 1 1/2 Jahrzehnte nicht nur unrentabel ist, sondern sogar noch erhebliche Zuschüsse erfordern wird, für die Stadtgemeinde Essen eine sehr erhebliche finanzielle Belastung darstellt, die Stadtgemeinde bei ihrem Wachstum außerdem selbst noch auf längere Zeit hinaus zu erheblichen finanziellen Aufwendungen aller Art im Interesse ihrer Bürger verpflichtet ist, so würde die Einverleibung der gesamten Gemeinde Borbeck eine weitere zur Zeit in ihrer Größe noch gar nicht von mir genau übersehbare Aufgabe und finanzielle Belastung namentlich in allen Tiefbauangelegenheiten hinzu ergeben. Demgegenüber würde die Vereinigung eines Teiles von Borbeck mit Essen ein leichter übersehbarer und auch in ihrer finanziellen Tragweite abschätzbarer Aufgabenkomplex sein. Aus diesem Grunde würde ich daher dieser Art der Lösung den Vorzug geben.«<sup>241</sup>*

Die Teileingemeindung lehnte der Beigeordnete Baasel strikt ab, »weil die Gemeinde Borbeck damit die industrielle Entwicklung und ihre Zukunft aus der Hand gebe«.<sup>242</sup> In bewusster Verkennung der Lage behauptete er: »Die Gemeinde stehe recht günstig da, sie habe keine Schulden und erhebe seit Jahren niedrigere Steuersätze als Essen. Sie brauche daher nicht dran zu denken, ihre Selbständigkeit aufzugeben und befände sich in der angenehmen Lage, umworben zu werden.«

Die anderen Essener Delegierten wiederholten die Aussagen Holles. Der einflussreiche Stadtverordnete, Kommerzienrat Funke<sup>243</sup>, erklärte, dass der

240 General-Anzeiger v. 16.3.1907.

241 HdEG/StA 114/58, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 11.7.1907.

242 HdEG/StA 102 I 473, Protokoll der Eingemeindungsverhandlungen am 23.7.1907. Auch zum folgenden.

243 Carl Funke (1855–1912), Gewerke, Stadtverordneter. Biographische Angaben: Hermann Schröter, Essener Kommerzienräte, in: Die Heimatstadt Essen – Jahrbuch 1959/60, S. 59–84, hier S. 63–66.



Essener Stadtrat »kaum für eine Gesamteingemeindung zu haben« sei und bat daher, »unter diesen Umständen das Erreichbare zu nehmen, nämlich sich mit der Teileingemeindung zu begnügen, die für beide Seiten vorteilhaft sei«.

Holle bot Borbeck auch eine hohe Abfindung von einer Millionen Mark an und vertröstete ansonsten auf die Zukunft: »Nach ca. 10 Jahren, wenn der Hafen keine Zuschüsse mehr erfordert und die Sonderbestimmungen für die Gemeinden Altendorf und Rüttenscheid abgelaufen seien, könne man dann ganz Borbeck nehmen.«

Bevor Verhandlungen überhaupt ernsthaft aufgenommen wurden, endeten sie bereits mit dieser ersten Besprechung. Warum sie so abrupt abgebrochen worden sind, darüber lässt sich nur spekulieren. Holle verwies Jahre später auf die großen finanziellen Belastungen, die nicht zu meistern gewesen wären. Der Etat hätte die Eingemeindung zu diesem Zeitpunkt in dieser Form nicht erlaubt.<sup>244</sup> Die Presse machte die Furcht vor einer möglichen Änderung der politischen Machtverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung durch das Hinzutreten der Borbecker Vertreter, die wohl in der Mehrheit dem Zentrum angehören würden, verantwortlich.<sup>245</sup> Ein Argument, das recht plausibel ist, denn zwei Jahre später berichtete Holle dem Regierungspräsidenten, »dass bei der konfessionellen Zusammensetzung dieser Gemeinde eine erhebliche Verschiebung der politischen Zusammensetzung der Stadtverordnetenversammlung aller Voraussicht nach eintreten würde. Aus diesem Gesichtspunkt heraus



Neujahrskarte 1909 (aus: Wolfgang Schulze/Arnold Weiler, Essener Erinnerungen, Essen 1980)

- 244 Holle in der Stadtverordnetensitzung am 27.2.1914. Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 58, 27.2.1914.
- 245 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 269, 22.11.1907. In der Stadtverordnetenversammlung standen 1907 32 Nationalliberale 25 Zentrumsabgeordneten gegenüber. Wilhelm Henning, Geschichte der Stadtverordnetenversammlung von Essen (1890–1914). Essen 1965, S. 98.

würde sich die im Essener Stadtverordnetenkollegium zur Zeit herrschende Partei einer Eingemeindung widersetzen.«<sup>246</sup>

### **Ein neuer Anlauf – Verhandlungen mit Krupp<sup>247</sup>**

Wenngleich in der Öffentlichkeit immer mal wieder die Vergrößerung des Stadtgebietes nach Norden gefordert wurde<sup>248</sup> und auch der Minister des Innern dieses beim Regierungspräsidenten anregte,<sup>249</sup> ruhten die offiziellen Vorstöße der Stadt Essen für lange Zeit. Doch Holle führte weiterhin informelle Gespräche, um die Möglichkeiten der Stadt auszuloten. So fand er in der Person des Industriellen Hugo Stinnes einen gewichtigen Fürsprecher, der erklärte, dass er »wiederholt die Notwendigkeit der Ausdehnung des Essener Stadtgebietes in die Ebene nach Norden betont« habe, und versicherte, dass er der Stadt keine Schwierigkeiten bereiten werde.<sup>250</sup>

Auch die finanziellen Belastungen, die die Borbecker Wünsche zur Folge hatten, waren mittlerweile besser zu ertragen, da die Steuereinnahmen gewaltig angestiegen waren. Beliefen sich diese im Jahre 1906 auf 8.369.844 M, so war in den folgenden vier Jahren eine Steigerung von 48 % auf 12.415.000 M zu verzeichnen.<sup>251</sup>

Offiziell wurden die Verhandlungen im Februar 1911 wieder aufgenommen, doch bereits im Dezember 1910 hatte der Oberbürgermeister in der Stadtverordnetenversammlung hervorgehoben, dass »die Stadt alle Anstalten treffen« werde, »um unser wirtschaftliches Leben zu stärken« und dazu gehörten für ihn auch die Eingemeindungen:

*»Die Erhaltung kommunaler Grenzen kann niemals Selbst-Zweck sein, sondern diese müssen sich den größeren Gesichtspunkten des Gemeinwohls unterordnen. Das Ziel kann nur sein, innerhalb eines zusammengehörigen Gebietes die Grund-*

246 HdEG/StA 102 I 489, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 2.4.1909.

247 Siehe auch Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 26–39.

248 So z. B. auf einer Allgemeinen Bürgerversammlung des Altstädtischen Vereins im Oktober 1907: »Der Zug der Zeit, sich zu größeren Verbänden zusammenzuschließen die Vorbilder der Großstädte in der nächsten und weitem Umgebung drängen naturgemäß dahin, die wirtschaftlich gleich gearteten Orte im Norden der Stadt anzugliedern.« Zit. nach General-Anzeiger Nr. 235, 11.10.1907.

249 HdEG/StA 102 I 489, Minister des Innern an Regierungspräsident, 5.3.1909.

250 HdEG/StA 102 I 466, Stinnes an Holle, 11.3.1910.

251 Bajohr, Zwischen Krupp und Kommune (wie Anm. 20), S. 125.

*lage für die bestmögliche wirtschaftliche, kulturelle und soziale Fortentwicklung zu schaffen und den Bürgern die Lebensunterhaltung materiell und ideell zu verbessern. Es kann weder kommunaler noch staatlicher Weisheit entsprechen, diejenigen Stellen durch chinesische Mauern zu trennen, die auf wechselseitiges Verstehen und zielbewusstes Zusammenwirken angewiesen sind. ...*

*Seien Sie versichert, dass die Stadtverwaltung fortfährt, bei ihren Maßnahmen alles im Auge zu halten, was unserem Industriebezirke frommt, auch wenn es außerhalb der städtischen Grenzen ist.»<sup>252</sup>*

Inzwischen hatte sich die Zielrichtung der Stadt geändert. Sie wollte nun neben Borbeck auch Altenessen und Bredeney eingemeinden.<sup>253</sup> Dafür sprachen zwei Gründe:

1. Die reiche Bürgermeisterei Bredeney, wo nicht nur Krupp auf dem Hügel residierte, sondern auch andere betuchte Bürger zu Hause waren, brachte einen Ausgleich zu den finanziellen Aufwendungen, die bei der Eingemeindung Borbecks erforderlich waren.
2. Bredeney und Altenessen, in denen die Nationalliberalen die Mehrheit stellten, glichen den politischen Zuwachs des Zentrums aus, so dass die Machtverhältnisse in der Stadtverordnetenversammlung stabil blieben<sup>254</sup> – oder, wie Holle es formulierte, auf diese Weise werde der »Gefahr vor starker Demokratisierung der Stadtvertretung« vorgebeugt.<sup>255</sup>

Doch bevor die Stadt Essen ihren Plänen nachgehen konnte, bedurfte es der Zustimmung von Gustav Krupp von Bohlen und Halbach<sup>256</sup>. Dieser hatte sich lange Zeit dem Vorhaben der Stadt verweigert. Noch im Mai 1910 sah er keine Notwendigkeit für eine Vergrößerung des Essener Stadtgebietes, sondern plädierte bei einer Besprechung beim Regierungspräsidenten für eine enge

252 Zit. nach Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 281, 3.12.1910.

253 In der Literatur findet man in der Regel die umgekehrte Reihenfolge. Essen möchte Bredeney, die »Perle« des Landkreises – so Brandt, – und muss daher auch Borbeck und Altenessen miteingemeinden. So Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 26f.; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 149. Dagegen sprechen die Verhandlungen mit Borbeck, die bereits im März 1907 aufgenommen worden sind. Zu diesem Zeitpunkt lassen sich aber keinerlei Aktivitäten in Bezug auf Bredeney ausmachen. Das soll aber nicht heißen, dass der Wunsch, Bredeney zu bekommen, nicht schon immer bestanden hätte.

254 Siehe HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 8.4.1911.

255 HdEG/StA 102 I 457, Protokoll einer Besprechung beim Regierungspräsidenten am 20. Mai 1911.

256 Gustav Krupp von Bohlen und Halbach (1870–1950). Biographische Angaben: NDB 13, S. 138–143.

Zusammenarbeit der Gemeinden mit der Stadt »in Fragen der Verkehrspolitik, der Straßenfluchten und dergl.«.<sup>257</sup>

Vertrauen wir den Erinnerungen des Beigeordneten Paul Brandi,<sup>258</sup> ließ sich die Stadtpitze von der ablehnenden Haltung des Konzernchefs nicht entmutigen. Brandi stand in engem Kontakt mit dem Kruppschen Direktor für Finanzen und Personal Ernst Haux<sup>259</sup>, der seit dem 10. Dezember 1900 Mitglied der Essener Stadtverordnetenversammlung war. Den Vertrauten von Gustav Krupp konnte der Beigeordnete durch zwei Grundstücksgeschäfte gewinnen.

1. Die Stadt Essen hatte, wie bereits mehrfach erwähnt, große Gebiete in der Nähe des Kanals angekauft. Nach Angabe von Brandi war dies auch geschehen, weil die Stadt von den Plänen Krupps gehört habe, in diesem Bereich ein neues Stahlwerk zu bauen. Sie wollte dem Unternehmen zuvorkommen, das es bis dato versäumt hatte, sich ein geeignetes Gelände zu sichern.
2. Durch einen Berliner Agenten ließ die Stadt eine Berlin-Bredeneyer Gartenstadtgesellschaft gründen. Da die Bredeneyer glaubten, dass Essen seine Eingemeindungsabsichten endgültig aufgegeben hätte, verkauften zahlreiche Grundstückseigentümer ihren Besitz der Gartenstadtgesellschaft, »ohne zu wissen, dass die Anteile dieser Gesellschaft an die Stadt Essen abgetreten waren«.<sup>260</sup>

Nachdem sich Essen die Grundstücke in Borbeck und Bredeney gesichert hatte, machte Brandi Haux das Angebot, 50 % der städtischen Besitzungen im Norden und Süden an Krupp abzutreten, sofern Gustav Krupp seine Zustimmung zur Eingemeindung von Bredeney gebe.

Haux signalisierte das Einverständnis des Kruppschen Direktoriums, und so wurden die Verträge geschlossen.

257 Auf die Besprechung nimmt Gustav Krupp in einem Schreiben an den Landrat Bezug. HAK FAH 4 E 34, Krupp an Landrat, 26.9.1910.

258 Zum folgenden siehe Brandi, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 58f. – Paul Brandi (1870–1960), 1899 bis 1911 Beigeordneter, dann Bankdirektor. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 263f.; Schröter, Beigeordnete I (wie Anm. 18), S. 33ff.; Niklaß, Gewaltigen (wie Anm. 20), S. 61f.

259 ~~Ern~~ Ernst Haux (1863–1938), Mitglied des Kruppschen Direktoriums, von 1900 bis 1921 Stadtverordneter. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 85f.; NDB 8, S. 135f.; Andreas Helfrich, Die Margarethenhöhe Essen. Architekt und Auftraggeber vor dem Hintergrund der Kommunalpolitik Essen und der Firmenpolitik Krupp zwischen 1886 und 1914. Weimar 2000, S. 96ff.

260 Brandi, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 58. Siehe auch Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 276, 12.3.1910: »Man kannte den eigentlichen Ankäufer nicht.«

Die Gartenstadtgesellschaft, die 600 Morgen Land angekauft hatte, ging 1910 in den alleinigen Besitz der Stadt Essen und der Familie Krupp über. Als die Verträge am 12. März 1910 im Stadtparlament beraten und somit der Öffentlichkeit bekannt wurden, war die Essener Presse voll des Lobes über das strategisch geschickte Vorgehen:

»Auch der Feind aller Annäherungsbestrebungen zwischen Essen und Bredeneu wird nicht umhin können, den leitenden Persönlichkeiten in der Essener Stadtverwaltung seine Hochachtung zu zollen. Mit einer geradezu imponierenden Zähigkeit werden in den letzten Jahren vom Essener Rathaus aus alle Pläne verfolgt, die auf ein wirkliches, in sich geschlossenes und kommunalwirtschaftlich geeinigtes Groß-Essen hinzielen. ... Was nicht auf dem gewöhnlichen Wege erreicht werden konnte, das hat man einmal auf ganz neue Art und Weise versucht.« Bestes Beispiel sei das Bredeneuer Gartenstadtprojekt. »Dank der in diesem Falle ganz besonders schätzenswerten Unterstützung des Herrn Krupp von Bohlen ist es der Stadt gelungen, ein wirklich geniales Projekt der Verwirklichung näherzubringen, und das wichtigste ist dabei ohne Frage die von jetzt an bestehende Interessengemeinschaft zwischen Herrn Krupp von Bohlen und der Stadt Essen.«<sup>261</sup>

Wenngleich also eine besondere »Interessengemeinschaft« entstanden war, so hatte Gustav Krupp noch nicht sein Placet zur Eingemeindung erteilt.

Als der Landrat von Eynern<sup>262</sup> im September 1910 eine Denkschrift »Kommunale Aufgaben des Landkreises Essen«<sup>263</sup> vorlegte und darin eine stärkere kommunalpolitische Betätigung des Kreises – beispielsweise die Gründung einer Kreissparkasse – vorschlug, sprach sich Krupp vehement gegen diese Pläne aus, weil sie gegen die Stadt Essen gerichtet wären.<sup>264</sup> In seinen Augen war es »unverantwortlich«, »in feindlicher Konkurrenz gleichartige Einrichtungen ins Leben [zu] rufen«. Er wiederholte bei dieser Gelegenheit sein Plädoyer für eine vertrauensvolle Kooperation zwischen Essen und den Gemeinden:

261 Rheinisch-Westfälische Zeitung zit. nach Brandt, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 59f. Siehe auch Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 276, General-Anzeiger Nr. 60 u. Arbeiter-Zeitung Nr. 60, alle 12.3.1910.

262 Hans von Eynern (1874–1957), 1909 bis 1914 Landrat, dann Regierungsrat im preußischen Ministerium des Innern. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 54; Dickhoff, Landräte (wie Anm. 49), S. 26–29; Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 439.

263 HAK FAH 4 E 34.

264 HAK FAH 4 E 34, Krupp an Landrat, 26.9.1910.

*»Für beide Teile erscheint es mir nach reiflicher Überlegung nach allen Richtungen hin besser, für beide Teile bleiben die Entwicklungsmöglichkeiten für die Zukunft offener und ungefährdeter und für beide Teile wird die Ausführung der gemeinschaftlich als notwendig und nützlich erkannten Pläne weniger kostspielig werden, wenn beide Teile sich auf den Gebieten, die sie berühren, freundschaftlich miteinander vereinbaren.«*

In diesem Sinne informierte Gustav Krupp auch den Regierungspräsidenten<sup>265</sup> und den Oberpräsidenten.<sup>266</sup> Doch das Direktorium vermochte ihn umzustimmen. Am 6. März 1911 legte es ein Memorandum vor und plädierte für eine sofortige Eingemeindung, da der Zeitpunkt wegen der Zusammensetzung der parlamentarischen Gremien »besonders günstig« sei.<sup>267</sup> Dagegen könne das Inkrafttreten des Zweckverbandgesetzes ebenso wie die angekündigten Ausbaupläne des Landrates Fakten schaffen, »die unter Umständen später einmal unüberwindlich sind«. Als Gründe, warum die Eingemeindung »auf die Länge der Zeit betrachtet, die gesunde und natürliche, den Interessen der Familie und Firma Krupp am meisten entsprechende Entwicklung« wäre, führte das Direktorium u. a. an:

- Für die Entwicklung der Arbeiterwohnverhältnisse sei das jetzige Stadtgebiet im Norden und Nordwesten »in unerwünschter Weise beengt«. <sup>268</sup> »Eine Erweiterung in dieser Richtung [würde] daher wesentlich günstigere Vorbedingungen schaffen.«
- Bei der Weiterentwicklung des Werkes in den Norden hinein werde man nicht »mit fremden Gemeinden zu tun zu haben, die ganz überwiegend von Dritten beherrscht werden, sondern die kommunalen Einflüsse, die uns in der Stadt Essen zur Verfügung stehen, auf diese Gebiete ausdehnen«.
- »Für alle zu treffenden Entschlüsse (z. B. über den Ankauf und die Verwendung von Grundstücken, über Neuanlagen usw.) [werde] die Beseitigung der Gemeindegrenze Essen-Borbeck die Bewegungsfreiheit der Firma in erwünschter Weise erweitern.«

265 HAK FAH 4 E 35, Gustav Krupp an Regierungspräsident, 4.10.1910.

266 HAK FAH 4 E 35, Gustav Krupp an Oberpräsident, 18.10.1910; Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 30.

267 HAK FAH 4 E 35, Direktorium an Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, 6.3.1911. Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 31 f.

268 Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 31 bezieht den Passus fälschlich auf Borbeck und Altenessen. Es wird aber explizit das »jetzige Stadtgebiet« genannt.

Das Direktorium verschwieg dem Konzernherrn aber nicht, dass »die mit Borbeck ... und Altenessen hinzutretenden Steuerkräfte unseren bisherigen kommunalen Einfluss in Essen unzweifelhaft verwässern«<sup>269</sup>. Daher sei »es zugleich auch von unserem Standpunkt aus – ebenso wie von dem der Essener Stadtfinanzen – nötig, zu unseren Gunsten künftig die Reserve mit in die Wagschale zu werfen, die in Ihrer Bredeneyer Steuerkraft bisher noch enthalten ist«. Der erhöhte Steuerbetrag könne »auf Firmenunkostenkonto« genommen werden.

Am 14. März zeichnete Gustav Krupp das Schriftstück zustimmend ab.<sup>270</sup> Erleichtert wurde ihm dieses Zugeständnis durch die teilweise Überlassung des zuvor angekauften Hafengeländes in Borbeck<sup>271</sup> und durch einen Geheimvertrag, der der Hügelverwaltung ein Veto- bzw. Mitspracherecht bei der Bebauung in Bredeney einräumte.

In diesem am 16. August 1911 zwischen der Stadt, der Kruppschen Verwaltung auf dem Hügel und der Gartenstadt GmbH geschlossenen Vertrag wurde vereinbart:<sup>272</sup>

*»§ 3 Im Interesse der Schaffung eines vornehmen Wohnviertels vereinbaren die Vertragsschließenden, dass alle Festsetzungen über die Art und Gestaltung der Bebauung innerhalb des der Gartenstadtgesellschaft gehörigen Geländes, also insbesondere die betreffende Bauungs- und Fluchtlinienpläne, Ortsstatute und Baupolizei-Verordnungen, der schriftlichen Zustimmung der Hügelverwaltung bedürfen.*

*§ 4 Aus demselben Grunde wird die Stadtgemeinde auch für den übrigen Teil der Gemeinde Bredeney ... bei den im § 3 erwähnten Verwaltungsmaßnahmen nach Möglichkeit im Einvernehmen mit der Hügelverwaltung vorgehen.*

*§ 5 Innerhalb der in §§ 3 und 4 genannten Gebiete dürfen gewerbliche Anlagen, deren Betrieb mit Rauchentwicklung, üblen Gerüchen oder störenden Geräuschen verbunden ist, nicht errichtet werden.*

*§ 7 Für das im Plane grün angelegte in Bredeney gelegene Gebiet (Teil des Freiherrlichen von Bottlenbergischen Fideikommisses) wird vereinbart, dass es nicht zur Bebauung verwendet werden darf. Insoweit es nicht in der heutigen Gestalt erhalten wird, soll es nur in Wald oder landschaftlich oder sonstige Erholungsanlagen verwandelt werden, und zwar unter Berücksichtigung der Wünsche der Hügelverwaltung. ...*

269 Bei Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 32 steht »verbessert«. Es ist aber genau das Gegenteil der Fall.

270 HAK FAH 4 E 35, Vermerk, 14.3.1911.

271 HdEG/StA 102 I 473, Vertrag zwischen der Stadt Essen, Fried. Krupp AG und Essen-Bredeneyer Terrain- und Baugesellschaft Gartenstadt GmbH, 10.5.1911.

272 HAK FAH 21/592.

*§ 8 Die Stadtgemeinde Essen wird den sogenannten Stadtwald, insoweit er z. Zt. mit Wald bestanden ist, der Bebauung nicht erschließen, sondern seiner jetzigen Zweckbestimmung erhalten.*

*§ 9 Die im Jahre 1911 geltenden Steuerzuschläge behalten für die jetzigen Bewohner der Gemeinde Bredeney und ihre Rechtsnachfolger bis zum 1. April 1926 Geltung. Bis zum 1. Januar 1920 wird die Grundstücksumsatzsteuer nur mit 1% erhoben; die Erhebung von Zuschlägen zur Reichswertzuwachssteuer ist bis dahin ebenfalls nicht gestattet.«*

Es waren ungewöhnliche Zugeständnisse, die die Stadtverwaltung einem Privatunternehmen machte. Nicht nur wurden die Steuersätze auf Jahre festgeschrieben, Krupp wurden zudem weitgehende Mitspracherechte bei der Bauplanung eingeräumt, die ansonsten der Stadtverordnetenversammlung oblag.<sup>273</sup>

Die geänderte Meinung des Konzernchefs war dem Oberbürgermeister schon zuvor signalisiert worden.<sup>274</sup> So erging am 24. Februar 1911 das offizielle Schreiben an den Regierungspräsidenten, in dem die Eingemeindung von Borbeck, Altenessen und Bredeney vorgeschlagen und mit den bekannten Argumenten (Hafenbau, Industriensiedlung, Wohnungsbau) begründet wurde.<sup>275</sup> Neu hinzu gekommen ist die Nachricht, dass Krupp die Gussstahlfabrik nach Altenessen ausdehnen wolle. »Auf diese Weise würden die jetzt schon nach tausenden zählenden Krupp'schen Arbeiter, welche in Borbeck und Altenessen wohnen, sich noch weiter wesentlich vermehren. Die sich hieraus ergebenden kommunalen und steuerlichen Schwierigkeiten weisen unmittelbar auf den Gedanken der Angliederung hin.« Zum Schluss erörterte Holle auch eine Eingemeindung von Stoppenberg und Kray. Diese sei zwar denkbar, aber wegen der zu tragenden Belastungen nicht wünschenswert.<sup>276</sup>

273 Als die Existenz des Geheimvertrages im September 1930 bekannt wurde, blieb der große Protest der Öffentlichkeit aus. Lediglich die Volkswacht, die Zeitung der Essener Sozialdemokraten, kritisierte den »geradezu unerhörten Zustand«. Volkswacht Nr. 212, 10.9.1930. – Dr. Jürgen Lindenlaub danke ich für den Hinweis auf den Zeitungsartikel.

274 Auch der Landrat berichtete bereits am 28.2.1911 dem Regierungspräsidenten, »dass die Firma Krupp und Herr Krupp von Bohlen und Halbach den Stadterweiterungsplänen im vollen Umfange zustimmen. Die Tatsache der gemeinsamen Landaufkäufe in Bredeney und die Stellungnahme von Herrn von Bohlen zu den letzten Kreistagsvorlagen ließen die enge Übereinstimmung der Ansichten zwischen der Firma und der Stadtverwaltung bereits deutlich erkennen.« LAV NRW R RD 9810.

275 HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 24.2.1911.

276 In einem weiteren Schreiben machte Holle auch politische Bedenken gegen die Eingemeindung von Stoppenberg geltend. Denn dadurch gewannen die Sozialdemokraten an Einfluss. HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 8.4.1911.



Überraschend positiv fiel die Stellungnahme des Landrats aus, der im September 1910 noch »eine kräftige kommunalpolitische Betätigung« des Landkreises angekündigt hatte, um eine Stärkung des Gemeinschaftsgedankens zu bewirken.<sup>277</sup> Da sich die Stadt Essen und Krupp beim Siedlungsbau im Süden ebenso geeinigt hätten wie bei der Erweiterung der Firma nach Norden, wolle er sich der Vergrößerung des Stadtgebiets nicht widersetzen, auch wenn diese nachteilig für den Kreis sei.<sup>278</sup> Er wollte aber nicht für den Erhalt seines Hoheitsgebiets kämpfen, da es doch, wie er resignierend feststellte, kein Kreisbewusstsein, kein Zusammengehörigkeitsgefühl und keine Einrichtungen gebe, »welche ein festes Band zwischen seinen Gemeinden herstellen«. Weil »das dauerhafte Bestehenbleiben dieser kleinen Gemeinwesen, wenn diese, wie bisher, lediglich auf sich selbst angewiesen sind,« »für die weitere Entwicklung des Industriebezirks nicht vorteilhaft« sei, sondern »eine, dem gesunden Fortschritt erschwerende Komplikation der Verwaltung« darstelle, sprach er sich auch für eine Eingemeindung von Stoppenberg, Schonnebeck, Frillendorf, Katernberg und Kray aus.

Nicht begeistert zeigte sich von dieser Idee der Oberpräsident der Rheinprovinz, der »erhebliche Bedenken« hatte vor allem »im Hinblick auf die Erhaltung der Leistungsfähigkeit und der inneren Struktur des Landkreises Essen ..., so dass es sich wohl empfehlen würde, Eingemeindungen aus dem Landkreis in den Stadtkreis Essen nur insoweit vorzunehmen, als es der fortschreitenden Entwicklung der Verhältnisse entspricht«. Er bat daher nochmals um eine Stellungnahme des Landrates.<sup>279</sup>

Von Eynern zeichnete daraufhin kein wohlwollendes Bild der »Industriedörfer« und ihrer Bewohner.<sup>280</sup> »Wohlhabende Einwohner fehlen fast gänzlich«, stellte der Beamte fest. Da auch der gewerbliche Mittelstand nur »äußerst schwach« vertreten ist, herrsche »ein vollkommenes Überwiegen des Arbeiterstandes«. Es gebe daher nicht genügend Bürger, »welche über die erforderliche Bildung verfügen und ausreichendes Interesse an der Gemeindeverwaltung nehmen. Die Vertreter der Zechen sind mit dem Orte ihres Wohnsitzes durch keinerlei Heimatgefühl verbunden und die wenigen noch vorhandenen Grundbesitzer streben danach, ihren Hof möglichst bald als Bauland zu hohen Preisen veräußern zu können. Die Gemeindepolitik wird daher im Wesentlichen von

277 HAK FAH 4 E 34, von Eynern, Kommunale Aufgaben des Landkreises Essen, Sept. 1910.

278 LAV NRW R RD 9810, Landrat an Regierungspräsident, 28.2.1911.

279 LAV NRW R RD 9810, Oberpräsident an Regierungspräsident, 25.3.1911.

280 HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Regierungspräsident, 30.4.1911.

egoistischen Interessen diktiert und größere Gesichtspunkte finden nur schwer Anerkennung.«

Angesichts dieser Defizite und da Essen für die Borbecker, Altenessener, Stoppenberger und Frillendorfer der »Mittelpunkt des gewerblichen Lebens und das Kulturzentrum für die Bildungsbestrebungen und die Vergnügungen der Bewohner« sei, sei es nicht im Interesse aller, wenn die Gemeinden selbstständig blieben, »da mit jedem weiteren Jahre der getrennten Verwaltung dieser kleinen Gemeinden die Schwierigkeiten sich steigern und Anlagen gemacht werden, die sich bei dem späteren Zusammenschluss als fehlsam herausstellen werden«. Aus diesem Grunde war es nach Ansicht des Landrats besser, im Norden und Osten des Kreises Zustände zu schaffen, »die man als endgültig ansehen kann«.

Auf einer weiteren Besprechung am 20. Mai 1911, zu der der Regierungspräsident den Oberbürgermeister, den Landrat und die Krupp-Direktoren Hugenberg<sup>281</sup> und Vielhaber<sup>282</sup> eingeladen hatte, wiederholte Holle seine bekannten Argumente, die für eine Eingemeindung von Borbeck, Altenessen und Bredeney sprachen.<sup>283</sup> Neu war aber seine scharfe Kritik an den Steuersätzen in Bredeney: »Es könne niemand – auch die Staatsregierung nicht – ein Interesse daran haben, in Bredeney mit Hülfe der Krupp'schen Steuerkraft eine Oase mit niedrigen Steuern im Industriegebiet zu schaffen, wo wohlhabende Essener Bürger sich einer normalen Besteuerung entziehen könnten.« So richtig seine Kritik an der Steueroase Bredeney auch war, so übertrieben und damit unglaubwürdig war seine geäußerte Furcht, »dass Essen durch Abwanderung wohlhabender Klassen nach Bredeney zur reinen Arbeiterstadt werde«.

Hugenberg, der eingestand, dass sich die Haltung von Krupp geändert habe, bestätigte, dass nun sowohl Gustav Krupp als auch die Firma die Eingemeindungen »dringend« wünschten. Eine Werkserweiterung sei auch in Rheinhausen möglich, doch »aus historischen Gründen« wolle man in Essen bleiben. Daher hätten sich auch die Stadt und Krupp ein 1.000-Morgen großes Gelände am Rhein-Herne-Kanal gesichert. Ebenso bekundete Hugenberg, dass

**281** Alfred Hugenberg (1865–1951), 1909 bis 1918 Vorsitzender des Direktoriums der Fried. Krupp AG, Präsident der Essener Handelskammer von 1913 bis 1919, Vorsitzender des Bergbau-Vereins von 1912 bis 1925. Biographische Angaben: NDB 10, S. 10–13; Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 104.

**282** Heinrich Vielhaber (1868–1940), von 1910 bis 1925 Mitglied des Direktoriums der Fried. Krupp AG, von 1913 bis 1933 Stadtverordneter. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 236.

**283** HdEG/StA 102 I 457, Protokoll einer Besprechung beim Regierungspräsidenten am 20.5.1911. Ein zweites Protokoll in LAV NRW R RD 9810.

Krupp nun bereit sei, die von der Eingemeindung verursachte »sehr erhebliche persönliche steuerliche Mehrbelastung« zu tragen, da er sich davon habe überzeugen lassen, »dass die Stadt Essen sowohl aus finanziellen wie aus kommunalpolitischen Gründen die Eingemeindung von Altenessen und Borbeck nur durchführen könne, wenn Bredeney mit eingeschlossen würde«. Der Krupp-Direktor drängte auf eine schnelle Entscheidung des Innenministers, denn »dauerten die Verhandlungen zu lange, so könne die Firma sich genötigt sehen, ihre Pläne in anderen Gemeinden als Essen zu verfolgen«.

Nach der Besprechung beim Regierungspräsidenten galt es, den Oberpräsidenten von der Notwendigkeit der Eingemeindungen zu überzeugen. Freiherr von Rheinbaben<sup>284</sup> warnte bei einer Erörterung am 28. Juni 1911<sup>285</sup>, bei der Stadterweiterung nicht »über das Maß des unbedingt Notwendigen hinauszugehen«, da das Abgeordnetenhaus im Augenblick gegen die Stärkung der Großstädte eingestellt sei.<sup>286</sup> Wollte man etwas erreichen, »sei Beschränkung auf die ›Politik des Möglichen‹ dringend anzuraten«. Letztlich gab der Oberpräsident seine Zustimmung zur Einverleibung von Borbeck und Altenessen, weil es nicht im öffentlichen Interesse liege, hier »selbstständige reine Arbeiterstädte zu schaffen«, doch er stellte die Eingemeindung Bredeney in Frage.

Holle erläuterte den bekannten Essener Standpunkt und erhielt abermals Unterstützung durch Hugenberg, indem dieser bekundete: »Auch er halte sowohl vom politischen wie finanziellen Standpunkt die Eingemeindung für notwendig und zwar sei seiner Ansicht nach die gleichzeitige Eingemeindung von Bredeney die *conditio sine qua non* für die Eingemeindung von Borbeck und Altenessen.«

Da der Oberpräsident sich umstimmen ließ, informierte er im Juli 1911 den Minister des Innern über das Essener Projekt und bat, im Herbst Kommissare zu einer Ortsbesichtigung ins Ruhrgebiet zu senden.<sup>287</sup>

284 Georg Freiherr von Rheinbaben (1855–1921), 1896 bis 1899 Regierungspräsident von Düsseldorf, 1899 bis 1901 preußischer Innenminister, 1901 bis 1910 preußischer Finanzminister, 1910 bis 1918 Oberpräsident der Rheinprovinz. Biographische Angaben: Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 689 f.

285 HdEG/StA 102 I 457, Protokoll einer Besprechung beim Regierungspräsidenten mit dem Oberpräsidenten am 28.6.1911.

286 Gleiches wusste der Essener Zentrumsabgeordnete Bell zu berichten. Er schrieb an den Beigeordneten Brandi: »Es wird Ihnen bekannt sein, dass in Berlin z. Zt. kein günstiger Eingemeindungswind weht. Bei der starken Abneigung der Konservativen, aber auch mancher anderer Gruppen in Berlin, werde ich als Vertreter Essens einen sehr schwierigen Stand haben, natürlich nichts unversucht lassen, sondern zur rechten Zeit und am rechten Orte allen Einfluss aufbieten.« HdEG/StA 102 I 457, Bell an Brandi, 6.2.1911.

287 HdEG/StA 102 I 457, Oberpräsident an Regierungspräsident, 28.7.1911.

Die Bereisung des Kreises fand am 24. Oktober 1911 statt<sup>288</sup> und endete mit einem für Essen erfreulichen Ergebnis. »Ich bin bereit«, instruierte der Minister den Regierungspräsidenten, »dem Gedanken einer Erweiterung des Stadtkreises Essen durch Eingemeindung des größten Teiles der Gemeinde Borbeck, der Bürgermeisterei Altenessen und eines Teiles der Gemeinde Bredeney sowie der gleichzeitigen Erweiterung des Stadtkreises Oberhausen durch Eingemeindung des nordwestlichen Teiles der Gemeinde Borbeck näherzutreten. Voraussetzung dafür ist aber, dass die Stadt Essen zugleich ihre Zustimmung zur Eingemeindung der gesamten Bürgermeisterei Stoppenberg erklärt, falls und sobald die Staatsregierung den Zeitpunkt für diese Eingemeindung gekommen erachten sollte.

Gelegentlich der Erweiterung des Stadtkreises Essen empfiehlt sich weiterhin eine Erweiterung des Gebiets der Stadt Steele durch Eingemeindung der südlichen Teile der Gemeinden Krays und Leithe sowie eine Erweiterung des Gebiets der Stadt Werden durch Eingemeindung eines für ihre Bedürfnisse ausreichenden Teiles von Bredeney. Bei der Teilung der Gemeinde Bredeney ist so vorzugehen, dass der Zusammenhang der westlichen und östlichen Teile des Restkreises Essen durch den südlichen Teil von Bredeney gesichert wird.

Euer Hochwohlgeboren wollen hiernach das Weitere gefälligst veranlassen.«<sup>289</sup>

Der nächste Schritt nach dem positiven Votum des Ministers war, eine Vorlage für den Provinziallandtag auszuarbeiten.<sup>290</sup>

288 Siehe HdEG/StA 114/60, Landrat an Bürgermeister, 21.10.1911; Vermerk Baasel, 28.10.1911; Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 250, 25.10.1911.

289 HdEG/StA 114/60, Minister des Innern an Regierungspräsident, 31.10.1911; Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 33f.

290 Provinziallandtag Drucksachen Nr. 28, Bericht und Antrag des Provinzialausschusses betr. Stellungnahme des Provinziallandtages zu den geplanten Umgemeindungen im Landkreise Essen, in: HdEG/StA 102 I 458. – Die Verhältnisse in Altenessen und Borbeck wurden in der Denkschrift ausgesprochen negativ dargestellt, was zur Verschnupfung der Bürgermeister führte (HdEG/StA 102 I 458, Bucerius an Holle, 5.3.1912) und den Protest der Altenessener Eingemeindungskommission hervorrief: »Die Denkschrift in Verbindung mit dem Beschlusse des Provinzialausschusses muss auf den mit den Verhältnissen nicht vertrauten Leser den Eindruck machen, dass die Gemeinden Borbeck und Altenessen ganz und gar leistungsunfähige und in ihren Einrichtungen völlig zurückgebliebene oder gar verwahrloste Kommunalverbände sind, die nur allein durch eine Vereinigung mit der Stadt Essen vor dem gänzlichen Untergange bewahrt bleiben können. Die Gemeinde Altenessen muss hiergegen Einspruch erheben.« (HdEG/StA 102 I 458, Protest vom März 1912).

Diese wurde am 7. März 1912 beraten. Der Berichterstatter, der Oberbürgermeister von Mülheim Paul Lembke<sup>291</sup>, befürwortete das Vorhaben:

*»Für die Stadt Essen wird durch die Eingemeindungen der Hauptschaden, an welchem sie leidet, nämlich das für die Größe der Bevölkerung zu geringe Areal beseitigt. Durch eine großzügige Bepflanzungspolitik hat die Stadt Essen aus dem ihr zur Verfügung stehenden Areal gemacht, was ihr zu machen möglich war. Sie ist jetzt jedoch in dem Bestreben, eine gesunde Siedlungspolitik fortzuführen, gehemmt. Nach Hinzufügung der neuen Gebiete wird die Stadt Essen ein Gesamtareal umfassen, innerhalb dessen mit Hilfe der vorhandenen und noch weiter zu vervollkommenden Verkehrsmittel sich die zu erstrebende zweckmäßige Verteilung der Bevölkerung ungehindert durchführen lässt.«<sup>292</sup>*

Dagegen agierte der konservative Abgeordnete Freiherr von Loe mit Vehemenz gegen die Pläne. Es sei nicht im Interesse des Staates, »diese kolossale und kaum endigende Aufsaugung zu solchen Riesenstädten weiter fortschreiten zu lassen« und »solche enormen ›Fürstentümer‹ entstehen zu lassen«. <sup>293</sup> Dieser »Kampfansage an die moderne Entwicklung der Städte«<sup>294</sup> entgegnete der Landrat von Eynern, der bekundete, »dass es für einen Landrat nicht leicht ist, hier aufzutreten und eine derartige Kürzung seines Kreises, den zu verwalten er stolz ist, zu befürworten. Wenn ich es doch tue, so mögen Sie grade daraus entnehmen, dass hier tatsächlich zwingende Gründe des allgemeinen öffentlichen Interesses vorliegen, und dass ich auch glaube, dass ich den überwiegenden Wünschen der Kreiseingesessenen des Landkreises nicht gerecht werden würde, wenn ich mich gegen diese hier vorliegende Frage der Eingemeindung sperren und wehren wollte.«<sup>295</sup>

Abschließend sprach Holle, der – so der Rheinisch-Westfälische Anzeiger – »einen guten Tag« hatte. »Seine Rede, die jede Schärfe und Spitze vermied, andererseits aber auch jeden Gedanken an eine Abkehr von dem einmal gefassten Plane energisch zurückwies, war für manchen Abgeordneten von bestimmendem Einfluss.«<sup>296</sup>

291 uP. Lembke (1860–1939), Oberbürgermeister von Mülheim/ Ruhr von 1903 bis 1928. Biographische Angaben: Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 601f.

292 HdEG/StA 102 I 458, Protokoll der IV. Sitzung am 7. März 1912, S. 3.

293 Ebd., S. 5.

294 So die Bewertung des Rheinisch-Westfälischen Anzeigers Nr. 57, 8.3.1912.

295 Protokoll der IV. Sitzung am 7. März 1912 (wie Anm. 292), S. 9.

296 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 57, 8.3.1912.

Es waren die überzeugenden Ausführungen des Landrats und des Oberbürgermeisters, die dazu beitrugen, dass die Vorlage trotz der von der Großstadtfeindlichkeit gespeisten Oppositionshaltung der Konservativen mit Mehrheit verabschiedet wurde, so dass das weitere Procedere seinen Gang nehmen konnte.

Parallel zu den Beratungen auf höherer Ebene liefen die Verhandlungen mit den Gemeinderäten, den wir uns im folgenden zuwenden wollen. Sie sollen aber nicht chronologisch abgehandelt werden, sondern in der territorialen Reihenfolge Borbeck, Altenessen und Bredeney. Doch zuvor gilt es, das Spezialproblem Frintrop darzustellen.

### Frintrop<sup>297</sup>

Zu Borbeck gehörte die im nordwestlichen Teil gelegene Ortschaft Frintrop, auf deren Gebiet ein Teil des Stahlwerks Neu-Oberhausen lag, das im Besitz der Gutehoffnungshütte (GHH) war. Das Unternehmen hatte großes Interesse an einer neuen Grenzziehung, da es immer wieder Unzuträglichkeiten bei der Verteilung des Steueraufkommens und die unterschiedliche Handhabung der Gewerbeinspektion und der Bauordnung zu beklagen hatte.<sup>298</sup> 1868 war bereits ein erster Vorstoß unternommen worden, dessen erfolgreiche Umsetzung der Ausbruch des Deutsch-Französischen Kriegs 1870 vereitelt hatte.<sup>299</sup> Viele Jahre später, im Jahre 1905, ergriff die Stadt Oberhausen abermals die Initiative,<sup>300</sup> doch der Bürgermeister von Borbeck, der den Verlust der Steuereinnahmen nicht hinnehmen wollte, bat den Landrat, sich gegen die Oberhausener Pläne auszusprechen, da »auch die Mehrzahl der Einwohner des betr. Bezirks mit einer solchen Maßnahme nicht einverstanden« sei. Er sah auch keine Notwendigkeit für eine Grenzänderung, denn »in Borbeck finden diese Einwohner [von Frintrop] alles, was Oberhausen ihnen zu verbieten mag. Es ist ein Gymnasium und eine höhere Mädchenschule, ein Amtsgericht mit mehreren Richtern, eine

297 Zum folgenden siehe auch die Artikelserie in den Borbecker Nachrichten vom 4.2., 11.2., 25.2., 4.3., 11.3., 18.3. u. 25.3.1955.

298 Siehe LAV NRW R RD 9810, GHH an Minister des Innern, 2.8.1911.

299 Heinz Reif, Die verspätete Stadt. Industrialisierung, städtischer Raum und Politik in Oberhausen 1846–1929. Köln 1993, S. 425 ff.

300 HdEG/StA 114/58, Bericht der Stadt Oberhausen, 28.3.1905.

ausreichende Zahl von Rechtsanwälten, Notaren, Ärzten und Apotheken, von Krankenhäusern und größeren Geschäften etc. vorhanden.«<sup>301</sup>

An dieser Einstellung hatte sich nichts geändert, als zwei Jahre später die Eingemeindung von Borbeck nach Essen und die Abtrennung Frintrops diskutiert wurde. Am 14. April 1907 sprach sich eine Bürgerversammlung in Frintrop mit 470 zu 30 Stimmen gegen Oberhausen aus.<sup>302</sup> Für die Essener Volks-Zeitung war das Abstimmungsergebnis völlig einleuchtend, denn:

*»Diese Stadt kann nicht viel bieten, weil sie eben selbst nicht viel hat. Man braucht gar nicht auf den augenblicklichen Vermögensstand der beiden Bewerber um Frintrop einzugehen, um das zu begreifen. Oberhausen ist eine wenig schöne Stadt, die sozusagen ganz von der Industrie abhängt. So wird es voraussichtlich auch bleiben. Es ist ganz ausgeschlossen, dass sich jemals in Oberhausen eine große Anzahl besonders steuerkräftiger Bürger, wie Rentner usw. ansiedeln. Dafür bietet Oberhausen nicht genug an Schulen, Unterhaltungsgelegenheit wie Theater usw.«<sup>303</sup>*

Als der Minister des Innern sich am 31. Oktober 1911 mit der Abtretung Frintrops einverstanden erklärt hatte,<sup>304</sup> da hoffte die Arbeiter-Zeitung, dass sich die Borbecker mit den Tatsachen abfinden mögen.<sup>305</sup> Doch sie wurde bald eines besseren belehrt.

Die Zentrumspartei war auch weiterhin der schärfste Gegner einer Abtrennung Frintrops, als die Diskussion neu entflammte und die Stadt Oberhausen<sup>306</sup> und die GHH<sup>307</sup> wieder aktiv wurden. Sie hatten zwar den Minister des Innern auf ihrer Seite, doch die Essener Volks-Zeitung prophezeite: »Wenn Frintrop nach Oberhausen soll, dann wird eine Protestbewegung einsetzen, wie sie der Ort noch nicht gesehen hat.«<sup>308</sup>

301 HdEG/StA 114/58, Bürgermeister an Landrat, 17.4.1905; Reif, Die verspätete Stadt (wie Anm. 299), S. 596 Anm. 62.

302 Essener Neueste Nachrichten Nr. 85, 15.4.1907; Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 86, 16.4.1907.

303 Essener Volks-Zeitung vom 30.4.1907.

304 Der Minister des Innern schrieb an den Regierungspräsidenten: »Ich bin bereit, ... der gleichzeitigen Erweiterung des Stadtkreises Oberhausen durch Eingemeindung des nordwestlichen Teiles der Gemeinde Borbeck näherzutreten.« HdEG/StA 114/60, Minister des Innern an Regierungspräsident, 31.10.1911.

305 Arbeiter-Zeitung v. 16.11.1911.

306 HdEG/StA 114/60, Aktennotiz des Bürgermeisters Baasel über ein Gespräch mit dem Oberhausener Beigeordneten Dr. Koernicke am 13.8.1911, 14.8.1911.

307 LAV NRW R RD 9810, GHH an Minister des Innern, 2.8.1911.

308 Essener Volks-Zeitung Nr. 274, 29.11.1911.

Einen Vorgeschmack auf die kommenden Auseinandersetzungen lieferte eine öffentliche Volksversammlung am 13. November, zu der etwa 800 Personen erschienen waren. Der bekannte und beliebte Gewerkschaftsführer Heinrich Imbusch<sup>309</sup> agitierte gegen Oberhausen und besonders gegen die GHH. »Er wolle doch nicht Bürger einer Stadt sein, wo die Gutehoffnungshütte herrsche.« Ihr warf er vor, ihre Machtposition rücksichtslos auszunutzen, und erinnerte an die Kündigung der technischen Angestellten, die sich einer Gewerkschaft angeschlossen hatten.<sup>310</sup> Seine Schlussfolgerung lautete: »Man müsse sich mit aller Gewalt dagegen wehren, dass Frintrop nach Oberhausen eingemeindet werde, ... Er werde im preußischen Abgeordnetenhaus seine ganze Kraft aufbieten, dass Frintrop nicht nach Oberhausen komme.«<sup>311</sup>

Die Essener Volks-Zeitung mobilisierte weiterhin die Öffentlichkeit<sup>312</sup> und erhielt Unterstützung durch den Allgemeinen Beobachter<sup>313</sup>, doch der Landrat, der die Abtretung an Oberhausen befürwortete, ließ sich nicht beirren. Die Meinung der Gemeindevertreter war für ihn entscheidend, nicht irgendwelche Petitionen oder Beschlüsse von Volksversammlungen, zumal er erwartete, »dass die Stimmung in der Gemeinde im letzten Augenblick umschlagen werde«.<sup>314</sup>

- 309 Heinrich Imbusch (1878–1945), Redakteur des Organs des Gewerkvereins christlicher Bergarbeiter »Der Bergknappe«, von 1919 bis 1933 Vorsitzender des Gewerkvereins. Biographische Angaben: NDB 10, S. 144 f.; Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 107; Michael Schäfer, Heinrich Imbusch. Christlicher Gewerkschaftsführer und Widerstandskämpfer. München 1990.
- 310 Die GHH hatte von den technischen Angestellten, die Mitglied im Deutschen Techniker-Verband oder im Bund der technisch-industriellen Beamten waren, den Austritt aus den Verbänden verlangt. Diejenigen, die sich weigerten, erhielten daraufhin die Kündigung. Die Maßregelung erregte große Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Peter Langer, Macht und Verantwortung. Der Ruhrbaron Paul Reusch. Essen 2012, S. 28–41.
- 311 Essener General-Anzeiger Nr. 266, 14.11.1911.
- 312 Siehe z. B. Essener Volks-Zeitung Nr. 277, 2.12.1911: »Es liegen mithin keine zwingenden wirtschaftlichen Gründe vor, welche es notwendig machen, dass Frintrop im Interesse der Gutehoffnungshütte nach Oberhausen eingemeindet wird. Gewiss will das die Gutehoffnungshütte, aber so fragen wir, ist deren Wille denn allein maßgebend. Das müssen wir auch dem Herrn Landrat des Kreises Essen sagen, der die Frintroper Gemeindeverordneten für Oberhausen bearbeitet hat ... Wir meinen, dass gerade auch unsere Behörden (Landrat, Regierungspräsident) verpflichtet wären, die Wünsche der Frintroper Bürgerschaft zu berücksichtigen.«
- 313 Allgemeiner Beobachter Nr. 281, 2.12.1911: »Frintroper, lasst Euch nicht beschwindeln! ... Festhalten, trotz alledem, auf keinen Fall nach Oberhausen.«
- 314 LAV NRW R RD 9811, Landrat an Regierungspräsident, 13.1.1912.



Gegenüber dem Regierungspräsidenten äußerte er zudem seine Bedenken, wenn die Staatsregierung dem Drängen der Öffentlichkeit nachgeben sollte.<sup>315</sup>

Um die Entwicklung in seinem Sinne zu beeinflussen, hatte er sich mit den Borbecker Gemeinderäten, die in Frintrop wohnten, getroffen.<sup>316</sup> Der Gemeinderat von Borbeck, der sich am 7. Dezember 1911 mit der Frage befasste, kritisierte scharf das Verhalten der Frintroper Vertreter. Sie hätten nur ihre Sonderinteressen verfolgt und damit »die Interessen der Allgemeinheit ihren persönlichen Interessen hintangesetzt«. Die Abstimmung erbrachte ein klares Ergebnis. 49 Gemeinderäte sprachen sich gegen die Abtrennung von Frintrop nach Oberhausen aus, lediglich neun dafür, die zumeist in geschäftlichen Beziehungen zur GHH standen.<sup>317</sup>

Doch trotz des eindeutigen Votums des Gemeinderats war der Regierungspräsident nicht bereit, seine Meinung zu ändern, weshalb er in einem Leserbrief an die Essener Volks-Zeitung heftig attackiert wurde:

*»Der Herr Regierungspräsident hat eine Verfügung erlassen und er teilt darin mit, dass er immer noch wünsche, dass Frintrop nach Oberhausen eingemeindet werde. Das ist ja ganz nett von dem Herrn, aber für die Frintroper wird dadurch die Situation nicht geändert. Sie wollen nicht nach Oberhausen. Und mit Recht. ...*

***Auffällig** ist die lebhafteste Anteilnahme des Herrn Regierungspräsidenten in dieser Frage; **auffällig** ist seine einseitige, durch Kenntnis der örtlichen Verhältnisse nicht beeinflusste Stellungnahme; **auffällig** und geradezu unverständlich ist, dass dieser Herr sich über die begründeten Wünsche der Frintroper Bürgerschaft einfach hinwegsetzt; **auffällig** ist, dass der Herr Regierungspräsident mit einem kleinen Häuflein Frintroper, die die Eingemeindung vom Standpunkt ihrer persönlichen Interessen aus betrachten, an einem Strange zieht, **auffällig** ist, dass sogar noch wirtschaftliche Gründe für diese Stellungnahme angegeben werden, obschon tatsächlich feststeht, dass gerade wirtschaftliche Gründe das Gegenteil verlangen.*

*... Der Herr Regierungspräsident irrt, wenn er glaubt, ein Machtwort oder eine Drohung von ihm mache dem Widerstand der Borbecker und Frintroper ein Ende. ... Deshalb wird der Kampf weiter gehen, mag der Herr Regierungspräsident verfügen was er will. ...*

315 HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Regierungspräsident, 7.12.1911. Für den Landrat stand fest, dass das Zentrum aus politischen Gründen für die Eingemeindung nach Essen war, da sich mit Frintrop die Zahl der Borbecker Stadtverordneten im Essener Stadtrat vermehren würde.

316 HdEG/StA 114/60, Protokoll der Versammlung der Gemeindevertreter aus Frintrop am 29.11.1911.

317 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 11.12.1911.

*Die Parole bleibt immer noch: Scharffesthalten am Widerstand gegen Oberhausen trotz aller ›Verfügungen‹ des Herrn Regierungspräsidenten. Solche Verfügungen sind in diesem Falle sehr harmlos und ändern sachlich nichts.«<sup>318</sup>*

Auch der Essener General-Anzeiger nahm Stellung, wobei er die Interessen der Borbecker Wirte und Handwerker vertrat, die durch die Abtrennung Frintrops geschädigt würden:

*»Ist das Interesse dieser zahlreichen Gruppen nicht ebenso ein öffentliches und der Berücksichtigung der Regierung wert, als das der Gutehoffnungshütte? Oder will die Regierung die Hand dazu bieten, dass der ohnehin durch Konsumvereine arg bedrängte Mittelstand noch weiter geschädigt wird?«<sup>319</sup>*

Der Unmut der Bevölkerung äußerte sich abermals in einer öffentlichen Bürgerversammlung,<sup>320</sup> und er hatte den Borbecker Bürgermeister stark beeindrückt, der sich gleichfalls gegen Oberhausen aussprach: »Die Stadt Oberhausen hat in keiner Beziehung irgendwelche Anziehungskraft für fremdes Publikum, sie wird sich auch nie zu einer modernen Großstadt entwickeln, die ihre Bürger nach allen Richtungen hin zu befriedigen vermag.« Und er verstieg sich sogar zu der vermessenen Behauptung: »Oberhausen kann seinen Bürgern in keiner Beziehung mehr bieten, als dies schon jetzt die Gemeinde Borbeck vermag.«<sup>321</sup>

Die Stadt Oberhausen und die GHH erkannten, dass sie bei der öffentlichen Diskussion ins Hintertreffen geraten waren, und gingen nun ihrerseits in die Offensive. Im Januar 1912 legten auf einer Volksversammlung, die aber nur 100 Teilnehmer anzog, der Oberbürgermeister Havenstein<sup>322</sup> und der Generaldirektor Paul Reusch<sup>323</sup> die Vorzüge Oberhausens dar und die Vorteile, die die Frintroper aus der Eingemeindung zögen. Die Versammlung endete aber mit einer Missstimmung. Als sich Imbusch zu Wort meldete, wurde ihm dies verweigert, stattdessen wurde er aus dem Saal gewiesen.<sup>324</sup>

318 Essener Volks-Zeitung Nr. 294, 23.12.1911.

319 Essener General-Anzeiger Nr. 11, 13.1.1912.

320 Siehe den Bericht im Essener General-Anzeiger Nr. 287, 9.12.1911.

321 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 20.12.1911.

322 Otto Havenstein (1867–1945), Oberbürgermeister von Oberhausen von 1906 bis 1930. Biographische Angaben: Romeyk, Verwaltungsbeamten (wie Anm. 20), S. 514 f.

323 Paul Reusch (1868–1956), Generaldirektor der Gutehoffnungshütte. Biographische Angaben: NDB 21, S. 455 ff.; Langer, Macht und Verantwortung (wie Anm. 310); Christian Marx, Paul Reusch und die Gutehoffnungshütte. Leitung eines deutschen Großunternehmens. Göttingen 2013.

324 Essener Volks-Zeitung Nr. 23, 29.1.1912.

Im Gegenzug dazu organisierte die Zentrumspartei ihrerseits eine Volksversammlung, die »den Behörden ein richtiges Bild von der Stimmung in Frintrop geben« sollte. Erschienen waren fast 1.500 interessierte Bürger, darunter etwa 200 Anhänger Oberhausens. Die Veranstaltung, zu deren Beginn es tumultartige Auseinandersetzung gab über die Frage, ob die Oberhausener Vertreter angehört werden sollten, schloss mit der Forderung, eine allgemeine geheime Abstimmung aller Frintroper Steuerzahler abzuhalten,<sup>325</sup> eine Idee, die der Regierungspräsident aufgriff, während der Landrat starke Bedenken äußerte. Hier werde eine »Entscheidung über eine durch die Gesetzgebung zu lösende Frage in die Hand der unmittelbaren Interessenten gelegt« und damit »ein Präzedenzfall geschaffen ..., welcher bei künftigen Eingemeindungsfragen die freie Entschließung der Staatsregierung zu beeinträchtigen geeignet sein dürfte«.<sup>326</sup>

Seine Einwände fanden keine Berücksichtigung. Der Regierungspräsident ordnete eine Volksabstimmung an, die vom 27. Februar bis zum 1. März 1912 stattfand.

Der Wahlkampf, der sofort einsetzte, wurde »auf beiden Seiten mit außerordentlicher Erbitterung und Ausdauer« geführt, so der Bürgermeister in seinem Rückblick.

*»Weder eine Gemeinderatswahl noch eine Reichstagswahl, bei welchen Gelegenheiten die Meinungsverschiedenheiten besonders scharf hervortreten, haben eine ähnliche Aufregung und einen gleich erbitterten Kampf der Gegner jemals hervorzurufen vermocht. Wie aus den anliegenden Flugblättern hervorgeht, hat es auch an persönlichen Gehässigkeiten nicht gefehlt. Schimpfworte, wie sie im Wahlkampfe kaum gebraucht worden sind, waren an der Tagesordnung. Gute Freunde sind zu Gegnern, ja Feinden geworden und Beleidigungsklagen sollen noch folgen.«<sup>327</sup>*

Die Essener Presse unterstützte natürlich die Eingemeindungsgegner. So richtete die Essener Volks-Zeitung an alle Frintroper die Mahnung, »dass Oberhausen die gegebenen Versprechen gar nicht zu halten imstande ist: lasst euch nicht irreführen, gebt eure Erklärung ab für Eingemeindung der gesamten Gemeinde Borbeck nach Essen!«<sup>328</sup> Auch der General-Anzeiger war der Überzeugung, dass

325 Essener Volks-Zeitung v. 6.2.1912; Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 30, 6.2.1912.

326 LAV NRW R RD 9811, Landrat an Regierungspräsident, 19.2.1912.

327 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 4.3.1912. – Die Essener Volkszeitung berichtete am 1. März, dass bei einem Streit, den die Diskussion über die Eingemeindung ausgelöst hatte, ein Beteiligter sogar sein Messer gezogen und seinen Kontrahenten am Kopf schwer verletzt habe.

328 Essener Volks-Zeitung Nr. 48, 28.2.1912.

Oberhausen »mit der Stadt Essen nicht konkurrieren, geschweige denn einen Vergleich aushalten« kann.<sup>329</sup> Ebenso votierte die Essener Arbeiter-Zeitung pro Essen, »weil Oberhausen eine der rückständigsten Städte des Industriezirks ist. Kommunale und soziale Einrichtungen fehlen vollständig, in Essen dagegen werden wir an all diesen Einrichtungen teilnehmen. Außerdem sind die Steuern in Essen niedriger als in Oberhausen. Hauptsächlich aber kommt in Oberhausen in Betracht, dass hier die Gutehoffnungshütte wie ein Alpdruck auf dem ganzen öffentlichen Leben lastet. In der Stadt geschieht nichts ohne ihren Willen. Durch eine Eingemeindung nach Oberhausen würde diese Macht der Gutehoffnungshütte nur noch vermehrt, während« – so die überraschende Schlussfolgerung – »durch eine Eingemeindung nach Essen die schon sehr beschränkte Macht der Firma Krupp noch mehr eingeschränkt und durch die Eingemeindung weiterer Vororte ganz aufgehoben wird.«<sup>330</sup>

Es fiel den Oberhausener Zeitungen sichtlich schwer, gute Argumente für ihre Stadt zu finden, und wenn von der GHH »als Nährmutter der Arbeiterschaft« geschwärmt wurde,<sup>331</sup> dann war das in den Augen vieler völlig unglaublich. So blieb nur der Hinweis, dass Essen Frintrop ja gar nicht haben wolle. Es werde also nur »ein unbequemes Anhängsel« sein, das entsprechend vernachlässigt werden würde. Hingegen nehme Oberhausen Frintrop, mit dem es schon lange eng verbunden sei, sehr gerne auf.<sup>332</sup>

Beide Seiten mobilisierten ihre Anhänger auch durch Wahlveranstaltungen, und durch Flugblätter, die zuhauf produziert wurden – von Oberhausener Seite sogar welche in polnischer Sprache<sup>333</sup>.

Ein Hauptargument der pro-Essener in den Flugblättern war der zu große Einfluss der GHH, der man vorwarf, die Wähler bei der Stadtratswahl vor einigen Jahren terrorisiert zu haben.<sup>334</sup> Ferner verwiesen sie auf die bessere finanzielle Lage der Stadt. Essen habe – nicht zuletzt durch die schönen Wohnviertel, die die reichen Leute anzögen – »einen starken finanzkräftigen Bürgerstand«. Diesen besitze Oberhausen nicht und werde »einen solchen auch **nie** bekommen. Oberhausen ist landschaftlich so wenig schön und bietet auch sonst so

329 Essener General-Anzeiger Nr. 49, 27.2.1912.

330 Arbeiter-Zeitung Nr. 50, 28.2.1912.

331 Neue Oberhausener Zeitung Nr. 48, 26.2.1912.

332 Ebd.

333 Siehe das Flugblatt »Obywatele z Frintrop« in: HdEG/StA 102 I 456.

334 Flugblatt »Ein letztes Wort zur Eingemeindung!« in: HdEG/StA 102 I 456. In dem Flugblatt »Eine Bankrotterklärung Oberhausens« (in: HdEG/StA 102 I 456) ist vom »schimpflichsten Terrorismus« der Großindustrie die Rede.

# Bürger von Frintrop, die Entscheidung naht!

Seit Monaten tobt der Kampf um die Eingemeindung. Wir sind jetzt seitdem durch unsere, sonst so friedlichen Bürgerkaffe; ein Streit, hineingetragen von Agitatoren, die mit Scheingründen und unwahren Behauptungen gegen die tiefgehenden wirtschaftlichen Interessen der altvertrauten bodenständigen Frintroper Bürger operieren.

## Warum diese unehrliche Kampfweise?

Weil man in jenem Lager gewohnt ist die Wahrheit zu biegen; weil man die Bürger Frintrops über die wirklichen Bedürfnisse hinwegtäuschen will; weil jenen Leuten agitatorische Momente, und ihre eigenen egoistischen Bestrebungen höher stehen, als das Wohlergehen unserer ansehnlichen Gemeinde und die Interessen der gesamten Bürgerchaft.

## Hier die Wahrheit!

Die Stadt Oberhausen weist eine gute Entwicklung auf, sie hat alle öffentlichen Einrichtungen, die zu einer Großstadt gehören. Jeder objektiv denkende Frintroper Bürger der auf die Wahrung seiner wirtschaftlichen Interessen bedacht ist, muß sich gegen Essen

## für Oberhausen entscheiden!

Oberhausen weist äußerst gesunde und stetige Steuer- verhältnisse auf. Die Behauptung der Gegner, Oberhausen müsse in absehbarer Zeit seine Steuern erhöhen, ist unwahr, ist eine bewusste Verfälschung der öffentlichen Meinung. Man arbeitet in jenem Lager absichtlich mit falschem und veraltetem Zahlenmaterial. Erklärte doch selbst die Königl. Regierung, daß in

## Oberhausen eine Erhöhung der Steuern ausgeschlossen sei.

Von allen preussischen Städten hat Oberhausen die geringste Schuldenlast pro Kopf der Bevölkerung und ein nach vielen Millionen zählendes Reinvermögen.

Bezüglich der Schulen und öffentlichen Bildungs- Anstalten für die heranwachsende Jugend

vermag Oberhausen jederzeit einen Vergleich mit anderen Städten auszuhalten.

Gegen Oberhausen kann lediglich die unterschiedliche Servis-Klasse für die Beamten ins Treffen geführt werden. Zu diesem Punkte ist jedoch zu bemerken, daß in etwa zwei Jahren für den ganzen Industriebezirk die Servis-Klasse einheitlich geregelt, d. h. das Wohnungsgeld der Beamten die gleiche Höhe aufweisen wird.

## Essen will Frintrop nicht,

weil, wie unlängst der Essener Oberbürgermeister, Herr Geheimrat Holle, gegenüber mehreren Frintroper Bürgern bemerkte:

## Frintrop wirtschaftlich nach Oberhausen gehöre,

also die wirtschaftlichen Interessen der Frintroper Bürger

in Essen nicht die richtige Vertretung finden.

Vorbed will Frintrop nach Essen ziehen, um auf Kosten der Frintroper Bürger für sich Vorteile zu ergattern. Daher die

## kampfhafte Bemühungen des Vorbeder Gemeinderates

und seiner Dintermänner;

daher die Vergewaltigung der Frintroper Bürger im Vorbeder Gemeinderat;

Daher die einseitigen Verhandlungen mit der Stadt Essen unter Ausschluß von Oberhausen,

trotzdem ein einflußreicher Vorbeder Bürger und Mitglied des dortigen Gemeinderates erklärte:

„Die Frintroper müßten ein Brett vor dem Kopf haben, wenn sie nach Essen wollten.“

# „Sie lügen wie die Teufel – und schwindeln aus Prinzip!“

Dieser stehende Beispruch Johannes Sig's paßt auf die Essener „Mattenfänger“, wie kaum für irgend einen andern gemöhnlichen Sterblichen.  
Das Schwindeln ist diesen Leuten bereits zur zweiten Natur geworden, sie können nicht aus ihrer Haut heraus.

## Wer sich beschwindeln lassen will, muß für Essen stimmen!

### Hier die Beweise:

Mit einem neuen Flugblatt, betitelt: „**Nicht euch nicht beschwindeln,**“ versuchen die Essener wiederum die Wahrheit auf den Kopf zu stellen. In einem Bericht des Oberhausener „General-Anzeiger“ vom 16. Februar hieß es infolge eines Druckfehlers, daß in Oberhausen zur Einkommensteuer 256 Proz. erhoben würden. Die Essener wissen ganz genau, daß es **225 Proz.** heißen soll, und trotzdem schwindeln sie in bekannter Manier froh drauf los.

### Erstunken und erlogen

sind die in dem Essener Flugblatt angeführten Preise für Abgabe von elektrischem Strom in Oberhausen. Es heißt dort, daß die Kilowattstunde 60 Pfg., in Frintrop nur 30 Pfg., auf dem Reducier-Apparat für Wirtse in Oberhausen 38 Pfg., in Frintrop nur 20 Pfg. koste.

### Wahr ist,

daß in Oberhausen der Höchstfuß 38 Pfg. pro Kilowattstunde beträgt, für Wirtse bis auf 15 und 14 Pfg. herabgesetzt, **also 25 Proz. billiger ist wie in Frintrop**, und für Großabnehmer sogar bis zu 5% Pfg. die Kilowattstunde herabgesetzt.

Zum 1. April 1912 gelangt ein neuer Tarif zur Einführung, der die Stromabgabe noch mehr verbilligt und sich zu einem der billigsten Tarife von ganz Deutschland gehalten wird.

### Uchliche Entstellungen lassen sich bezüglich der Gaspreise leicht nachweisen.

Die **Oberhausener Straßenbahn**, mit der sich das Essener Flugblatt beschäftigt, erfordert allerdings in diesem Jahr noch einen kleinen Zuschuß, ist aber städtisches Eigentum und wird in Zukunft, gleich den anderen städtischen gewerblichen Anlagen, für die Bürgerchaft Einnahmen bringen.

Die **Essener Straßenbahn** dagegen ist ein **Privatunternehmen** für dessen Dividenden die dortige Bürgerchaft die Kosten aus ihrer Tasche zahlt.

### Wiso in Oberhausen weitausschauende Fürsorge für die Allgemeinheit, in Essen Kurzsichtigkeit, die die Stadt jährlich um Millionen schädigt.

Die bevorstehende **Kanalisation und Pflasterung** in Oberhausen wird, wie die Essener wissen müssen, der Bürgerchaft keinerlei Mehrkosten verursachen, da die dafür benötigten Gelder längst bereit liegen.

Begünstigt der **Strafverhältnisse** befindet sich der Flugblattschreiber, gelinde gesagt, wohl infolge seiner Unkenntnis der Verhältnisse — in einem großen Irrtum. Die **Mollstrasse** ist erst in den letzten Wochen kanalisiert worden, also noch in einem unferstigen Zustand, der irgend einen nervösen Anwohner zu dem Eingekauft veranlassen könnte.

Begünstigt der **Mühlenstrasse** bemerkten wir nur, daß wenn der Flugblattschreiber schon jemals seine Nase in den Trest der Mühlenstrasse gesteckt hätte, müßte ihm bekannt sein, daß diese Straße in **Dümpfen** liegt.

## Persönliche Gehässigkeiten und Verdächtigungen

gehören mangels durchschlagender, sachlicher Gründe seit Beginn des Kampfs um die Eingemeindung zu den vornehmsten Waffen der Essener Freunde.

Die um die Entroicklung Frintrops hochverdienten Gemeindevorordneten **Koehne und Vohlführer** — wir erinnern nur an den Kasbau und die Pflasterung der Straßen, Straßenaufreinigung u. a. — auch die jegliche Abstimmung entspringt einem Antrag des Herrn Koehne — werden in dem benutzten Flugblatt wiederum in schmutziger und perfider Weise angegriffen und verdächtigt.

### Warum?

Weil die beiden Herren sich an kommunalen Lieferungen beteiligten, also genau daselbe taten, was die übrigen Vorbeder Gemeindevorbeder seit Jahren betreiben, und was in vielen deutschen Städten und Gemeinden Brauch ist.

Ober will etwa, der angeblüh um das Wohl der Gemeinde so besorgte Flugblattschreiber, dafür eintreten, daß die Gemeinde arbeiten an **auswärtige** Internegmer vergeben werden und so das Geld aus der Gemeinde herausgeschleppt wird?

Es wäre dies

### eine wunderbare Art kommunaler Sozialpolitik,

die so recht die **Wandlungsfähigkeit** gewisser feühbarer aktiver **Kommunalsolitiker** beweisen würde.

**Und haben nicht die Hintermänner des verantwortlichen „Flugblattschreibers“ das Giecke getan?**

Flugblatt zum Frintroper Eingemeindungsstreit (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

# Läßt Euch nicht beschwindeln!

Welchen Verteilten die Freunde Oberhausens ein Flugblatt, um die Bürger Frintrop für Oberhausen zu gewinnen. In dem Flugblatt wird behauptet, die Gegner Oberhausens arbeiteten mit falschen Zahlen. Dem gegenüber sei festgestellt:

**Die von den Gegnern der Eingemeindung nach Oberhausen für ihre Ansicht beigebrachten Zahlen sind der von der Staatsregierung gemachten amtlichen Zusammenstellung entnommen.**

Am deutlichsten spricht ja gegen Oberhausen, daß dessen Freunde überhaupt keine Zahlen zu bringen wagen. Es kann auch keine nur wieder gesagt werden: **Wer sich verschleiern will, Stimme für Oberhausen, wer Frintrop nützen will, muß aber für Essen stimmen.**

## **Wer gerne viel Steuern zahlt, muß für Oberhausen stimmen.**

Nach dem Bericht über die Stadterwerbsentwässerung zu Oberhausen vom 12. Februar 1912 (in der Nr. des Oberhausener General-Anzeigers vom 15. Febr. 1912) werden in Oberhausen mit Ausnahme des Stadtteils Stratum erhoben: zur **Staats-Einkommensteuer** u. dem jüngeren Satze von 4 Mark 255 Prozent, von der staatlich veranlagten **Gewerbesteuer** 250 Prozent, von der staatlich veranlagten **Grund- und Gebäudesteuer** 250 Prozent. Einkommen unter 900 Mk. sind in Essen einkommensteuerfrei. Wer also bis 900 Mk. verdient, zahlt

**in Oberhausen 10,20 Mk., in Essen: Nichts!**

Bei einem Einkommensteuersatze von 16 Mk. zahlt man in Oberhausen 8,80 Mk. mehr, bei 26 Mk. 14,30 Mk. mehr, bei 60 Mk. schon 33 Mk. mehr ufm. Vergleich bei den anderen Steuern.

## **Das beste Pferd, das die Stadt Oberhausen im Stall hat**

ist nach der Angabe des dortigen Oberbürgermeisters das **Elektrizitätspferd**. Leider frisst das Pferd unheimlich viel. Es würde nämlich höher für die Elektrizität pro Kilowattstunde erhoben:

**In Oberhausen 50 Pfg., in Frintrop nur 30 Pfg.**

Auf dem Reduzierapparat für Wirte:

**In Oberhausen 38 Pfg., in Frintrop nur 20 Pfg.**

Reguliert ist es mit dem **Gas**. Es kostet das Kubikmeter

**Leuchtgas in Oberhausen 16 Pfg., in Borbeck 15 Pfg.**

**Heizgas in Oberhausen 10 Pfg., in Borbeck 7 Pfg.**

Für einen kleinen Geschäftsmann ergeben allein die Elektrizitäts- und Gasrechnungen in Oberhausen eine

**Extrasteuer von etwa 100 Mk. jährlich.**

Zusätze ist ferner, daß die **Oberhausener Straßenbahn Zuschüsse** erfordert. Wird das Oberhausener Straßenbahnnetz noch weiter ausgebaut, wie ja nach der Eingemeindung Frintrops geplant ist, werden die Zuschüsse noch größer. Weiter werden die

Flugblatt zum Frintroper Eingemeindungsstreit (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

# Die Vertreter Oberhausens schimpfen

weil ihnen **schlechte** Argumente zur Vertretung ihrer Sache fehlen. „Algen“, „Zerfall“, „Schwinden“, „verlumpen“, „zerlegen“, „Nattenfänger“ u. s. w. Solche

## **Kraftworte müssen die Gründe ersetzen.**

Bezeichnend für Oberhausen läßt sich auch leicht nichts viel anführen. Behaupten wird, daß die Einkommenssteuereinschläge in Oberhausen 255 Prozent betragen. Jetzt 114 Tage nach Bekanntmachung des Tages in der Oberhausener Presse und 48 Stunden nach Bekanntmachung in unserem Flugblatt erzählt man von einem **Trudeltier**. Wirklich gut! Aber nehmen wir mal an, die Oberhausener hätten recht und es würden bei ihnen 255 Prozent Zufolg erhoben, so müßte man bei einem Einkommen bis 900 Mark, zahlen

## **in Oberhausen 9,00 Mk., in Essen: Nichts!**

Obwohl man die **höheren Einkommen in Oberhausen** 's mehr gezahlt werden, wie in Essen. Also mit der Widerlegung unserer Angaben ist es nicht. Auch unsere anderen Zahlen werden mit Behreuten nicht aus der Welt geschafft.

Seher hat auch das

**neueste Oberhausener Flugblatt über das Oberhausener und Essener Vermögen keine Angaben** gebracht. Man weiß, warum. Behreuten werden unsere Angaben über schlechte Straßen. Am gestrigen Tage, also am 28. Februar, aber enthält der Oberhausener Generalanzeiger noch folgenden

## **Nottschrei Oberhausener Bürger über schlechte Straßen:**

„Die Anwohner der Geilenstraße bitten die Herren Stadtväter um freundliche Ueberlassung des Rahmes vom Kaiserpartien Derjelbe kann hier wieder in Tätigkeit gesetzt werden. Es ergäbe dieselbe eine schöne Einkaufsmuelle, da die Straße den sehr vielen Menschen zu passieren ist. Schon der Schulkind wegen lohnte es sich. Dierelben müßten jetzt leider den ganzen Tag mit nassen Hälften in der Schufe sitzen, und würden die Eltern lieber das Habergeth, als den Duffor bezahlen.“

Man kann also nach den Angaben der Oberhausener Presse

## **in Oberhausen auf belebten Straßen eine Kahnpartie machen!**

Wirklich nett! Aber für den Straßenverkehr unpraktisch. — Zugegeben wird

## **daß die Freunde Oberhausens, die Herren Röhne und Wokfähler sich als Gemeindeverordnete an Arbeiten u. Lieferungen für die Gemeinde beteiligten.**

Um die Herren zu entschuldigen, such man andere zu verächtigen. Was davon zu halten ist, dafür ein Beispiel. Zunächst soll hier seinen Katten an der Zimmstraße von der Gemeinde einen hohen Preis gebietet haben. Kauflos ist, daß zunächst nur aus den nachgehenswertigen, gründlichen Ankauf der Straße zu ermöglichen, bereit war, sein Haus abbrechen zu lassen und etwa ein 1/2 Morgen Grund an die Gemeinde abzutreten gegen eine bare Geschäftsbilgung von 5500 Mark. Wer etwas Ahnung hat, der weiß, daß allein der Bau eines solchen Hauses heute fast das Doppelte kostet. — Die Herren Röhne und Wokfähler werden also um die Umwidmung Feintroy

## **hochverdiente Männer**

gelobt. Nun, die Feintroyer wissen, was sie davon zu halten haben. Die Weisheit von ihnen ist gern bereit, sie an Oberhausen abzutreten, ja, sie auf den Händen über die Straße zu tragen. Öffentlich sagen die Oberhausener dafür, daß die Herren sich auf den Oberhausener Alpen ansiedeln und bald bei ihnen in Stadtort sitzen. Die Ansicht der Feintroyer sagt die Abkündigung. Waren doch die gefahren abend

## **1103 für Essen und nur 465 für Oberhausen.**

Und das, obwohl der Vertreter der „bodenständigen Elemente“, Herr Wokfähler sich bemühte, er habe veranlaßt, daß auch die Kolonie Wenden mitmüßigen kann.

## **Das Ergebnis muß noch günstiger werden.**

Die Industrie hat, wie General-Direktor Neusch selbst beim Kaisergeburtstagesessen sagte, kein Interesse an ganz Feintroy. Es braucht sich also keiner an diesem Grunde zurückhalten. Es ist doch klar bewiesen, daß die Eingemeindung nach Essen günstiger ist. Offen weil Feintroy gern und nicht Feintroy auf was sitzen. Der Oberbürgermeister hat seine Ansicht längst kundgetan. **Teddsals Stimme jeder, insbesondere aber jeder Quatsch- und Grundbesitzer**

# **für Essen!**

Verantwortlich: H. Kol der Post. — Druck: Hebebrand & Söhne, Essen.

Flugblatt zum Feintroyer Eingemeindungsstreit (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)



wenig, dass sich reichere Leute nie in größerer Zahl dort ansiedeln.«<sup>335</sup> Von Vorteil sei auch, dass Essen einen niedrigeren Steuerzuschlag erhebe,<sup>336</sup> dass die Preise für Gas und Strom günstiger seien<sup>337</sup> und dass Essen »alle möglichen Schulen und höheren Bildungsanstalten besitzt«.<sup>338</sup>

Ob alle Behauptungen stimmten oder ob sie »erstunken und erlogen« waren, wie die Oberhausener behaupteten<sup>339</sup> – dies zu überprüfen ist schlechterdings nicht möglich. Man warf sich gegenseitig Schwindel und Verleumdung vor.<sup>340</sup>

Die Oberhausener wussten, dass die Verhältnisse in der Nachbarstadt besser waren, dass sie damit nicht konkurrieren konnten, daher verlegten sie sich auf Versprechungen: Durchführung der Straßenbahn bis zum Mittelpunkt von Frintrop, Festsetzung des Straßenbahn-Tarifs auf 10 Pfg., Schaffung eines Volksparks, keine Einführung des Schlachthofzwanges, keine Erhebung der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert. Auch werde die GHH ihre Betriebe auf Frintroper Gebiet erweitern, wodurch sich der Bodenwert steigern wird.<sup>341</sup>

Stimmberechtigt für die Wahl waren 2.880 Bürger.<sup>342</sup> Wie wichtig den Bewohnern die Abstimmung war, zeigt die hohe Wahlbeteiligung von 88,4 Prozent. Aber auch die beiden Parteien waren bemüht, ihre Anhänger zu mobilisieren. Die Gutehoffnungshütte hatte sogar werkseigene Autos zur Verfügung gestellt, um säumige Wähler aus ihrer Arbeiterkolonie zur Abstimmung zu

335 Flugblatt »Ein letztes Wort zur Eingemeindung!«.

336 Ebd.

337 Flugblatt »Laßt Euch nicht beschwindeln!«; Flugblatt »Eine Bankrotterklärung Oberhausens« – beide in: HdEG/StA 102 I 456.

338 Flugblatt »Ein letztes Wort zur Eingemeindung!«.

339 Flugblatt »Sie lügen wie die Teufel – und schwindeln aus Prinzip!«, in: HdEG/StA 102 I 456.

340 Flugblatt »Laßt Euch nicht beschwindeln!«; Flugblatt »Die Schwindler entlarvt!«; Flugblatt »Sie lügen wie die Teufel – und schwindeln aus Prinzip!«; Flugblatt »Die Rattenfänger von Essen« – alle in: HdEG/StA 102 I 456. – Die Oberhausener Volkszeitung Nr. 49, 28.2.1912 warf der Gegenseite vor, den Kampf »in der perfidesten und gehässigsten Weise« zu führen. »Die Flugblätter der Essener strotzten vor Unwahrheiten, Verdrehungen und persönlichen Gehässigkeiten.«

341 Flugblatt »Bürger von Frintrop, die Entscheidung naht!«, in: HdEG/StA 102 I 456.

342 Abstimmungsberechtigt war jeder, der das Gemeindewahlrecht besaß, also wer »erstens selbständig ist, zweitens seit einem Jahre keine Armenunterstützung aus öffentlichen Mitteln bezogen, drittens in der genannten Zeit die Gemeindeabgaben bezahlt hat, viertens im Gemeindebezirks mit einem Wohnhaus angesessen ist oder 6 Mark staatlich veranlagte Grund- und Gebäudesteuer bezahlt oder seinen Wohnsitz im Gemeindebezirke hat und außerdem entweder zur Staatseinkommensteuer oder zu einem fingierten Normalsatz von 4 Mark veranlagt ist oder ein Einkommen von mehr als 660 Mark bis 900 Mark hat«.

fahren.<sup>343</sup> Es nützte nichts. Die Stimmen für Essen – 1.656 – übertrafen die für Oberhausen – 890 – bei weitem.<sup>344</sup>

Obwohl das Ergebnis eindeutig ausgefallen war, versuchte die Oberhausener Volks-Zeitung es als Erfolg zu verkaufen. Sie machte einerseits »den Terrorismus der Essener« dafür verantwortlich, dass sich über 500 Befürworter Oberhausens, hauptsächlich Geschäftsleute, nicht getraut hätten, zur Abstimmung zu gehen. Andererseits dürften die 800 Bahnbediensteten nicht mit gerechnet werden, da sie nur wegen der höheren Gehaltsklasse für Essen gestimmt hätten. Berücksichtigt man dies, »so ist der Erfolg für die Anhänger Essens geradezu jämmerlich«.<sup>345</sup> Ungeachtet der Tatsache, dass in Borbeck keine 500 Geschäftsleute zu Hause waren und dass von den 2.880 Stimmberechtigten nur 334 nicht zur Wahl gegangen sind, wollte die Oberhausener Zeitung übersehen, dass die Arbeiter und Angestellten der GHH im Sinne ihres Arbeitgebers votiert hatten.<sup>346</sup>

Wer glaubte, dass mit dem Volksentscheid wieder Ruhe einkehren würde, sah sich getäuscht. Zwar sollte nun nicht mehr Ganz-Frintrop, sondern nur der Teil, auf dem das Werk der GHH lag, zu Oberhausen kommen, aber umstritten blieb die Frage, wie groß das einzugemeindende Gebiet sein sollte. Umfasste es nur das Werk Neu-Oberhausen mit der dazugehörigen Siedlung oder auch den großen Sammelbahnhof in Frintrop?<sup>347</sup>

Da sich die Eisenbahner einhellig für Essen ausgesprochen hatten, wollte Oberbürgermeister Holle das Abstimmungsergebnis bei der neuen Grenzziehung zugrunde gelegt wissen, weshalb er den Sammelbahnhof für Essen forderte.<sup>348</sup> Diese Argumentation rief den schärfsten Widerspruch des Landrats hervor, der sie rundum ablehnte.

*»Diese Ansicht, welche hiermit m.W. zum ersten Male amtlich von dem Herrn Oberbürgermeister geäußert wird, verstößt gegen den obersten Grundsatz, welcher für alle Eingemeindungen maßgebend sein muss, nämlich den, dass nur das*

343 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 4.3.1912; Essener Volks-Zeitung vom 5.3.1912.

344 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 4.3.1912.

345 Oberhausener Volks-Zeitung v. 2.3.1912. Zit. nach Dellwig, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 218), S. 298.

346 HdEG/StA 114/60, Bürgermeister an Landrat, 4.3.1912: »Auch ist es charakteristisch, dass die Bewohner der an der Oberhausener Grenze liegenden Kolonie, die ausschließlich aus Arbeitern der Gutehoffnungshütte besteht, sowie der größte Teil der Bewohner der Kolonie Vondern, die ebenfalls auf den Hüttenwerken beschäftigt sind, für Oberhausen gestimmt haben.«

347 Siehe HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Oberbürgermeister, 13.4.1912.

348 HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Landrat, 23.4.1912.

*öffentliche Interesse für die Abgrenzung entscheidend sein kann. Letzteres erfordert aber aus wirtschaftlichen und politischen Gründen die Zusetzung eines möglichst großen Teiles von Frintrap zu der leistungsschwächeren Stadt Oberhausen.»<sup>349</sup>*

Da der Sammelbahnhof »im Wesentlichen für die Bedürfnisse der Gutehoffnungshütte« errichtet worden sei, sollte ihn auch die Stadt Oberhausen erhalten.<sup>350</sup> Der Regierungspräsident teilte diese Ansicht. »Die Entwicklung von Oberhausen macht die Eingemeindung eines größeren Teiles von Borbeck dringend erwünscht, während dem Ausdehnungsbedürfnis von Essen durch die beabsichtigten Eingemeindungen ... in weitgehendem Maße Rechnung getragen wird. Insbesondere dürfte es der Billigkeit entsprechen, das Gebiet des Sammelbahnhofs, der im Wesentlichen für die Bedürfnisse der Gutehoffnungshütte errichtet ist, mit Oberhausen und nicht mit Essen zu vereinigen«, schrieb er dem Essener Oberbürgermeister, um dessen Plazet für die Grenzziehung zu erhalten.<sup>351</sup>

Doch Holle bestritt zum einen, dass der Sammelbahnhof vor allem der GHH diene. Eine Aufstellung der Eisenbahndirektion belege, dass der Bahnhof genau so stark von den Zechen Prosper und Levin genutzt werde. Ferner diene er auch der Zusammenstellung neuer Züge.<sup>352</sup> Zum anderen machte er deutlich, wie nachteilig die Regelung für Essen wäre. Die Steuerkraft des Bahnhofs fiel an Oberhausen, während Essen, da die Beamten und Arbeiter vorwiegend in diesem Teil wohnten, die Volksschul- und Armenlasten zu schultern hätte.<sup>353</sup>

Trotz des Oberhausener Einspruchs<sup>354</sup> konnte sich Essen durchsetzen. Es bekam den Sammelbahnhof. Auch wenn sich Oberhausen mit der Grenzziehung nicht abfinden wollte, so blieben doch alle Proteste wirkungslos.<sup>355</sup>

In der Stadtverordnetensitzung am 28. Januar 1914 musste der Oberhausener Oberbürgermeister das unbefriedigende Ergebnis rechtfertigen. »Es kommt auf den Standpunkt an, ob man in dieser Grenze etwas Erfreuliches oder Unerfreuliches sehen will; vom Standpunkt der Stadterweiterung ist sie unbedeutend, vom Standpunkt der Vergrößerung der Gutehoffnungshütte nicht unbedeutend.« Aber angesichts der ablehnenden Haltung des Borbecker

349 LAV NRW R RD 9811, Landrat an Regierungspräsident, 26.4.1912.

350 LAV NRW R RD 9812, Landrat an Regierungspräsident, 23.1.1913.

351 HdEG/StA 102 I 482, Regierungspräsident an Holle, 3.2.1913.

352 LAV NRW R RD 9812, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 7.2.1913.

353 HdEG/StA 102 I 482, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 6.2.1913.

354 HdEG/StA 102 I 482, Oberbürgermeister Oberhausen an Regierungspräsident, 7.2.1913.

355 LAV NRW R RD 9815, Oberbürgermeister Oberhausen an Regierungspräsident, 27.12.1913.

Gemeinderats sei nicht mehr zu erreichen gewesen. »Die Anziehungskraft, die Essen ausübt, ist unstreitig größer.«<sup>356</sup>

### Borbeck<sup>357</sup>

Nachdem die vorgesetzten Stellen den Plänen der Stadt Essen ihr grundsätzliches Plazet gegeben hatten, übersandte am 5. Juli 1911 Oberbürgermeister Holle dem Borbecker Bürgermeister ein offizielles Schreiben mit der Bitte, mit den Verhandlungen zu beginnen und zu diesem Zweck eine Kommission wählen zu lassen.<sup>358</sup> Zur Überraschung der Beteiligten lehnte der Borbecker Gemeinderat dies mit 34 zu 20 Stimmen ab, weil man zum einen darüber verärgert war, dass Essen seine Hafenpläne nicht offenlegen wollte, zum anderen weil man der Auffassung war, dass eine Vereinigung mit Essen unnötig sei. Die Mehrheit hoffte, dass Krupp seine Werke auch ohne Eingemeindung nach Norden ausdehnen werde und dass Borbeck letztendlich Stadtrechte erlangen werde.<sup>359</sup>

Der General-Anzeiger konnte das Votum nicht nachvollziehen. Es sei von Sonderinteressen diktiert, aber nicht dem Allgemeinwohl verpflichtet und entspreche auch nicht der Meinung der Bevölkerung. Das Beharren auf Selbstständigkeit werde den Borbeckern noch im wahrsten Sinne des Wortes teuer zu stehen kommen, denn die Steuerlast müsse in der Zukunft zwangsläufig steigen.<sup>360</sup>

Die Hoffnungen, dass Krupp in Borbeck sowieso bauen werde, versuchte Holle bei einem informellen Gespräch am 2. Oktober mit dem Bürgermeister und einigen Gemeinderatsmitgliedern zu zerstören.<sup>361</sup> Er erklärte, dass das Unternehmen die neuen Werksanlagen nur »innerhalb eines leistungsfähigen Kommunalwesens« errichten wolle. D.h. gibt es keine Eingemeindung, wird Krupp in Rheinhausen bauen, dann ist aber auch der Hafen überflüssig.

Auch andere Details wurden bei diesem Treffen erörtert. Neben den Steuerfragen waren es der Bau einer Badeanstalt oder die Angst der Beamten, bei der

356 Zit. nach Dellwig, Wirtschaftspolitik (wie Anm. 218), S. 298 f.

357 Zum folgenden siehe auch Hermann Schröter, »Essen am Rhein«. Zur Eingemeindung von Borbeck, Altenessen, Haarzopf und Bredeney im Jahre 1915, in: Das Münster am Hellweg 18, 1965, S. 71–82.

358 HdEG/StA 114/60, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 5.7.1911.

359 HdEG/StA 102 I 473, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 12.8.1911. Siehe auch Essener Volks-Zeitung Nr. 223, 28.9.1911.

360 General-Anzeiger v. 23.9.1911.

361 HdEG/StA 102 I 473, Protokoll der Verhandlungen am 2. Oktober 1911.

Übernahme nach Essen nicht mehr gleichwertig eingesetzt zu werden. Gleich als aussichtslos bewertete der Oberbürgermeister die Forderung nach Schaffung eines Volksparks im Fürstenberg'schen Wald und das Verbot für Krupp, in Borbeck Konsumanstalten zu eröffnen. Eine Verpflichtung dürfe die Stadt nicht eingehen, denn dadurch könne Freiherr von Fürstenberg die Preise in die Höhe treiben, und im Falle Krupp fehle jegliche gesetzliche Handhabe.

In dieser Phase der Sondierungen schilderte Bürgermeister Baasel in einer Rede vor dem Gemeinderat am 17. Oktober die Borbecker Verhältnisse in schonungsloser Offenheit.<sup>362</sup> Die Finanzlage der Gemeinde sei so sehr angespannt, dass es nicht möglich sei, alle erforderlichen »Mittel in den Etat einzustellen, um hieraus jemals sämtliche notwendigen Aufwendungen für Wegebauzwecke decken zu können«. Investieren müsse die Gemeinde aber nicht nur in den Neubau von Straßen, sondern auch in Straßenunterhaltung, in die Kanalisation, in neue Schulbauten sowie in den Bau eines Schwimmbades und eines Schlachthauses. Alles sei in der Vergangenheit vernachlässigt worden, weil »die Mehrzahl der Bürger sich auf den Standpunkt stellt, die Gegenwart nicht auf Kosten der Zukunft zu belasten und alle Ausgaben so lange wie irgend möglich hinauszuschieben«. Die Schlussfolgerung war eindeutig: Borbeck müsse Anleihen aufnehmen und Schulden machen. Die Zins- und Tilgungsbeträge werden aber den Etat stark belasten, was bedeutet: »Ohne ganz außergewöhnliche Opfer und eine enorme Erhöhung der Steuerzuschläge lässt sich die so dringend erwünschte Besserung nicht erreichen.« Obwohl in Borbeck schon jetzt die höchsten Zuschläge (235%) erhoben würden, müssten sie in den nächsten Jahren nochmals erhöht werden, und es werde nicht lange dauern, dann lägen sie bei 280%. Der Gemeinderat sollte nicht auf die Zukunft setzen, sich keinen Illusionen hingeben. Es würden sich keine Firmen in Borbeck ansiedeln, denn die Steuersätze seien viel zu hoch für Investoren.

Im Gegensatz zu diesem tristen Stimmungsbild tauchte Baasel die Vorteile, die sich aus einer Eingemeindung ergäben, in



Bürgermeister Ferdinand Baasel  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

362 LAV NRW R RD 9811, Denkschrift Baasel betr. Eingemeindung, 17.10.1911.

rosiges Licht. Die zunehmende Bebauung zwischen Essen und Borbeck und der Bau des Hafens ließen den Wert des Bodens steigen, wovon die Haus- und Grundbesitzer profitierten. Da die Essener Steuersätze für die Einkommen- wie für die Gewerbesteuer niedriger seien, zögen daraus alle Borbecker Vorteile sowohl die Fabrikbesitzer wie die Arbeiter. Auch in anderen Bereichen sah Baasel eine finanzielle Entlastung für die Bürger, so z. B. beim Besuch der in Borbeck nicht vorhandenen Real- und Oberrealschulen, denn als Essener Bürger zahle man für seine Kinder keine Zuschläge mehr zum Schulgeld.

Aus all diesen Gründen empfahl der Bürgermeister die Wahl einer Kommission und die Aufnahme von Verhandlungen. »Ein günstigerer Zeitpunkt für eine Eingemeindung« werde »niemals wiederkehren«. Mit einer Warnung schloss Baasel seinen Appell. Blicke der Gemeinderat bei seiner Verweigerung, dann werde es Essen und Krupp, unterstützt durch die andere Industrie, gelingen, das Hafenareal einzugemeinden. »Dann ist Borbeck aber vollständig ruiniert, indem Borbeck die Lasten zu tragen hätte, während Essen die steuerlichen und sonstigen indirekten Vorteile genießen würde.«

Die mahnenden Ausführungen zeigten Wirkung. Der Gemeinderat ließ sich von der Darlegung überzeugen und bildete am 10. November 1911 eine Kommission.<sup>363</sup> Doch ehe die Verhandlungen richtig begonnen hatten, wurden sie auch schon wieder eingestellt, weil die Borbecker Delegierten eine unerfüllbare Bedingung stellten. Sie forderten erstens die Garantie, dass nur Ganz-Borbeck einschließlich Frintrop eingemeindet werde, und zweitens abermals eine vollständige Information über die Hafenpläne.<sup>364</sup>

Holle hielt die erste Bedingung für noch »diskutabel«, doch die zweite lehnte er ab, da das »dazu führen würde, eine den allgemeinen Interessen hinderliche Privatspekulation wachzurufen«. <sup>365</sup> Auch der Landrat hielt diese Forderung »für völlig unannehmbar«. <sup>366</sup>

Um den Gemeinderat gefügig zu machen, drohte Essen mit der Ausgliederung und anschließender Eingemeindung von Vogelheim.<sup>367</sup> Doch der Landrat zweifelte, ob auf diese Weise die Zustimmung zu erreichen sei. »Die Borbecker Haus- und Grundbesitzer, Ärzte und Rechtsanwälte werden von der Anlage des Hafens dicht an der Grenze des bebauten Ortskernes Borbeck auch dann einen erheblichen Vorteil erwarten, wenn dies Gelände kommunalpolitisch nicht

363 HdEG/StA 102 I 473, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 11.11.1911.

364 HdEG/StA 102 I 473, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 2.12.1911.

365 HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 5.12.1911.

366 HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Regierungspräsident, 7.12.1911.

367 HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 5.12.1911.

mehr zu Borbeck gehört.« Und dabei könnte auch die Selbstständigkeit erhalten bleiben.<sup>368</sup>

Die Borbecker, die langsam erkannten, dass sie mit einer strikten Verweigerungshaltung nicht weiter kamen, verfolgten nun eine Doppelstrategie. Zum einen sondierten sie in Berlin die Chance, doch noch das Stadtrecht zu erlangen,<sup>369</sup> zum anderen sammelten sie schon vorsichtshalber Verhandlungspunkte für die Gespräche mit Essen.

Die Hoffnung, doch noch zur Stadt erhoben zu werden, machte Ministerialrat Freund schnell zunichte. Er beschied einer Borbecker Deputation kategorisch, dass der Staat dazu die Genehmigung nicht erteilen werde. Die Regierung hätte kein Interesse, »zwei große rivalisierende Städte mit gemeinsamen Zwecken, die miteinander verwachsen wären wie Borbeck und Essen, entstehen zu lassen«. <sup>370</sup> So blieb nur der Versuch, bei den Verhandlungen das Maximum zu erzielen.

Die zwei Wunschlisten, die Borbeck aufstellte, waren mehr als umfangreich. Die erste umfasste 39,<sup>371</sup> die zweite sogar 43 Punkte.<sup>372</sup> Geforderten wurden zunächst 13, dann sogar 15 Stadtverordnete und die gleichen Steuersätze wie in Essen. Alles, was die Gemeinde bis dahin versäumt hatte, sollte nun Essen liefern: eine Badeanstalt in der Größenordnung von 400.000 M Baukosten, einen mindestens 10 ha großen Volkspark, ein Schlachthaus, eine höhere Mädchenschule und ein Gemeindeasyl. Für die Chaussierung, Pflasterung, Kanalisierung und Beleuchtung der Borbecker Straßen forderte man zehn Jahre lang Investitionen in Höhe von 500.000 M jährlich. Ebenso sollte sich die Stadt Essen verpflichten, »an dem Marktplatz in Borbeck, an dem Marktplatz in Bergeborbeck, an der Grünstraße in der Nähe der katholischen Kirche in Dellwig und in Frintrop an der Hermannstraße Bedürfnisanstalten zu errichten«. Man kann den Beigeordneten Bucerius<sup>373</sup> verstehen, wenn er sich in Bezug auf die letzte Forderung mokierte: »Es erscheint der Bedeutung der Sache nicht angemessen, wenn derartige Wünsche Gegenstand des Eingemeindungsgesetzes werden sollen.«<sup>374</sup>

368 HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Regierungspräsident, 7.12.1911.

369 ~~SE~~ ~~Essen~~ Rhein« (wie Anm. 357), S. 75.

370 HdEG/StA 114/60, Vermerk Baasel über die Verhandlungen in Berlin, 15.2.1912.

371 HdEG/StA 102 I 473, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 14.12.1911.

372 HdEG/StA 102 I 473, Bedingungen der Gemeinde Borbeck, 20.2.1912.

373 Walter Bucerius (1876–1945), Beigeordneter bis 1920, dann 2. Bürgermeister in Hannover. Biographische Angaben: Schröter, Beigeordnete I (wie Anm. 18), S. 36.

374 HdEG/StA 102 I 473, Bucerius, Bemerkungen zu den Bedingungen, 22.3.1912.

Der umfassende Katalog stieß bei den Essenern einhellig auf Kritik. Nicht nur der Krupp-Direktor Hugenberg sprach von »unannehmbaren Forderungen«, <sup>375</sup> und der Rheinisch-Westfälische Anzeiger kommentierte:

*»Man kann es dem Oberbürgermeister der Stadt Essen nicht verdenken, wenn er die Bedingungen der Borbecker ohne seine Eingemeindungskommission damit zu belästigen den Borbeckern zurückgeschickt hat. Es würde bei der Beratung dieser Bedingungen doch weiter nichts herausgekommen sein, als eben eine recht lustige Sitzung mit viel Heiterkeit und wenig praktischem Wert. ... Die Borbecker Bedingungen haben es aber erreicht, dass die ganze Eingemeindungsangelegenheit einmal wieder auf einen toten Punkt gelangt ist, und damit ist jedenfalls das erreicht, was diejenigen Leute in Borbeck, die sich in der Rolle des Gemeindeführers so sehr gefallen, erreichen wollen. Wenn es zu spät ist, wenn statt der Steuerprivilegien die lange schon fällige Steuer-Erhöhung kommt, dann werden denjenigen, die den Führern jetzt noch blindlings Gefolgschaft leisten, vielleicht die Augen aufgehen. Die Stadt Essen wird, wenn die Eingemeindung in die Brüche geht, glänzend allein weiterkommen. Der Mehrzahl der Essener Bürger wird sogar ein Stein vom Herzen fallen, wenn die ganze Eingemeindung auf unbestimmte Zeit vertagt wird. Denn es liegt doch auf der Hand, dass die Differenz in den Steuersätzen zwischen dem, was die hinzukommenden Gemeinden zahlen müssten, und dem, was sie nach der Eingemeindung zahlen, die Steuerzahler des alten Stadtkreises aufbringen müssen. Man darf also mit Ruhe der weitem Arbeit der Borbecker Eingemeindungshelden entgegensehen. Wenn die nicht wollen, wir haben keine Ursache, kurzsichtigen Gemeindepolitikern nachzulaufen, damit es ihnen später nicht schlecht geht.«<sup>376</sup>*

Doch trotz der kritischen Kommentare beschäftigte sich der Essener Beigeordnete Bucerius ernsthaft mit den Borbeckern Anliegen und kam zu folgenden Ergebnissen:

- Da für die Zahl der Stadtverordneten nicht die Bevölkerungszahl, sondern das Steueraufkommen entscheidend war, würden Borbeck nur sieben Mitglieder zustehen. Doch da in drei Klassen gewählt wurde, bot Essen neun an.
- Wegen der starken finanziellen Mehrbelastungen kam eine sofortige Gleichsetzung mit den Essener Steuerzuschlägen nicht in Frage. Es sollte aber eine jährliche Herabsetzung erfolgen.
- Das geforderte Neubauprogramm für die Straßen erachtete Bucerius als »schlechterdings unmöglich«.

375 HAK FAH 21/2151, Hugenberg an Bernsau, 4.3.1912.

376 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 74, 28.3.1912.



- Gleichfalls lehnte er den Bau eines Schlachthauses ab, weil das Essener Schlachthaus »unmittelbar an der Grenze zu Borbeck« lag und »den Bedürfnissen noch auf viele Jahrzehnte hinaus« genügen würde.

Sein Fazit lautete:

*»Wenn die Eingemeindungsverhandlungen mit Erfolg weiter geführt werden sollen, so muss man sich auch in Borbeck auf den Standpunkt des beiderseitigen Vertrauens stellen und es darf nicht aus Gründen des Misstrauens den Borbeckern Forderungen eine Fassung gegeben werden, die den Anschein erweckt, als beanspruche Borbeck ein vor allen übrigen Teilen bevorzugter Stadtteil der neuen Gesamtgemeinde zu werden.«<sup>377</sup>*

Was folgte war – sehr zum Unwillen des Oberbürgermeisters – ein zähes Ringen um jede einzelne Forderung.<sup>378</sup> Holle machte seiner Verärgerung in einem persönlichen Schreiben an Bucerius Luft:

*»Wenn wir das Hafengebiet vorab hätten, könnten wir zunächst mit Bredeneu u. Altenessen loyale Bedingungen vereinbaren und hätten Borbeck mit seinen verblendeten und törichtsten Fädenziehern ausgeschaltet. Auch könnten wir nur durch Cab O [Kabinetts-Ordre] in die Lage versetzt werden den Hafen im Trockenen zu bauen und darin läge für uns u Krupp doch viel Vorteil. Wir könnten durch die Hafensbahn das Gebiet Altenessen bevorzugen u die Borbecker klein machen; die Abgrenzung nach Oberhausen, die Abfindungsfrage mit Oberhausen pp alles würde sehr erleichtert.«<sup>379</sup>*

Trotz seines Unmutes unternahm der Oberbürgermeister im August 1912 einen weiteren Versuch, die Borbecker zum Einlenken zu bewegen, indem er seinerseits mit dem Abbruch der Verhandlungen drohte.

*»Ehe ich die ganze Eingemeindungsfrage nach der mehrjährigen Pause erneut zur Diskussion stellen konnte, habe ich die Firma Krupp zu bewegen versucht, die Erweiterung ihrer Betriebe im Vogelheimer Gebiet neben den vielen sich der Firma Krupp auswärts bietenden Gelegenheiten ernstlich ins Auge zu fassen. Es ist das keineswegs leicht gewesen. Am Rhein und an der Saar sind die Vorteile für neue*

377 HdEG/StA 102 I 473, Bucerius, Bemerkungen zu den Bedingungen, 22.3.1912.

378 Siehe HdEG/StA 102 I 473.

379 HdEG/StA 102 I 473, Holle an Bucerius, 20.8.1912.

*industrielle Niederlassungen leider so in die Augen springend, dass wirklich schon ein großes, zu gewissen Opfern bereites Interesse der Firma Krupp zu ihrem Stammsitz vorhanden sein musste, um sie zu bewegen, sich der Erweiterung ihrer hiesigen Werke freundlichst gegenüber zu stellen. Diesen wichtigen Erfolg habe ich bei den Verhandlungen in den Vordergrund gestellt, weil ich annahm, dass die Erhaltung und Förderung der Industrie im Ruhrkohlengebiete von allen Gemeinden ohne Rücksicht auf die Gemeindegrenzen als eine gemeinsame Lebensfrage betrachtet werde. Von Herren Ihrer Kommission ist die Sachlage aber umgekehrt worden und hat man behauptet, dass die Firma Krupp diejenige sei, welche wegen ihrer eigenen Interessen die Eingemeindung wünsche und daher auch, wenn auch unter Opfern, fördern werde. Das ist ein verhängnisvoller Irrtum. Die Firma Krupp hat noch neuerdings wiederholt erklärt, dass sie die Eingemeindung von Borbeck lediglich als eine Frage des Interesses der Stadt Essen betrachte und dass ihre Vertreter in der Stadtverordnetenversammlung nur dann die Zustimmung zu dieser Eingemeindung geben würden, wenn sie ohne allzu große Opfer vollzogen werden könnte. Wie auch Ihnen bekannt sein wird, rechnet die Firma Krupp zur Zeit nicht mehr mit einer Erweiterung ihrer Werke nach Vogelheim hin, sondern hat unter Aufwendung von mehreren Millionen Mark ihren Besitz in Rheinhausen so vervollständigt, dass sie jede Erweiterung dort unmittelbar am Rhein vornehmen kann. ... Die letzten Verhandlungen in unserer Eingemeindungskommission haben zweifellos gezeigt, dass ich mit den Vertretern der Firma Krupp als Freunde der Eingemeindung nur bedingt rechnen kann. Obendrein hat die Firma Krupp diesen Standpunkt auch dem Herrn Regierungspräsidenten gegenüber durchblicken lassen, sodass wir auch bei der Regierung uns nicht mehr auf die Unterstützung der Firma Krupp berufen können. ... Wenn ich alle diese Gesichtspunkte zusammenfasse, so kommen mir erhebliche Zweifel, ob ich die Eingemeindungspläne noch weiter mit den Interessen der Stadt Essen vereinbar halten darf oder ob ich sie überhaupt auch gegenüber dem bei uns bestehenden Widerstande durchzusetzen vermag.«*

Da es nicht sein könne, »den Eingesessenen Borbecks zum Dank für ihre engherzige Politik ungerechtfertigte Vorteile zuzuweisen«, richtete Holle an Baasel die Bitte, »in der Eingemeindungskommission diejenigen Elemente zu sammeln, welche für die über den Augenblick hinausgehenden sachlichen Gesichtspunkte Verständnis haben. Von Ihrem nächsten Entschluss wird es abhängen, ob die Eingemeindungsverhandlungen weiter gepflogen werden können.«<sup>380</sup>

Es dauerte lange, bis Borbeck Konzessionsbereitschaft signalisierte. Diese abermalige Verzögerung stieß in der Öffentlichkeit auf wenig Verständnis.

380 HdEG/StA 102 I 473, Holle an Baasel, 21.8.1912.

»Man ist«, liest man in einem Leserbrief an den Rheinisch-Westfälischen Anzeiger, »der endlosen Vorberatung einer Sache satt, die in ihrem Kern (sofern man Zweckmäßigkeit als den Inbegriff einer weisen Kommunalpolitik ansieht) schon längst spruchreif war. ... denn wo bietet sich wieder eine solche vorteilhafte Gelegenheit: ein fast auf den toten Punkt gelangtes Gemeinwesen mit einem Schläge von allen Fährnissen und Beschränkungen zu befreien.«<sup>381</sup>

Im Dezember 1912 wählte der Borbecker Gemeinderat eine »Verständigungskommission«, die die strittigen Punkte klären sollte.<sup>382</sup> Die beiden Delegationen trafen sich mehrfach, bis eine Einigung erzielt wurde. Am heftigsten umkämpft war die Zahl der Stadtverordneten, doch hier beendete das eindeutige Votum des Krupp-Direktors Vielhaber, der zugleich Sprecher der national-liberalen Fraktion war, die Diskussion:

*»Er habe gehört, in Borbeck sei man der Ansicht, die Firma Krupp werde der Stadt Essen die Eingemeindung empfehlen oder sie dazu drängen. Demgegenüber erkläre er, das Direktorium habe einstimmig beschlossen, die Vertreter der Firma im Stadtverordnetenkollegium sollen nur für einen Eingemeindungsvertrag eintreten, der die Mehrheit in der Stadtverordnetenversammlung finde. Als Stadtverordneter müsse er erklären, dass er einem Verträge nur zustimmen könne, wenn nicht mehr als 9 Stadtverordnete bewilligt werden.«<sup>383</sup>*

Bei den Steuern wurde für das erste Jahr nach der Eingemeindung der bestehende Steuersatz beibehalten, der sich dann jährlich um 10 Prozentpunkte ermäßigen sollte bis zur Gleichstellung mit den Essener Sätzen.<sup>384</sup>

Ansonsten konnte Borbeck viel von seinen Vorstellungen durchsetzen:

- Die Aufwendungen für den Straßenbau wurden auf 500.000 M jährlich festgeschrieben.
- Von den Überschüssen der Essener Sparkasse, die für gemeinnützige Zwecke bestimmt waren, sollten jährlich mindestens 75.000 M für Borbeck verwandt werden.
- Essen verpflichtete sich, innerhalb von zehn Jahren »entweder drei größere Spielplätze in verschiedenen Teilen des Borbecker Bezirks oder ein Volksgarten einzurichten« und »eine Badeanstalt mit einem etwa 300 Quadratmeter

381 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 271, 20.11.1912.

382 HdEG/StA 102 I 476, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 10.12.1912.

383 HdEG/StA 114/61, Protokoll Baasel der Sitzung am 19.12.1912; Schröter, »Essen am Rhein« (wie Anm. 357), S. 74.

384 HdEG/StA FB D II 1610, Vertrag zwischen der Stadt Essen und der Gemeinde Borbeck, 10.3.1914.

großen Schwimmbassin nebst einer größeren Anzahl Brause- und Wannenbädern sowie einigen Einrichtungen für Heilbäder zu errichten, sobald der jetzige Gemeindebezirk Borbeck bei der Personenstandsaufnahme 100.000 Einwohner zählt«.

- Ferner wurde genau festgelegt, welche Straßen »mit Chaussierung, Pflasterung, Kanalisierung, Beleuchtung zu versehen« sind.
- Wichtig für die Borbecker war auch, dass die Straßenreinigung gebührenfrei blieb, die Nachtbeleuchtung und die Müllabfuhr ausgebaut, neue Straßenbahnlinien angelegt würden und dass »die landschaftlich schönen Talmulden ... möglichst als öffentliche Anlagen« erhalten blieben.

Die Aufzählung gibt den Vertragstext nicht erschöpfend wieder. Er enthielt noch zahlreiche weitere Punkte u. a. über die Übernahme der Lehrer, Beamten und Angestellten, über die Vertretung Borbecks in den städtischen Ausschüssen und Deputationen.

Am 14. Januar 1913 stand endlich die Abstimmung über den Vertrag im Borbecker Gemeinderat an. Bürgermeister Baasel befürwortete »dringend« die Annahme, »indem er wiederholt darauf hinwies, dass günstigere Bedingungen unter keinen Umständen erlangt werden könnten, dass man aber auch mit dem erzielten Erfolge zufrieden sein könne«. <sup>385</sup> Die überwältigende Mehrheit folgte ihm. Von den 85 Mitgliedern waren 81 erschienen, von denen 72 für und nur einer gegen den Vertrag stimmte – bei acht Enthaltungen. <sup>386</sup>

Ein erster Schritt auf dem Weg zur Verabschiedung eines Eingemeindungsgesetzes war getan worden, doch der Weg dorthin war noch lang. Zunächst galt es, eine Einigung mit Altenessen und Bredeney zu erzielen.

### Altenessen

Die Gemeinde Altenessen, Teil der gleichnamigen Bürgermeisterei, gehörte wie Borbeck zu den »Industriedörfern«, die während der Nordwanderung des Bergbaus schnell gewachsen waren. <sup>387</sup> 1895 zählte Altenessen bereits mehr als 20.000 Einwohner. Nicht nur wegen ihrer Größe stellte die Gemeinde am

<sup>385</sup> HdEG/StA 114/61, Nebenprotokoll über die Verhandlungen betr. Eingemeindung in der Sitzung des Gemeinderats am 14. Januar 1913.

<sup>386</sup> HdEG/StA 102 I 476, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 15.1.1913.

<sup>387</sup> Der beste Überblick bei Vonde, Revier der großen Dörfer (wie Anm. 96), S. 26–75. Siehe auch Fritz Siebrecht, Altenessen. Berlin 1915; Christoph Wilmer, Seit mehr als tausend Jahren: Altenessen macht Geschichte. Essen 1993.

4. Januar 1898 einen Antrag auf Verleihung der Stadtrechte. Die ablehnende Stellungnahme des Regierungspräsidenten vom 16. August 1898<sup>388</sup> gibt einen guten Einblick, wie die Staatsbehörden die Verhältnisse einschätzten:

*»Altenessen teilt aber das Schicksal vieler Industriegemeinden des Westens, nur ein Konglomerat von weit über das platte Land hin verstreuten Zechen, Arbeiterkolonien, einzelnen Häusern von Gruben-pp Beamten, kleinen Gewerbetreibenden, von Kirchen, Schulhäusern pp. zu bilden, ohne über bloße Ansätze zur geschlossenen Bebauung bisher hinweggekommen zu sein.«*

Der Staatsbeamte beklagte, dass lediglich eine einzige Straße gepflastert sei, die beschränkte finanzielle Leistungsfähigkeit der Gemeinde und das Fehlen eines »sesshaften Bürgerstandes«, »Hauptterritorium städtischen Lebens«. Seine Schlussfolgerung war vernichtend: Bei Altenessen handele es sich »um ein kommunales Gebilde, das ... zur Zeit aber allem anderen eher gleicht als dem, was man mit dem Begriff einer Stadt gemeinhin verbindet«.

Im Jahre 1911, als die Eingemeindung zur Diskussion stand, unternahmen die Altenessener einen zweiten Versuch, doch noch die Stadtrechte zu erlan-



Rathaus Altenessen (Fotoarchiv Ruhr Museum)

**388** Abgedruckt in: Niethammer, Umständliche Erläuterung (wie Anm. 96), Dok. 2, S. 83–87.

gen. In ihrem Antrag nahmen sie natürlich Bezug auf die Stellungnahme des Regierungspräsidenten und wollten das seinerzeit gezeichnete negative Bild widerlegen.<sup>389</sup> Ihre Behauptung, dass »in den abgelaufenen 12 Jahren eine ganz gewaltige Entwicklung auf allen Gebieten des kommunalen Lebens und der kommunalen Einrichtungen stattgefunden hat und dass sich Altenessen in allem jeder mittleren Stadt würdig zur Seite stellen kann«, versuchten sie in 18 Punkten auf 39 Druckseiten zu belegen. Neben dem Ausbau der Straßen wird besonders »die geschäftliche Tätigkeit der Gewerbetreibenden und der Behörden« betont. So biete sich »das Bild eines regen Treibens, das nirgends mehr zur Befriedigung ländlicher Bedürfnisse, sondern ausschließlich zur Erhaltung und Förderung eines städtischen *bürgerlichen* Lebens lebhaft pulsiert und insbesondere auch durch die rege Benutzung der vorhandenen doppelgleisigen Straßenbahn, durch den Verkehr der gewerblichen Fuhrwerke und Kraftfahrzeuge, durch die Regsamkeit im Groß- und Kleingewerbe, im Handwerk, sowie überhaupt durch den Gesamtstraßenverkehr, jeden Vergleich mit dem Leben und Treiben einer mittleren Stadt zulässt, ja sogar, was den Straßenverkehr auf der rund 5 Kilometer langen, die Gemeinde in der ganzen Länge durchschneidenden Hauptstraße anbelangt, großstädtischen Umfang angenommen hat«. Auch das gesellschaftliche Leben beruhe »vollständig auf städtischer Grundlage«. »Für Lawn-Tennis- und Fußballspiel, Eis- und Rudersport ist ... hinreichend gesorgt. Außerdem bestehen mehrere, unter sachverständiger Führung stehende, gut geleitete Turn- und Schützenvereine«, während Kunst und Wissenschaft in mehreren Musik- und Gesangsvereinen gepflegt werde. Zudem sei auch eine »aus Mitteln der Gemeinde unterhaltene und unentgeltlich zu benutzende Volksbibliothek« vorhanden.

Wenngleich in dem Antrag immer wieder der städtische Charakter Altenessens beschworen wurde, so war dem Vorgehen kein Erfolg beschieden. Die Regierung sprach sich abermals gegen die Erhebung der Gemeinde zur Stadt aus.<sup>390</sup>

So stellte sich die Frage, ob es nicht angesichts der »defizienten Urbanisierung« (Vonde) günstiger sei, die kommunale Selbstständigkeit aufzugeben und sich von Essen eingemeinden zu lassen. Diese Frage wurde in der Öffentlichkeit kontrovers diskutiert. Die einen waren skeptisch, »ob in der großen Verwaltung der Großstadt Essen die lokalen und persönlichen Wünsche der Bürger mit soviel Liebe und Verständnis behandelt werden können, wie das in kleineren

389 HdEG/StA 113/19, Antrag der Landgemeinde Altenessen auf Verleihung der Städteordnung, 1.6.1911.

390 Vonde, Revier der großen Dörfer (wie Anm. 96), S. 71 ff.

Verhältnissen möglich ist.«<sup>391</sup> Andere glaubten, dass die anstehenden Probleme nur im größeren Zusammenhang zu lösen seien.<sup>392</sup> Skeptisch war – in Unkenntnis der vorab gegebenen Zustimmung von Hugo Stinnes<sup>393</sup> – die Presseberichterstattung hinsichtlich der Haltung der Zechenvertreter. Man ging davon aus, dass sie die Eingemeindung nicht befürworteten, denn dadurch würde »der jetzige große Einfluss dann etwas paralysiert werden«.<sup>394</sup>

Bevor es zu offiziellen Verhandlungen kam, knüpfte der Beigeordnete Brandi erste Kontakte zum Bürgermeister Theodor Stankeit<sup>395</sup>, den er als »sehr ein-sichtsvoll« einschätzte.<sup>396</sup> Sicherlich trug zum guten Verhandlungsklima ein Aufsatz aus der Feder des Beigeordneten im Preußischen Verwaltungsblatt bei, in dem er die Verwaltungsspitze von Altenessen gelobt hatte.<sup>397</sup>

Dem Wunsch Essens, eine Verhandlungskommission zu wählen,<sup>398</sup> kam der Gemeinderat am 11. August 1911 nach,<sup>399</sup> doch die Gespräche wurden erst im Oktober aufgenommen. Die Altenessener Delegierten hatten sich zuvor geeinigt, »abwartend zu verharren« und sich zunächst nur »zuhörend zu verhalten«. Man wollte allein in Erfahrung bringen, wie das Essener Angebot lauten würde.<sup>400</sup>

Bei der Sitzung am 16. Oktober<sup>401</sup> waren die Essener bemüht, die Bedenken zu verstreuen, dass Altenessen als Außenbezirk vernachlässigt würde. Sowohl Oberbürgermeister Holle als auch die Stadtverordneten Heinemann und Bell hoben hervor, dass sich die neuen Stadtteile Rüttenscheid und Huttrop bestens entwickelt hätten. Die Stadtverordneten äußerten ihr »Gefühl, dass die jüngsten Kinder der Stadt Essen immer die verwöhntesten seien«. Es war nicht mehr als ein erster Meinungs-austausch, bei dem Bergrat Stapenhorst erklärte, »dass die Gemeinde Altenessen auf alle Fälle bei einer Eingemeindung gut abschnei-

391 HdEG/StA 113/183, Protokoll der 1. Sitzung der Altenessener Eingemeindungskommission am 13. Oktober 1911.

392 Ebd.

393 HdEG/StA 102 I 466, Stinnes an Holle, 11.3.1910. Siehe oben S. 238.

394 Essener Volks-Zeitung Nr. 41, 20.2.1911. Siehe auch Rheinisch-Westfälischer Anzeiger vom 17.2.1911.

395 Theodor Stankeit (1848–1927), 1886 bis 1915 Bürgermeister in Altenessen. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 223.

396 Brandi, Arbeitsjahre (wie Anm. 20), S. 60.

397 Paul Brandi, Altenessen, eine moderne Industriegemeinde, in: Preußisches Verwaltungsblatt 30, 1909, S. 467f.

398 HdEG/StA 113/183, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 5.7.1911.

399 HdEG/StA 102 I 466, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 12.8.1911.

400 Protokoll der 1. Sitzung der Altenessener Eingemeindungskommission am 13. Oktober 1911 (wie Anm. 391).

401 HdEG/StA 113/183, Bericht Stankeits über die am 16. Oktober stattgefundene Sitzung.

den müsse. Im übrigen machte er die Bemerkung: »Wir werden uns nicht so leicht eingemeinden lassen, wir sind kühl bis ans Herz.«

Am 12. Dezember 1911 übermittelte Bürgermeister Stankeit die Altenessener Forderungen.<sup>402</sup> Entgegen der Bitte des Oberbürgermeisters, »den Wunschzettel für das Christkindchen nicht zu groß zu machen«,<sup>403</sup> enthielt die Liste 27 Punkte. Doch nur wenige riefen größeren Widerstand bei den Essenern hervor. Es waren auch hier die Zahl der Stadtverordneten – neun oder sechs – und die Steuerzuschläge – sofortige Gleichstellung oder allmähliche Anpassung.

Obwohl der Stadtverordnete Bell, der zugleich Mitglied des Landtags war, gewarnt hatte, dass Eile geboten sei, da im Parlament die Neigung zu Eingemeindungen »sehr abgeflaut« sei,<sup>404</sup> endeten die Verhandlungen im März 1912, ohne dass man zu einer Einigung gekommen wäre. Essen wollte erst mit Borbeck zu einem Abschluss gelangen.<sup>405</sup>

Wegen der ruhenden Verhandlungen hatte – so ein Leserbrief aus Altenessen an die Essener Volks-Zeitung – »in der Gemeinde eine große Unzufriedenheit Platz gegriffen. Man sagt sich, dass der heutige Zustand auf die Dauer unhaltbar werde. Entweder solle man jetzt von der Stadt energisch verlangen, dass endlich mal vorangemacht würde, oder man solle die ganze Sache scheitern lassen. Jedenfalls ist man den jetzigen Zustand, und besonders die fortwährende Verzögerung, gründlich leid.«<sup>406</sup>

Als die Gespräche im Februar 1913 wieder aufgenommen wurden, hatte Altenessen bei der Zahl der Stadtverordneten eingelenkt.<sup>407</sup> Es beharrte aber auf der sofortigen Herabsetzung der Steuersätze, was Essen mit Rücksicht auf Borbeck nicht zugestehen wollte. Letztendlich schlossen die Parteien einen Kompromiss. Bei der Einkommenssteuer sollten die gleichen Sätze erhoben werden, hingegen bei der Gewerbe- sowie bei der Grund- und Gebäudesteuer etwas höhere, die dann alljährlich abgesenkt werden sollten. Den anderen Bedingungen wie den Ausbau der Straßen mit Investitionen von 150.000 M jährlich, den Bau einer Badeanstalt, einer Mädchenmittelschule, einer Fortbildungs- und Industrieschule, einer Turnhalle mit Jugendheim, die Erweiterung des Kaiser-Wilhelm-Parks und die Schaffung und Erhaltung von Grünanlagen hatte Essen

402 HdEG/StA 102 I 466, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 12.12.1911.

403 HdEG/StA 113/183, Bericht Stankeits über die am 16. Oktober stattgefundene Sitzung.

404 Ebd.

405 HdEG/StA 102 I 466, Bucerius an Bürgermeister, 12.6.1912.

406 Essener Volks-Zeitung Nr. 19, 19.1.1913.

407 Zitiert in *Zur Geschichte der Eingemeindungen* siehe HdEG/ StA 102 I 466 u. 113/184.





Der Kaiser-Wilhelm-Park: Kahnsteich und Tennisplatz (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

schon zuvor zugestimmt.<sup>408</sup> Dies betraf auch die Übernahme der Beamten und Angestellten, die Vertretung Altenessens in den Deputationen und die Änderung der Wasserlieferungsverträge.

Der Gemeinderat erklärte sich am 4. Juli 1913 mit dem ausgehandelten Bestimmungen einverstanden<sup>409</sup> und genehmigte den Vertragstext am 19. Dezember 1913.<sup>410</sup>

### Karnap

Zur Bürgermeisterei Altenessen gehörte auch die jenseits der Emscher gelegene Gemeinde Karnap, die 1913 etwa 7.000 Einwohner zählte. »Von ausschlaggebender Bedeutung« »für alle Gebiete des bürgerlichen und wirtschaftlichen Lebens« war die Zeche Mathias Stinnes. Sie besaß fast 70 Prozent des Gemein-

<sup>408</sup> Vonde sieht in diesen Vertragsbedingungen nur unverbindliche Empfehlungen. Vonde, Revier der großen Dörfer (wie Anm. 96), S. 74. Siehe dazu unten S. 304 f.

<sup>409</sup> HdEG/StA 102 I 466, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 15.7.1913.

<sup>410</sup> HdEG/StA 102 I 466, Auszug aus dem Protokollbuch des Gemeinderats.

degebietes, und von den 22 Mitgliedern des Gemeinderates (18 gewählte und vier Meistbeerbte) standen 12 im Dienste der Zeche.<sup>411</sup>

Als die Eingemeindung von Altenessen anstand, wurde auch diskutiert, ob Karnap miteingemeindet oder selbstständig werden sollte. Es ist bezeichnend für die bestehenden Machtverhältnisse, dass über diese Frage Holle zunächst direkt mit Hugo Stinnes korrespondierte. Strittig war im Falle einer Nichteingemeindung, ob Karnap eine Entschädigung erhielt. Während der Oberbürgermeister davon ausging, dass kein Bürgermeistereivermögen vorhanden wäre, so dass auch keine Abfindung fällig würde,<sup>412</sup> vertrat Stinnes den entgegengesetzten Standpunkt.<sup>413</sup> Wichtig war für den Unternehmer auch, dass Karnap weiterhin durch einen Ehrenbürgermeister, nämlich durch den Bergwerksdirektor Karl Hold<sup>414</sup>, geleitet werde.<sup>415</sup> Der Landrat hegte zwar »grundsätzliche Bedenken« gegen diesen Vorschlag, »da nach den gemachten Erfahrungen die Verwaltung einer Bürgermeisterei im Industriegebiet im Nebenamt keineswegs zeitgemäß ist. Die vielen Anforderungen, ... verlangen an leitender Stelle eine Person, die sich ausschließlich den Gemeindeinteressen widmen muss. Trotzdem erscheint mir die Ernennung eines Ehrenbürgermeister für Karnap zur Zeit die einzige gangbare Lösung zu sein. Für einen Berufsbürgermeister ist das Arbeitsfeld in Karnap zu klein.« Auch wenn die Sozialdemokraten gegen eine solche Lösung agitieren würden, hielt er es für vorteilhaft, wenn »die volle amtliche Verantwortung dem eigentlichen Machtinhaber in der Gemeinde aufgebürdet wäre«.<sup>416</sup>

Auch bei der Abfindung konnte Stinnes seine Vorstellungen durchsetzen. Essen, das zunächst nichts, dann 75.000 M zahlen wollte, bewilligte schließlich doch die geforderte Summe von 100.000 M.<sup>417</sup>

411 LAV NRW R RD 9812, Landrat an Regierungspräsident, 7.2.1913.

412 HdEG/StA 102 I 466, Holle an Hugo Stinnes, 10.1.1912.

413 HdEG/StA 102 I 466, Stinnes an Holle, 26.1.1912.

414 Carl Hold (1871–1946), Bergwerksdirektor, ehrenamtlicher Gemeindevorsteher und Bürgermeister in Karnap. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 98 f.

415 HdEG/StA 102 I 466, Sitzung der Eingemeindungskommission von Karnap am 17. Januar 1912.

416 LAV NRW R RD 9812, Landrat an Regierungspräsident, 7.2.1913. Auch der Bürgermeister von Altenessen bezeichnete diese Lösung als »die einzig Richtige«. LAV NRW R RD 9812, Bürgermeister an Landrat, 24.1.1913.

417 HdEG/StA 102 I 466, Bucerus an Bürgermeister Altenessen, 26.7.1913 u. 6.8.1913.

### Bredeney

Die im Süden der Stadt Essen gelegene Bürgermeisterei Bredeney geriet schon früh ins Visier der Essener Stadtväter, zum einen weil hier noch genügend unbebauter Grund und Boden für neue Siedlungen in reizvoller Lage vorhanden war, zum anderen – und dies fiel noch mehr ins Gewicht – hatten in Oberbredeney Essener Fabrikanten und Kaufleute ihre Villen gebaut. Da Bredeney auch der Wohnsitz der Familie Krupp war, wurde hier ein sehr geringer Steuerzuschlag von 110 % erhoben. Dieser stellte natürlich für weitere »wohlhabende Steuerzahler« einen »großen Anreiz« dar, nach Bredeney zu ziehen. »Es würde in sozialer Beziehung verhängnisvoll erscheinen«, ist in der Denkschrift für den Provinziallandtag zu lesen, »wenn sich in Bredeney dank seiner landschaftlich bevorzugten Lage und seiner günstigen steuerlichen Verhältnisse eine Vorstadt bildete, in der die Arbeitgeber, die höheren Beamten und der sonstige wohlhabende Teil der Bevölkerung des Industriegebiets sich zusammenfänden, während die Stadt Essen selbst mit ihrem industriellen Norden zu einer reinen Arbeiterstadt herabgemindert würde.«<sup>418</sup>

Die Begehrlichkeiten der Stadt Essen und die verdeckten Landankäufe, die die Eingemeindung vorbereiten sollten,<sup>419</sup> fasste der Stadtverordnete Justizrat Altenberg<sup>420</sup> bei der Eingemeindungsfeier von Rellinghausen in launige Verse:<sup>421</sup>

*»Wer reitet so spät durch Nacht und Wind?*

*Es ist der Landrat mit seinem Kind.*

*Er hat sein Bredeney wohl in dem Arm,*

*Er faßt es sicher, er hält es warm.*

*»Mein Kind, was birgst Du so bang Dein Gesicht?«*

*»Siehst, Vater, Du die Assindia nicht?*

*Mit der goldenen Kette den Holle auch?«*

*»Mein Kind, das ist der Kruppsche Rauch.«*

*»Willst, liebes Kind, Du nicht zu mir kommen?*

*Wirst freundlich und gerne aufgenommen.*

418 HdEG/StA 102 I 458, Provinziallandtag Drucksachen Nr. 28, Bericht und Antrag des Provinzialausschusses betr. Stellungnahme des Provinziallandtages zu den geplanten Umgemeindungen im Landkreise Essen.

419 Siehe oben S. 240 f.

420 Wilhelm Altenberg (1854–1940), Rechtsanwalt und Notar, von 1903 bis 1924 Stadtverordneter. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 4.

421 Essener Volks-Zeitung Nr. 74, 2.4.1910.

*Du liebes Kind, sei gescheit!  
Du bekommst es noch besser als Rüttenscheid.◀*

*›Mein Vater, mein Vater, und hörst Du nicht,  
Was mir Assindia leise verspricht?◀  
›Sei ruhig, bleibe ruhig, mein Kind,  
Was Du dort hörst, das ist nur der Wind!◀*

*›Willst, feines Kind, Du mit mir gehen?  
Meine Beamten sollen Dich warten schön,  
Mein Schmidt legt Dir mit geschickter Hand  
Die schönsten Straßen durch all Dein Land.◀*

*›Mein Vater, mein Vater, und siehst Du nicht dort  
Schmidt, Holle und Brandi? Jag' schnell sie fort!◀  
›Mein Sohn, du irrst, laß die Leute dort laufen!  
Das sind drei Berliner, die Land hier kaufen.◀*

*›Ich liebe Dich, mich reizt Deine schöne Gestalt;  
Und bist Du nicht willig, so brauch' ich Gewalt.◀*

*›Mein Vater, mein Vater, jetzt faßt sie mich an!  
Assindia hat mir ein Leids getan!◀  
Den Landrat grauset's, er reitet geschwind,  
Kommt glücklich zum Kreishaus mit seinem Kind,  
Dort greift er zur Zeitung – doch was steht da?  
Gartenstadt Bredeney GmbH.«*

Als die Eingemeindungspläne bekannt wurden, stießen sie auf den Widerstand von Teilen der Bredeneyer Bevölkerung. Es bildete sich ein Bürgerausschuss für die Erhaltung der Selbstständigkeit der Gemeinde, und eine erste Versammlung fand am 25. Juli 1911 statt, die knapp 100 Personen besuchten. Der Hauptredner, Korrektor Schmidt, protestierte hier gegen den Essener »Vergewaltigungsversuch«, der durch das »raffinierte« Vorgehen der Gartenstadt-Gesellschaft eingeleitet worden sei. Da die Versammlungsteilnehmer eine Steuererhöhung befürchteten, verabschiedeten sie unter der Parole »Sie sollen es nicht haben, das schöne Bredeney« eine Resolution gegen den Anschluss nach Essen.<sup>422</sup> Ihre

422 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger v. 25.7.1911; Essener Volks-Zeitung v. 25.7.1911.

Verweigerungshaltung war nachzuvollziehen, denn auch nach der Einschätzung des Landrats bedeutete die Eingemeindung »in jeder Hinsicht eine Schädigung« für die Gemeinde. Nur wegen des »großen Einflusses der Villa Hügel« werde sie eine Mehrheit im Gemeinderat finden.<sup>423</sup>

Der Bürgerausschuss blieb in der Folgezeit sehr aktiv, er organisierte weitere Versammlungen<sup>424</sup> und sammelte Unterschriften. Gefordert wurde eine allgemeine, geheime Volksabstimmung nach Frintroper Muster, da »eine zwangsmäßige Beseitigung der Selbständigkeit der Gemeinde Bredeney gegen den ausgesprochenen Willen ihrer Bürger« erfolge.<sup>425</sup>

Der Bredeneyer Bürgermeister bestritt, dass der Bürgerausschuss für die Mehrheit der Bevölkerung spräche. Diese stehe nach seiner Beobachtung der Eingemeindung »sympathischer als früher« gegenüber.<sup>426</sup>

Ungeachtet aller öffentlichen Diskussionen und Proteste verliefen die Eingemeindungsberatungen. Nachdem Krupp grünes Licht gegeben und auch der Minister des Innern am 31. Oktober 1911 seine Zustimmung erteilt hatte,<sup>427</sup> schlug Holle am 20. November dem Bürgermeister Sachsse<sup>428</sup> die Aufnahme von Verhandlungen vor,<sup>429</sup> und Bucorius übersandte am 4. Januar 1912 einen ersten Vertragsentwurf. Essen bot Bredeney drei Stadtverordnete an und wollte die Einkommen- und Grundsteuer für zehn Jahre auf 120 % festsetzen.<sup>430</sup> Doch zunächst wurden keine Verhandlungen geführt. Sie wurden erst im Juli 1913 aufgenommen, nachdem die Gespräche mit Borbeck und Altenessen beendet worden waren. Essen zeigte nun ein größeres Entgegenkommen, indem es vier Stadtverordnete anbot und die Steuersätze auf 110 % festschrieb. Ferner versprach Essen den Ausbau des Realgymnasiums zur Vollanstalt, den Ausbau des Lyzeums und den Bau eines neuen Schulgebäudes.<sup>431</sup> Den Bredeneyern genügten diese Zugeständnisse keineswegs. Sie verlangten sechs Stadtverordnete und sogar eine Herabsetzung der Einkommensteuer auf 100 %, die bis 1939 gelten sollte. Auch forderten sie:

423 HdEG/StA 102 I 457, Landrat an Regierungspräsident, 30.4.1911.

424 Essener Volks-Zeitung Nr. 277, 2.12.1911.

425 LAV NRW R RD 9811, Bürgerausschuss an Regierungspräsident, 17.3.1912.

426 HdEG/StA 102 I 477, Bürgermeister an Landrat, 26.4.1912.

427 HdEG/StA 114/60, Minister des Innern an Regierungspräsident, 31.10.1911.

428 ~~am~~ Sachsse (1882–1919), 1910 bis 1915 Bürgermeister in Bredeney. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 198; Schröter, Beigeordnete II (wie Anm. 18), S. 92.

429 HdEG/StA 102 I 479, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 20.11.1911.

430 HdEG/StA 102 I 479, Bucorius an Bürgermeister, 4.1.1912.

431 HdEG/StA 102 I 479, Bucorius an Bürgermeister, 4.7.1913.

»Der Stadtteil Essen-Bredeney soll sich zu einem Wohnviertel mit vorwiegend offener Bebauung, geräumigen Schmuckplätzen und eingestreuten Schönheitswäldern entwickeln. Die Stadt Essen muss daher vor Allem dafür Sorge tragen, dass die vorhandenen Wälder erhalten und erweitert, das Wolfsbachtal, Rutherthal und ähnliche Täler von der Bebauung ausgeschlossen bleiben und die Anlage gewerblicher Betriebe, die durch Rauch, Flugasche, Abwässer, Geruch oder Geräusche die Anwohner belästigen, verhindert wird.«<sup>432</sup>

Das Ringen um die Eingemeindungsbedingungen endete mit einem Essener Erfolg, da Bredeney seine Maximalforderungen nicht durchsetzen konnte. Es bekam fünf Stadtverordnete, die Zuschläge zur Einkommensteuer verblieben bei 110 %, gültig bis zum 31. März 1934. Auch der Passus über den Landschaftsschutz wurde abgemildert. Vertraglich vereinbart wurde nun:

»Der Bredeneyer Bezirk soll sich zu einem Wohnviertel mit vorwiegend offener Bebauung entwickeln. Die Stadt Essen muss daher bestrebt sein, die vorhandenen Wälder zu erhalten und unter Benutzung der vorhandenen Täler ... zu zusammenhängenden Grünzügen auszubilden. Die Neuanlage gewerblicher Betriebe, die durch Rauch, Flugasche, Abwässer, Geruch oder Geräusche die Anwohner belästigen, soll möglichst verhindert werden.«<sup>433</sup>

In dieser Form wurde der Vertrag am 10. März 1914 unterzeichnet.

### Das Problem Unterbredeney

Die Intentionen des Innenministeriums bei der Neuordnung des Essener Raums bestanden nicht nur darin, die Großstadt Essen zu fördern, sondern auch die Mittelstädte Steele und Werden zu stärken. Aus diesem Grunde sollten die Gemeinden Kray und Leithe nach Steele und Unterbredeney nach Werden eingemeindet werden.<sup>434</sup> Der Minister rechnete mit dem Protest der Bredeneyer Bevölkerung, weshalb er »großen Wert« darauflegte, dass die Stadt Essen und

432 HdEG/StA 102 I 479, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 4.11.1913.

433 HdEG/StA FB D II 1613, Vertrag zwischen der Stadt Essen und der Gemeinde Bredeney, 10.3.1914.

434 HdEG/StA 114/60, Minister des Innern an Regierungspräsident, 31.10.1911.

die Firma Krupp »den zu erwartenden Widerstand ... zu brechen wissen würden«. <sup>435</sup>

In Werden fanden die Berliner Vorstellungen ungeteilten Beifall, entsprachen sie doch einem lang gehegten Wunsch. Doch die Vorstöße der Stadt in den Jahren 1889 und 1901 waren stets abgelehnt worden. <sup>436</sup> Die neue Debatte nutzte der Bürgermeister Breuer, um das Werdener Anliegen nochmals vorzubringen. Er wies darauf hin, dass die Bewohner von Unterbredeney die Werdener Einrichtungen, nämlich die Krankenhäuser, Waisenhäuser, Kinderbewahranstalten, das Progymnasium, die höheren Mädchenschulen, das Schlachthaus und die Badeanstalt, besuchten. Daher sei es »nur gerecht und billig, wenn diejenigen, die sie mitbenutzen, auch zu den Lasten beitragen und persönlich an denselben interessiert werden. Das kann aber nur durch eine Eingemeindung dieses Teiles nach Werden geschehen.« <sup>437</sup>



Bürgermeister Josef Breuer  
(Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

Die Abtretung von Unterbredeney fand keine Zustimmung bei den Beratungen im Bredeneyer Gemeinderat am 1. Dezember 1911. »In ganz scharfer Weise« sprach sich die Mehrheit dagegen aus. <sup>438</sup> Auch ein Jahr später herrschte in der Eingemeindungskommission Einigkeit darüber, »dass, wenn überhaupt, nur

435 HAK FAH 4 E 35, Aktenvermerk über ein Gespräch mit dem Oberpräsidenten von Rheinbaben, 25.10.1911.

436 Siehe die Ausführungen des Bürgermeisters Breuer bei der Einführung der neuen Stadtverordneten am 27. April 1915. Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 119, 30.4.1915. – Joseph Breuer (1874–1953), 1904 bis 1929 Bürgermeister in Werden. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 32f.; Siegfried Rhein, Josef Breuer – ein großer Werdener, in: Geschichten aus der Werdener Geschichte 9, 2011, S. 42–66.

437 LAV NRW R RD 9810, Bürgermeister Werden an Landrat, 10.11.1911.

438 HdEG/StA 102 I 477, Bürgermeister an Landrat, 11.12.1911.

eine Eingemeindung des gesamten Gebietes der Gemeinde Bredeneu nach Essen in Frage kommen kann.«.<sup>439</sup>

Kurz vor den Verhandlungen beim Landrat über die Zukunft Unterbredeneus veröffentlichte die Essener Volks-Zeitung am 24. Januar 1913 einen Leserbrief, der den Werdener Standpunkt ausführlich darlegte und Stimmung für die Mittelstadt machte:

*»Gehört Unterbredeneu nach Essen? Nein! Es hängt räumlich mit Essen nicht zusammen, ebensowenig wie mit Oberbredeneu, wovon es durch den Berg getrennt ist. Es hat gar keine historischen Beziehungen zu Essen und neigt auch wirtschaftlich nicht nach Essen. Es hindert auch Essen nicht in seiner weiteren Entwicklung. Für eine Eingemeindung nach Essen lässt sich also kein einziger Grund anführen. ... Kann Unterbredeneu selbständig bleiben? Nein! ... Die Verhältnisse an der hiesigen Eisenbahn sind einfach nicht mehr haltbar, die Brücke zwischen Werden und Unterbredeneu genügt in keiner Weise mehr. Zur Besserung dieser Verhältnisse sind große Umwälzungen notwendig, welche Unterbredeneu allein niemals bewältigen kann. ... Unterbredeneu gehört zu Werden. ... Wirtschaftlich ist Unterbredeneu heute schon vollständig mit Werden verbunden. Die beiden Konfessionen sowie auch die Israeliten haben in Werden ihre Pfarren. In Krankheitsfällen gebrauchen sie die Werdener Ärzte und Krankenhäuser; Post und Reichsbank sowie Amtsgericht liegen in Werden. Die Bewohner kommen in Werden zum Wochenmarkt zum Verkauf und Einkauf. Bei Bränden erscheint die Werdener Feuerwehr. Die Kinder besuchen in Werden die höheren Knaben- und Mädchenschulen. Die Gemeinde bezieht von Werden Gas und Wasser. ... Kurz und gut, Werden und Unterbredeneu sind jetzt schon wirtschaftlich ein Ganzes und jede Änderung dieses Zustandes wäre unnatürlich.«<sup>440</sup>*

Bei den Verhandlungen im Landratsamt am 25. Januar 1913<sup>441</sup> zeigte sich Holle mit der Abtrennung von Unterbredeneu einverstanden. Strittig war aber die Grenzziehung. Der Oberbürgermeister plädierte für den Höhenrand, denn hier »habe Essen schon mehrere Millionen für Grundstücke angelegt und das größte Interesse daran, den Höhenrand zu beherrschen, um hier eine unerwünschte Besiedelung zu verhindern. Auch sei bereits ein großzügiger Besiedelungsplan ausgearbeitet, der nur zur Ausführung gelangen könne, wenn das fragliche Gebiet zu Essen geschlagen werde.«

439 HdEG/StA 102 I 479, Protokoll der Eingemeindungskommission, 16.12.1912.

440 Essener Volks-Zeitung Nr. 24, 24.1.1913.

441 HdEG/StA 102 I 457, Protokoll der Verhandlungen im Landratsamt am 25. Januar 1913.



Der Regierungspräsident, der einen Tag zuvor von Hugenberg im gleichen Sinne bearbeitet worden war,<sup>442</sup> hielt den Höhenrand ebenfalls für eine geeignete Abgrenzung, sodass der Werdener Bürgermeister auf verlorenem Posten stand und daher auch keine Einwände mehr dagegen erhob.

Während sich die Staats- und Kommunalvertreter einig waren, wurde Widerspruch in der Bevölkerung laut. Eine Bürgerversammlung am 12. Juli 1913, an der, mit Ausnahme der Gebrüder Ernst und Otto Simon, alle einflussreichen Bewohner Unterbredeneys teilnahmen,<sup>443</sup> verabschiedete eine gegen die Abtretung gerichtete Resolution:

*»Die heute versammelten 110 Bürger Unterbredeneys können in der Eingemeindung Unterbredeneys nach Werden keine Vorteile, sondern nur Nachteile erblicken. Sie erheben deshalb gegen die beabsichtigte Eingemeindung Unterbredeneys nach Werden, oder einer anderen Gemeinde außer Essen hiermit Einspruch und erklären, dass es ihr dringender Wunsch ist, nicht von Oberbredeney abgetrennt zu werden. Sie können sich, wenn eine Eingemeindung unumgänglich ist, nur mit der Eingemeindung der ganzen Gemeinde Bredeney nach Essen einverstanden erklären und würden im Zwangsfalle sich wohl mit der Bildung einer selbstständigen Gemeinde Unterbredeney, niemals aber mit der Eingemeindung nach Werden zufrieden geben.«<sup>444</sup>*

Nach den Beobachtungen des Bürgermeisters Sachsse entsprach die Eingabe der Stimmung in der Bevölkerung. »Im allgemeinen ist nach wie vor in Unterbredeney eine sehr große Neigung zur Eingemeindung nach Werden nicht vorhanden und die wirklichen Freunde einer solchen Eingemeindung sind sehr vereinzelt.«<sup>445</sup>

Doch trotz dieser massiven, von der Mehrheit getragenen Proteste liefen die Verhandlungen weiter. Einigen musste man sich nicht nur über die Vertretung im Werdener Gemeinderat und über die Steuersätze, sondern auch über eine Abfindung an Werden. Die Begründung für eine solche Zahlung lieferten die Unterbredeneyer Gemeinderatsmitglieder:

*»Die Gemeinde Bredeney erfreut sich heute dank ihrer hervorragenden Steuerkraft eines Wohlstandes, wie er nur wenigen Gemeinden der Monarchie beschieden ist. Wenn man nun diese Gemeinde teilen will, so ist es eigentlich selbstverständlich,*

442 LAV NRW R RD 9812, Hugenberg an Regierungspräsident, 23.1.1913.

443 HdEG/StA 102 I 477, Bürgermeister an Landrat, 19.7.1913.

444 HdEG/StA 102 I 479, Resolution einer Bürgerversammlung, 12.7.1913.

445 HdEG/StA 102 I 477, Bürgermeister an Landrat, 19.7.1913.

*dass beide Teile in gleichem Maße Anspruch an den Gütern derselben haben, dass man aber nicht den größeren Teil bevorzugen darf auf Kosten des schwächeren, der durch seine Vereinigung mit der Stadt Werden ohnehin einer unsicheren Zukunft entgegenseht.*«<sup>446</sup>

Über die Höhe der Abfindung gingen die Meinungen weit auseinander. Gefordert wurden von Werden 1.000.000 M in bar und 400.000 M in Grundstücken, während Essen 800.000 M anbot.<sup>447</sup> Die Kontrahenten einigten sich dann auf 900.000 M, zahlbar in mehreren Raten.<sup>448</sup> Die Abfindungssumme war von Werden »als besonderer Fonds zinsbar anzulegen« und durfte nur »für Anlagen verwandt werden, die im besonderen Interesse Unterbredeneys erforderlich sind«. Lediglich 150.000 M standen Werden für Anlagen, »die im Interesse des gesamten Stadtgebiets erforderlich« waren, zur Verfügung.

Angesichts dieser Vergünstigungen verstummten die Proteste vorübergehend. Die Unterbredeneyer fanden sich allmählich mit dem Übergang an Werden ab.

### Haarzopf

Kaum Probleme bereitete der Anschluss der Gemeinde Haarzopf, die nach der Auflösung des Landkreises Mülheim zur Bürgermeisterei Bredeneu gekommen war.

Die Stadt Essen hatte 1909, als diese Neugliederung diskutiert wurde, bereits großes Interesse an einer Eingemeindung gezeigt, da größere Investitionen im Südwesten des Stadtgebiets geplant waren. Wegen dieser Aufwendungen fand es die Stadt problematisch, »wenn das unmittelbare anschließende Gebiet der städtischen Einflussphäre entzogen ist«. <sup>449</sup> Zudem hing Haarzopf auch wirtschaftlich eng mit Essen zusammen. Hierhin verkauften die Haarzopfer Milchhändler ihre Produkte, und das angebaute Gemüse gelangte nur auf dem Essener Markt zum Verkauf. Wer nicht in der Landwirtschaft beschäftigt war, arbeitete bei Krupp oder auf den Essener Zechen.<sup>450</sup> Obwohl sich die Einwohner

446 HdEG/StA 102 I 479, Gemeinderats-Mitglieder aus Unterbredeneu an Regierungspräsident, 11.12.1913.

447 HdEG/StA 102 I 479, Protokoll der Verhandlungen am 18. November 1913.

448 HdEG/StA FB D II 1616, Vertrag zwischen der Stadt Werden und der Gemeinde Bredeneu, 10.3.1914.

449 HdEG/StA 102 I 479, Brandi an Regierungspräsident, 21.11.1909.

450 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 230, 7.10.1909.

in einer an das Ministerium gerichteten Eingabe für die Eingemeindung nach Essen ausgesprochen hatten und obwohl der Gemeinderat dieser Auffassung gefolgt war,<sup>451</sup> versagte das Ministerium die Zustimmung, sehr zur Enttäuschung des Beigeordneten Brandi, der der festen Überzeugung war, dass »dieser Beschluss dem übereinstimmenden Wunsch der gesamten Bevölkerung von Haarzopf« widerspreche.<sup>452</sup>

Vier Jahre später stand die Eingemeindung wieder auf der Tagesordnung. Die Verhandlungen verliefen ohne Kontroverse. Haarzopf bekam einen Stadtverordneten zugesprochen, die Steuerzuschläge wurden für zehn Jahre auf den bestehenden Satz von 170 % festgeschrieben.<sup>453</sup> Die Stadt verpflichtete sich ferner »eine möglichst zweckmäßige Verbindungsstraße« zu bauen und »dafür zu sorgen, dass spätestens am 1. April 1919 eine von Essen-Altstadt nach Haarzopf führende möglichst direkte Straßenbahn dem Betrieb übergeben wird«. Dem ländlichen Charakter des neuen Stadtteils war die Bestimmung geschuldet, Hunde, »die als Wachhunde verwandt werden, hundesteuerfrei zu lassen, sofern sie unausgesetzt festliegen oder in einem eingefriedigten Raume frei umherlaufen«.

Der Gemeinderat war mit dem Angebot zufrieden, dem er am 30. Dezember 1913 zustimmte.<sup>454</sup>

### Stoppenberg

Der Innenminister hatte in seiner Verfügung an den Regierungspräsidenten vom 31. Oktober 1911 als Bedingung für die Stadtvergrößerung gefordert, dass sich Essen mit dem Anschluss der gesamten Bürgermeisterei Stoppenberg einverstanden erkläre, »falls und sobald die Staatsregierung den Zeitpunkt für diese Eingemeindung gekommen erachten sollte«.<sup>455</sup>

Die Stadtspitze hatte zuvor schon Gespräche mit dem Bürgermeister Meyer und einflussreichen Bürgern geführt, um die Haltung der Bevölkerung in Erfahrung zu bringen. Doch die Nachrichten waren widersprüchlich. Während sich der Haus- und Grundbesitzer-Verein auf seiner Generalversammlung für

451 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 230 u. 231, 7. u. 8.10.1909.

452 HdEG/StA 102 I 479, Brandi an Regierungspräsident, 21.11.1909.

453 HdEG/StA FB D II 1614, Vertrag zwischen der Stadt Essen und der Gemeinde Haarzopf, 10.3.1914.

454 HdEG/StA 103 A X 1, Protokoll der Gemeinderatssitzung.

455 HdEG/StA 114/60, Minister des Innern an Regierungspräsident, 31.10.1911.

eine Eingemeindung aussprach<sup>456</sup> und Ernst Schnutenhaus berichtete, dass die Mehrheit der Einwohner den Anschluss befürwortete und nur Bürgermeister Meyer dagegen sei, »weil er nicht 14. Beigeordneter von Essen werden will«, <sup>457</sup> vermeldete just dieser, dass die Stoppenberger »nicht eingemeindungsfreudig« seien. <sup>458</sup> Unterstützung erfuhr Meyer durch den Gemeinderat, der »die Notwendigkeit oder Zweckmäßigkeit einer Vereinigung der Gemeinde mit der Stadt Essen nicht anerkennen« wollte. »Die Gemeinde ist in steuerlicher Beziehung durchaus lebensfähig« und erfülle alle »Anforderungen, die man billigerweise an ein Gemeinwesen von etwa 45.000 Seelen zu stellen berechtigt ist«. <sup>459</sup>

Die Eingemeindungspläne wurden von allen Seiten nicht ernsthaft weiter verfolgt. Der Regierungspräsident empfand es angesichts der Bedenken im preußischen Abgeordnetenhaus gegen zu große Städte als klug, den Bogen nicht zu überspannen und daher auf die Einverleibung von Stoppenberg, Katernberg und Frillendorf zu verzichten. <sup>460</sup> Aber auch die Stadt zeigte kein Interesse an der Eingemeindung Stoppenbergs, da die Aufwendungen für Borbeck und Altenessen als so hoch angesehen wurden, dass sich Essen nicht noch mit einer weiteren Industriegemeinde belasten wollte. <sup>461</sup> So wurde die weitere Ausdehnung der Stadt verschoben, aber, wie wir wissen, nicht aufgehoben.

### Der Landkreis

Nachdem die Verträge mit Borbeck, Altenessen, Bredeney und Haarzopf unter Dach und Fach und auch die Spezialfälle Karnap und Unterbredeney gelöst waren, galt es nun die Verhandlungen mit dem Landkreis zum Abschluss zu bringen.

Der Landrat von Eynern, der die Eingemeindung zuletzt befürwortet hatte, forderte aber für den Verlust der Steuereinnahmen einen gerechten Ausgleich, zumal die Lage der beim Kreis verbleibenden Gemeinden »wenig günstig« sei. <sup>462</sup> »Die Tuchindustrie in den Städten Kettwig und Werden scheint einem merkbaren Niedergang entgegenzugehen. Die alte Firma Wiese in Werden ist bereits erloschen und die große Firma Forstmann & Huffmann kämpft mit Schwierig-

456 General-Anzeiger v. 19.7.1911.

457 HdEG/StA 102 I 497, Ernst Schnutenhaus an Holle, 30.10.1911.

458 HdEG/StA 102 I 497, Bürgermeister Meyer an Holle, 10.6.1911.

459 Siehe Essener Volks-Zeitung Nr. 174, 2.8.1911.

460 Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 38.

461 HdEG/StA 102 I 457, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 24.2.1914.

462 HdEG/StA 102 I 455, Landrat an Oberbürgermeister, 14.5.1913.

keiten. ... Mit großer Besorgnis aber muss man der zukünftigen Entwicklung der Magerkohlenzechen in den südlichen Gemeinden des Landkreises entgegensehen.« Die von ihm vorgeschlagene Abfindungssumme von 2.000.000 M bezeichnete er »als durchaus mäßig«. »Wollte man unter diesen Betrag herabgehen, so würde man m. E. den berechtigten Interessen der südlichen Gemeinden nicht gerecht werden und sich dem Vorwurf aussetzen, die unbedingt erforderliche Vorsorge für die Zukunft außer Acht gelassen zu haben.«

Oberbürgermeister Holle war sich mit Hugenberg, dem er die Forderung zur Kenntnis gegeben hatte,<sup>463</sup> einig, »dass der Inhalt natürlich nicht die Grundlage ernsthafter Verhandlungen bilden kann«,<sup>464</sup> und wies die Entschädigungssumme als nicht berechtigt zurück.<sup>465</sup> Auch die Drohung des Landrates »Ich wüsste nicht, wie die Mitglieder des Kreistages aus den südlichen Gemeinden es sollten verantworten können, einem Eingemeindungsvertrag zuzustimmen, welcher ihren Gemeinden lediglich das erhält, was sie besitzen, aber jegliche Fürsorge für die Zukunft vermissen lässt.«<sup>466</sup> konnte Holle nicht umstimmen.

Angesichts der verhärteten Positionen schaltete sich der Regierungspräsident ein, um einen Vermittlungsvorschlag zu unterbreiten. Der Landkreis sollte Aktien der Rheinisch-Westfälischen Elektrizitäts AG (RWE) im Nominalwert von 1.000.000 M erhalten. Da das Unternehmen eine Dividende von acht Prozent zahlte, entsprach dies nach Auffassung des Regierungspräsidenten etwa der geforderten Abfindung von 2.000.000 M.<sup>467</sup> Von Eynern stellte das Angebot nicht zufrieden, da die Höhe der Dividende in der Zukunft nicht vorauszusehen sei. Aus diesem Grunde forderte er entweder 1.250.000 M in Aktien oder 1.000.000 M in Aktien plus 400.000 M in bar.<sup>468</sup>

Obwohl Holle beteuert hatte, dass eine Abfindung von 1.000.000 M »das Äußerste« sei, auf das er eingehen könne,<sup>469</sup> so erhöhte er dennoch sein Angebot. »In der Abfindungsfrage habe ich mir schweren Herzens außer der 1 Mill M Aktien, welche sie als Vergleichsquantum vorgeschlagen hatten, auch weitere

463 HdEG/StA 102 I 455, Oberbürgermeister an Hugenberg, 27.5.1913.

464 HdEG/StA 102 I 455, Hugenberg an Holle, 12.6.1913.

465 HdEG/StA 102 I 455, Oberbürgermeister an Landrat, 10.7.1913. Dieser Auffassung war auch der Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 53, 21.1.1914.

466 HdEG/StA 102 I 455, Landrat an Oberbürgermeister, 30.7.1913.

467 HdEG/StA 102 I 457, Protokoll der Verhandlungen beim Regierungspräsidenten am 18. Dezember 1913; HdEG/StA 102 I 455, Landrat an Oberbürgermeister, 27.12.1913.

468 HdEG/StA 102 I 455, Landrat an Oberbürgermeister, 27.12.1913.

469 HdEG/StA 102 I 455, Protokoll von Eynern über die Verhandlungen mit Holle und Buce-rius am 2. Januar 1914.

100.000 RWE-Aktien vom Herzen reißen müssen«, schrieb er dem Regierungspräsidenten.<sup>470</sup>

Auf dieser Basis wurde der Vertragstext aufgesetzt, der am 21. Februar 1914 im Kreistag behandelt wurde. Um vor unerfreulichen Überraschungen gefeit zu sein, hatte die Stadt einige Kreistagsabgeordnete in ihrem Sinne selbst bearbeitet oder durch ihr wohlgesonnene Persönlichkeiten wie den Bergwerksdirektor Wüstenhöfer bearbeiten lassen.<sup>471</sup>

Bei der Beratung betonte der Landrat nochmals, dass die Eingemeindungen für die zukünftige Entwicklung der Stadt Essen notwendig seien, weshalb er sie befürwortete. Dennoch sei die Vorlage »die wichtigste und folgenschwerste, über welche der Kreistag überhaupt bisher zu beschließen gehabt hat«, denn es sei wohl allen Beteiligten bewusst, dass es wenig wahrscheinlich sei, dass der Restkreis eine lange Lebensdauer haben würde. Dennoch segnete der Kreistag mit 42 zu 10 Stimmen den Vertrag ab.<sup>472</sup>

### Die Abschlussverhandlungen

Über den Vollzug der Eingemeindungen hatten nicht die lokalen Instanzen zu entscheiden, sondern der preußische Landtag. Doch auf den Weg dorthin waren noch einige Steine zu beseitigen.

Als die Abmachung mit Bredeney mit ihren niedrigen Steuersätzen bekannt wurde, war die Verärgerung in Altenessen und Borbeck gewaltig. Doch während sich in Altenessen die Empörung nur in Leserbriefen Luft machte,<sup>473</sup> war der Unmut in Borbeck noch viel größer, weil Altenessen die den Borbeckern versagte Steuergleichheit gewährt worden war. Der Gemeinderat verlangte daher am 16. Januar 1914 Nachverhandlungen. Erreicht werden sollte die sofortige Absenkung der Steuerzuschläge auf das Essener Niveau und eine Erhöhung der Zahl der Stadtverordneten von neun auf zehn.<sup>474</sup> Entsprechend forderte der Bürgermeister neue Verhandlungen.<sup>475</sup>

Das Essener Stadtparlament beriet am 31. Januar 1914 in einer lebhaften mehrstündigen Debatte alle Eingemeindungsverträge, die einstimmig geneh-

470 HdEG/StA 102 I 455, Oberbürgermeister an Regierungspräsident, 15.1.1914.

471 HdEG/StA 102 I 459, Stadt Essen an Wüstenhöfer, 31.12.1913 u. Wüstenhöfer an Bucerius, 2.1.1914.

472 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger v. 22.2.1914.

473 Essener Volks-Zeitung v. 9.1.1914 u. 19.1.1914.

474 HdEG/StA 102 I 476, Protokoll über die Sitzung des Gemeinderats am 16. Januar 1914.

475 HdEG/StA 102 I 476, Bürgermeister an Oberbürgermeister, 19.1.1914.

mit wurden. Das Ansinnen von Borbeck wurde allerdings abgelehnt, da man ansonsten alle Abmachungen hätte neu verhandeln müssen. Aber der Stadtrat kam den Borbeckern insofern entgegen, als er beschloss, bei der nächsten Haushaltsaufstellung nach erfolgter Eingemeindung zu prüfen, ob eine schnelle Angleichung der Steuersätze möglich wäre.<sup>476</sup>

Mit dieser Vertröstung auf die Zukunft wollte sich Borbeck nicht abfinden. Eine zum 8. Februar einberufene Volksversammlung im großen Saale des katholischen Vereinshauses verabschiedete eine Resolution, in der die Staatsregierung und der preußische Landtag gebeten wurden, dem Eingemeindungsgesetz »nur dann die Zustimmung geben zu wollen, wenn die berechtigten Forderungen Borbecks ... seitens der Stadt Essen vertragsmäßig festgelegt sind.«<sup>477</sup>

Die Essener Volks-Zeitung heizte die Stimmung weiterhin auf. In einem Kommentar warf man der Stadt Versagen vor: »Es kann nicht wohl geleugnet werden, dass bei der Behandlung der Eingemeindungsfrage die geschickte Hand gefehlt hat.« Die Angelegenheit sei »in ihren Anfangsstadien mehr politisch als wirtschaftlich« behandelt worden. Auch habe das Essener Stadtverordneten-Kollegium »die Großzügigkeit vermissen lassen«. »Borbeck war vor einigen Jahren billiger zu haben, ... aber aus politischen Erwägungen wurde die Erledigung des Projektes auf die lange Bank geschoben.« Für den Kommentator stand fest,

*»dass wegen der Kanal- und Hafenfrage die Eingemeindung von Borbeck und Altenessen von viel höherem Werte ist, als die Angliederung Bredeneys. Von diesem Gesichtspunkte nehmen wir auch keinen Anstand, es klipp und klar auszusprechen, dass die städtische Grundstückspolitik in Bredeney, weil sie zu einer Vernachlässigung der Kanal- und Hafenfrage geführt hat, eine durchaus verfehlte gewesen ist. Erst Luft und Raum für die Industrie und dann die Herstellung von Villenvierteln, an der im Gebiete der Großstadt Essen außerdem kein Mangel ist. Die Hafenfrage brennt Essen auf den Fußzehen und deshalb ist es eine geradezu unbegreifliche Kurzsichtigkeit sich wegen eines einzigen Stadtverordneten mehr oder weniger herumzustreiten. In den parlamentarischen Körperschaften wird man sich über eine derartige Schöppenstädterei köstlich amüsieren und möglicherweise zu der Meinung gelangen, dass eine ›Großstadt‹, die eine Frage von allergrößter Bedeutung für ihre wirtschaftliche Entwicklung abhängig von so kleinlichen Erwägungen macht, gar*

476 HdEG/StA 102 I 476, Bucerus an Baasel, 2.2.1914; Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 32, 1.2.1914; Arbeiter-Zeitung v. 2.2.1914.

477 Essener Volks-Zeitung v. 9.2.1914. Siehe auch Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 40, 9.2.1914 u. General-Anzeiger Nr. 40, 9.2.1914.

*nicht befähigt sei, ein um 150.000 Einwohner vermehrtes Gemeinwesen nutzbringend zu leiten und schlankweg die Eingemeindung ablehnen.*<sup>478</sup>

Holle war über dieses Störfeuer sehr verärgert, denn – wie die Arbeiter-Zeitung schrieb: »Bekanntlich lauern Konservative und Teile des Zentrums nur darauf, einen Grund zur Ablehnung von Eingemeindungsgesetzen zu finden.«<sup>479</sup> Neue Verhandlungen wollte er auf keinen Fall aufnehmen, weil damit die Eingemeindungen erneut verschoben würden. Auch seien die Borbecker Forderungen nicht zu rechtfertigen, da die Stadt doch schon die größten Konzessionen gemacht habe.<sup>480</sup> Rückendeckung erhielt der Oberbürgermeister durch die Essener Stadtverordnetenversammlung, die das Ansinnen Borbecks einstimmig zurückwies.<sup>481</sup>

In dieser verfahrenen Situation bat die Borbecker Seite den Essener Reichstagsabgeordneten Giesberts<sup>482</sup> um Vermittlung.<sup>483</sup> Bei Beratungen am 20. April 1914 sagte die Stadt verbindlich zu, dass die Finanzdeputation ein steuerliches Entgegenkommen prüfen werde. Als Gegenleistung musste aber die Resolution zurückgezogen und die gesamten Unterschriftenlisten vernichtet werden. Der Borbecker Gemeinderat hatte nochmals den Anschluss einstimmig zu befürworten, und die Delegierten, die nach Berlin geschickt werden sollten, hatte nun für die Eingemeindung zu werben.<sup>484</sup>

Die Abmachung setzten beide Parteien zügig um. Am 24. April beschloss die Finanzdeputation, dass Borbeck im zweiten Haushaltsjahr nur noch fünf Prozentpunkte mehr zahlen sollte. Vielleicht könne sogar eine Angleichung erfolgen.<sup>485</sup> Der Borbecker Gemeinderat wiederum verabschiedete am 8. Mai die gewünschte Sympathieerklärung, die der Bürgermeister an den Landrat weiterreichte mit der ausdrücklichen Bitte, die höheren Behörden davon zu unterrichten.<sup>486</sup>

478 Essener Volks-Zeitung Nr. 19, 19.1.1914.

479 Arbeiter-Zeitung v. 2.2.1914.

480 HdEG/StA 102 I 476, Oberbürgermeister an Bürgermeister, 12.2.1914.

481 Arbeiter-Zeitung Nr. 49, 27.2.1914.

482 Johannes Giesberts (1865–1938), 1905 bis 1919 Mitglied des Reichstages, 1906 bis 1918 Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Biographische Angaben: NDB 6, S. 375f.; Nicolas Peter Schreiber, Vom Arbeiter zum Reichsminister: Johann Giesberts (1865–1938). Geldern 2011.

483 HdEG/StA 102 I 476, Giesberts an Holle, 10.3.1914.

484 HdEG/StA 102 I 476, Protokoll der Verhandlungen am 20. April 1914.

485 HdEG/StA 102 I 476, Beschluss der Finanzdeputation, 24.4.1914.

486 HdEG/StA 102 I 476, Bürgermeister an Landrat, 9.5.1914.



Kaum war das eine Störfener eingestellt, begann ein zweites. Der Bürgerverein Unterbredeney schrieb am 27. April 1914 an das Abgeordnetenhaus in Berlin und protestierte auf diese Weise gegen die Aufteilung Bredeneys. »Die Bürger Bredeneys empfinden die Eingemeindung als einen Gewaltakt, schon aus dem Grunde, weil sie bis zur Beschlussfassung im Gemeinderat ganz im Geheimen betrieben ist, d. h. ohne die Bürger auch nur im geringsten zu informieren. Ja, sogar die Gemeindeverordneten sind nicht über den Gang der Kommissionsverhandlungen informiert worden. Erst als der Vertrag fertig war, sind die Gemeindeverordneten zur Abstimmung über die Annahme des Vertrages zusammenberufen worden.« Besonders scharf wurde die Abtretung Unterbredeneys an Werden kritisiert, weil die Stadt »sich in den letzten Jahrzehnten nicht nennenswert entwickelt [hat] und ... zweifellos auch Unterbredeney in dieses stagnierende Entwicklungsverhältnis hineinziehen [wird]«. <sup>487</sup>

Der Bürgerverein erweckte den Anschein, als spräche er im Namen der Unterbredeneyer, denn der Eingabe war eine Unterschriftenliste beigefügt. Diese war aber älteren Datums und entsprach daher nicht mehr der Einstellung der Einwohner. Die überwiegende Mehrheit der Unterzeichner distanzierte sich auch wenig später schriftlich von der Resolution. <sup>488</sup>

In den Augen Holles war das Vorgehen des Bürgervereins »eine Irreführung und Täuschung der öffentlichen Meinung«, weshalb er Sanktionen gegen die Initiatoren forderte. Da der Vereinsvorsitzende Richter Bergamtssekretär war, intervenierte der Oberbürgermeister beim Berghauptmann: »Ich glaube, dass es mit dem Ansehen eines staatlichen Beamten nicht vereinbart ist, eine derartig irreführende und auf Täuschung berechnete Verwendung des Materials zu benutzen, um eine Vorlage der Staatsregierung zu durchkreuzen.« In den Augen des Oberbürgermeisters hatte sich Richter »ein[es] Missbrauch[s] schwerer Art« schuldig gemacht. »Da die Stadt Essen ein begreifliches Interesse daran hat, nicht durch derartige Quertreibereien eine dem Gemeinwohl im weitesten Umfange dienende Vorlage verzögert zu sehen, würde ich Euer Hochwohlgebornen besonders dankbar sein, wenn gegen diese mit der Beamtenstellung unvereinbare Betätigung des p. Richter disziplinarisch eingeschritten werden könnte.« <sup>489</sup>

487 HdEG/StA 102 I 479, Bürgerverein Unterbredeney an das Abgeordnetenhaus Berlin, 27.4.1914.

488 HdEG/StA 102 I 479, Resolution vom 9. Mai 1914.

489 HdEG/StA 102 I 479, Holle an Berghauptmann Liebrecht, 11.5.1914. Das Schreiben ist nicht abgesandt worden, da Holle den Berghauptmann am 11. Mai persönlich unterrichtet hatte. Siehe HdEG/StA 102 I 479, Vermerk, o. D. – Auch der Bredeneyer Bürgermeister

Entgegen der scharfen Reaktion des Oberbürgermeisters ist festzuhalten, dass die Unterbredeaneyer Petition keinen Einfluss auf die Beratungen in Berlin hatte.

Alle Beteiligten hatten gehofft, dass die Eingemeindungen zum 1. April 1914 vollzogen werden könnten.<sup>490</sup> Doch wegen der späten Unterzeichnung der Verträge am 10. März 1914 erwies sich dieser Termin als illusorisch.

Da der Oberbürgermeister an einem möglichst schnellen Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens interessiert war, bat er die beiden Essener Landtagsabgeordneten Bell und Hirsch<sup>491</sup>, beim Minister des Innern zu intervenieren.<sup>492</sup> Auch Gustav Krupp schaltete sich ebenso wie seine Direktoren ein, um die Angelegenheit zu beschleunigen.<sup>493</sup> Der Regierungspräsident wies, um die Beratungen voranzubringen, auf die nachteiligen Folgen in Bezug auf den Hafenaufbau hin:

*»Die Nachfrage nach Hafengelände ist namentlich in der letzten Zeit eine außerordentlich dringende geworden. Leider hat die Stadt Essen die Erfahrung machen müssen, dass infolge der bedauerlichen Verzögerung der Eingemeindung bereits sehr leistungsfähige Betriebe nach benachbarten Häfen ausgewandert sind. ... Die Stadt kann jedoch erst nach endgültiger Vollziehung der Eingemeindung dem Hafenaufbau näher treten. Nachdem die Eingemeindung durch alle beteiligten Gemeindeinstanzen genehmigt worden ist, macht sich auch die Grundstücksspekulation bemerkbar, welche den Hafenaufbauten immerhin noch sehr hinderlich in den Weg treten kann, falls die Stadt nicht baldigst mit ihren Plänen hervortreten kann.«<sup>494</sup>*

sprach von »einer bewussten Irreführung des Abgeordneten-Hauses«. HdEG/StA 102 I 478, Bürgermeister an Landrat, 12.5.1914.

490 Siehe Essener Volks-Zeitung Nr. 18, 18.1.1914.

491 Wilhelm Hirsch (1861–1918), Syndikus der Handelskammer, von 1901 bis 1918 Stadtverordneter und Mitglied des Preußischen Abgeordnetenhauses. Biographische Angaben: Dickhoff, Essener Köpfe (wie Anm. 8), S. 94; Barbara Gerstein/Ulrich S. Soénius, Kurzbiographien aller rheinisch-westfälischen Handelskammersekretäre und -Syndici, in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien 15: Rheinische und Westfälische Handelskammersekretäre und -Syndici vom 18. bis zum Anfang des 20. Jahrhunderts. Münster 1994, S. 377–528, hier S. 432–435.

492 HdEG/StA 102 I 457, Aktennotiz Holle über eine Besprechung mit Bell und Hirsch am 20.4.1914.

493 HdEG/StA 102 I 457, Aktennotiz Holle über eine Besprechung mit Gustav Krupp am 20.2.1914.

494 Regierungspräsident an Minister des Innern, 12.3.1914. Zit. nach Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 41.

Trotz der vielen Fürsprecher war der Oberpräsident skeptisch angesichts der vielen zu behandelnden Eingemeindungen in einer Session, was den Widerstand der Agrar-Konservativen hervorrufen werde.<sup>495</sup> Wenngleich diese aus ihrer »unüberwindlichen Abneigung gegen die großen Städte« keinen Hehl machten,<sup>496</sup> so war ihnen doch bewusst, so die Einschätzung von Graf Spee, dass sie die Eingemeindung in Essen nicht verhindern könnten, falls sie von Krupp »mit Erfolg verfolgt« werde.<sup>497</sup>

Angesichts der zahlreichen Sondierungsgespräche war Bell im Mai 1914 voller Optimismus. Nachdem die Kölner Eingemeindung »überraschend glatt erledigt« worden war, ging er davon aus, dass die Essener Vorlage noch im gleichen Monat eingebracht werde.<sup>498</sup> Er irrte. Am 15. Mai informierte von Eynern, der inzwischen ins Ministerium nach Berlin gewechselt war, den Oberbürgermeister, dass die Vorlage im Finanzministerium festgehalten werde. Dieses wolle wissen, wie hoch die Kosten für die Verstaatlichung der Polizei in Bredeney und Haarzopf seien. Es war einer »der üblichen Ressortkämpfe«, so von Eynern, unter dem Essen zu leiden hatte, was aber dazu führte, dass die Vorlage nicht mehr dem Landtag zugeleitet wurde.<sup>499</sup> Der Minister teilte aber dem Regierungspräsidenten mit, dass »nunmehr beabsichtigt [sei], den Gesetzentwurf sofort beim Wiederzusammentritt des Landtags im Herbst dieses Jahres zur Vorlage zu bringen«. <sup>500</sup>

Wenngleich der Entwurf, wie vorgesehen, durch Allerhöchste Ermächtigung vom 26. Mai 1914 dem Landtag zugegangen war,<sup>501</sup> so verhinderte der Ausbruch des Krieges seine Beratung. Die erneute Verzögerung brachte enorme Schwierigkeiten mit sich, denn wenn das Verfahren bis zum 1. April 1915 keinen Abschluss fand, dann waren alle ausgehandelten Verträge hinfällig, und

495 HdEG/StA 102 I 457, Aktennotiz Holle über eine Besprechung mit dem Oberpräsidenten am 19.2.1914, o. D.

496 Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 242, 26.2.1914.

497 Siehe HAK WA 149/792, Graf Brockdorff an den Krupp-Direktor Vielhaber, 21.4.1914: »Herr Graf Spee persönlich steht derartigen Eingemeindungswünschen ziemlich schroff ablehnend gegenüber und würde vorkommenden Falls auch in der Ihre Firma betreffenden Eingemeindungsfrage einen ablehnenden Standpunkt einnehmen. Er ist jedoch der festen Überzeugung, dass diese seine Haltung einen praktischen Effekt nicht hat; vielmehr wird seiner Meinung nach die Eingemeindung von Hülgel, falls sie mit Energie verfolgt wird ..., durch die ablehnende Haltung einer konservativen Mehrheit im Abgeordnetenhaus niemals zu Fall gebracht werden können.«

498 HdEG/StA 102 I 457, Bell an Oberbürgermeister, 5.5.1914.

499 HdEG/StA 102 I 457, von Eynern an Oberbürgermeister, 15.5.1914.

500 LAV NRW R RD 9815, Minister des Innern an Regierungspräsident, 30.5.1914.

501 Siehe HdEG/StA 102 I 458, Holle an Bell und Hirsch, 21.1.1915; Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 42.

es mussten neue Verhandlungen beginnen. Doch »ob das Werk von Neuem errichtet werden kann«, erschien dem Oberbürgermeister »in hohem Maße zweifelhaft«. <sup>502</sup> Daher setzte er alle Hebel in Bewegung, um ans Ziel zu kommen.

Unterstützung erfuhr Holle durch den Landrat <sup>503</sup> und vor allem durch Gustav Krupp. Dieser nutzte seine ausgezeichneten Kontakte in Berlin, um die Eingemeindung zum Erfolg zu führen. <sup>504</sup> Vom Minister des Innern hatte Krupp durch die Vermittlung des Regierungspräsidenten erfahren, dass besonders ein »Hinweis auf ein militärisches Interesse für die Eingemeindungsvorlage von entscheidender Bedeutung« sein könne. <sup>505</sup> Diesen Tipp griffen der Oberbürgermeister und Krupp dankbar auf. So schrieb das Unternehmen an das Generalkommando in Münster: <sup>506</sup> »Die schleunige Genehmigung der Eingemeindung von Borbeck (nebst Altenessen und Bredeney) ist auf die Leistungsfähigkeit der Firma Krupp während des Krieges aus dem Grunde von Einfluss, weil die zu Kriegszwecken erforderlichen ferneren Betriebserweiterungen durch die Eingemeindung bedingt sind.« Es beklagte, dass »durch die unter dem Zwange der Verhältnisse vorgenommenen Neu- und Umbauten in dem bisherigen Fabrikgelände Raumverhältnisse entstanden [sind], die für eine längere Kriegszeit nicht erträglich sind und die Gefahr in sich tragen, dass sich bei entstehenden Störungen mangels der erforderlichen Reserve-Werkstätten ernste Nachteile für die Landesverteidigung ergeben.« Freies Gelände gebe es aber in Borbeck, weshalb Krupp das Generalkommando um Unterstützung bei der Eingemeindung bat.

Die Firma wiederholte das Argument bei jeder passenden Gelegenheit, <sup>507</sup> und auch Holle versäumte es nicht, immer wieder die Kriegswichtigkeit der

502 HdEG/StA 102 I 458, Holle an Bell und Hirsch, 21.1.1915.

503 LAV NRW R RD 9815, Landrat an Regierungspräsident, 27.11.1914.

504 Siehe HdEG/StA 102 I 458, Gustav Krupp an Holle, 13.1.1915, Aktennotiz Holle über eine Besprechung mit Gustav Krupp am 25.1.1915.

505 HAK FAH 4 E 35, Regierungspräsident an Gustav Krupp von Bohlen und Halbach, 11.1.1915.

506 HdEG/StA 102 I 458, Krupp an das Generalkommando in Münster, Jan. 1915.

507 ebd. Der Regierungspräsident schrieb Krupp: »Soviel kann ich aber sagen, dass durch die Anforderungen der Heeres- und Marine-Verwaltung in Bezug auf Kriegslieferungen, die alle früher getroffenen Vorbereitungen infolge ihres die Berechnungen um das Mehrfache übersteigenden Umfanges über den Haufen geworfen haben, es nötig gewesen ist, einerseits Friedensmaterial-Werkstätten in größtem Umfange für die Herstellung von Kriegsmaterial einzurichten, andererseits in die ohnehin beschränkten und dicht bebauten alten Fabrikgebiete Neuanlagen hineinzubauen, die bei zur Verfügung stehenden besseren Raumverhältnissen auf ein anderes freies Gelände hätten gelegt werden müssen.« Wegen der Verzögerung der Eingemeindung könne aber das Gelände im Nor-

Eingemeindungen hervorzuheben. »Die Firma Krupp«, schrieb er z.B. dem Präsidenten des Abgeordnetenhauses, Graf von Schwerin-Löwitz<sup>508</sup>, »legt auf sofortige Inanspruchnahme des neuen Geländes größten Wert. Wenn auch alle kommunalen und wirtschaftlichen Erwägungen vielleicht noch nicht dazu führen würden, diese Eingemeindung in jetziger schwerer Kriegszeit zu verhandeln, so glaube ich doch, dass umsomehr gerade jetzt die Krupp'schen Interessen eine sofortige Erledigung im Interesse der Heeresrüstungen gebieten.«<sup>509</sup>

Mehrfach reiste Holle im Januar nach Berlin, um dort die Führer der Konservativen von der Essener Angelegenheit zu überzeugen. Auch bei diesen Gesprächen betonte er die militärische Notwendigkeit der Stadterweiterung.<sup>510</sup> Am 11. Februar konnte Hirsch dem Oberbürgermeister die erfreuliche Nachricht übermitteln, dass Ernst von Heydebrand und der Lasa<sup>511</sup>, der Vorsitzende der deutschkonservativen Fraktion im Landtag, entschlossen sei, »die Sache zu machen, und zwar als Ganzes, ohne Kommission und Gerede im Plenum«.<sup>512</sup> Zuvor wollte von Heydebrand und der Lasa zusammen mit dem Landtagsabgeordneten Georg von Buch nach Essen kommen. Sie besichtigten am 18. und 19. Februar das Eingemeindungsgebiet und die Kruppsche Fabrik, um sich letztlich davon überzeugen zu lassen, dass die Eingemeindung »zweckmäßig« sei und »der größten Beschleunigung« bedürfe.<sup>513</sup>

Es war sicherlich der massiven Unterstützung durch Krupp zu verdanken, dass das Eingemeindungsgesetz ohne Vorberatung in einer Kommission verabschiedet wurde. Der Minister des Innern ergriff in der Sitzung des Herrenhauses am 15. März sogar persönlich das Wort, was – so der Rheinisch-Westfälische

den noch nicht genutzt werden. »Hieraus ergibt sich das dringende Bedürfnis, die Eingemeindungs-Angelegenheit endlich zum Abschluss zu bringen und dadurch die Inbennutzungnahme der neuerworbenen Gebiete zu ermöglichen.« HAK FAH 4 E 35, Krupp an Regierungspräsident, 13.1.1915. Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 42 f. Siehe auch HAK WA 149/792, Hugenberg an Freund (Ministerium des Innern), 27.1.1915; HAK FAH 4 E 35, Gustav Krupp an Oberpräsident, 20.2.1915 u. Gustav Krupp an Regierungspräsident, 20.2.1915.

**508** Hans Graf Schwerin-Löwitz (1847–1918), deutschkonservativer Politiker, 1912 bis 1918 Präsident des Preußischen Abgeordnetenhauses. Biographische Angaben: NDB 24, S. 76 f.

**509** HdEG/StA 102 I 458, Holle an Graf von Schwerin-Löwitz, 26.1.1915. Siehe auch HdEG/StA 102 I 458, Holle an Hirsch und Bell, 21.1.1915.

**510** HdEG/StA 102 I 458, Aktennotizen, o. D.

**511** Ernst von Heydebrand und der Lasa (1851–1924), 1906 bis 1918 Vorsitzender der deutschkonservativen Fraktion im Preußischen Abgeordnetenhaus. Biographische Angaben: NDB 9, S. 66 f.

**512** HdEG/StA 102 I 458, Hirsch an Oberbürgermeister, 11.2.1915.

**513** HdEG/StA 102 I 458, Oberbürgermeister an Hirsch, 20.2.1915. Siehe auch HAK FAH 4 E 35, Gustav Krupp an Regierungspräsident, 20.2.1915.

Anzeiger – »eine Art von Sensation« darstellte, und begründete die Dringlichkeit und Bedeutung der Eingemeindung. Zugleich wies er darauf hin, dass mit der »überschnellen Erledigung kein Präjudizfall geschaffen werden« sollte. Zu einer Debatte kam es nicht, sondern die Abgeordneten stimmten dem Gesetz ohne Aussprache zu.<sup>514</sup>

Ein jahrelanger Kampf hatte ein glückliches Ende gefunden, was von der Presse euphorisch gefeiert wurde. »Selbst der Krieg, der anderswo hemmend und lähmend wirkt, hat hier, in der Waffenschmiede des Deutschen Reiches, die Aufwärtsbewegung nicht unterbinden können«, verkündete der Rheinisch-Westfälische Anzeiger.<sup>515</sup>

Spontan beglückwünschte der Bochumer Landrat Karl Gerstein<sup>516</sup> seinen Freund Holle: »Es wird Dein größtes und schönstes Werk bleiben und Deinen Namen für alle Zeit mit der Großstadt Essen verbinden.«<sup>517</sup> Auch der Regierungspräsident lobte den Oberbürgermeister in höchsten Tönen:

*»Mit dem heutigen Tage tritt das Gesetz wegen Erweiterung des Stadtkreises Essen in Kraft. Es ist damit ein Ziel erreicht, das von der Stadtgemeinde Essen in Gemeinschaft mit der Firma Friedr. Krupp seit Jahren mit Umsicht und Entschlossenheit verfolgt worden ist. Dass alle Beteiligten von der inneren Notwendigkeit dieses Planes und der gerechten Abwägung seiner Einzelheiten sich überzeugt haben, ist in erster Linie das Verdienst Euerer Hochwohlgeboren und der Ihrer Führung vertrauenden und dabei doch selbständig mitwirkenden Stadtverordnetenversammlung. ... Möge der heutige Tag, der in die Karwoche dieses Kriegsjahres fällt, für die Stadt Essen der Ausgangspunkt zu weiterer Entwicklung werden. Möge ihn in späteren Jahren die Bürgerschaft stets freudig u. festlich begehen können. Im Gedanken auch daran, dass heute vor hundert Jahren der Geburtstag Bismarcks die Morgenröte des deutschen Reiches heraufgeführt hat.«<sup>518</sup>*

514 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 75, 16.3.1915.

515 Ebd.

516 a) Gerstein (1864–1924), 1900 bis 1919 Landrat von Bochum, Vorsitzender der Emscher-Genossenschaft. Biographische Angaben: NDB 6, S. 324 f.; Alfred zur Nieden, Karl Gerstein (1864–1924), in: Rheinisch-Westfälische Wirtschaftsbiographien Bd. I, H. 3. Münster 1932, S. 487–518.

517 e) Egramm in HdEG/ StA 102 I 458.

518 HdEG/StA 102 I 457, Regierungspräsident an Holle, April 1915.

Artig erwiderte Holle dem Regierungspräsidenten:

*»Am heutigen 100jährigen Geburtstage des Eisernen Kanzlers, wo schwere Zeiten beweisen wie Einigkeit stark macht, tritt die Kanonenstadt als Groß-Essen von Ruhr bis Emscher vereinigt ins Leben, vertrauend, dass deutsche Siege arbeitsfreudiges Gedeihen und neue Entwicklung begründen.*

*Euer Hochwohlgeboren für die kraftvolle Förderung des großen Planes wärmstens zu danken, ist der Stadtverwaltung Essen besonderes Bedürfnis.«<sup>519</sup>*

Gefeiert wurde Groß-Essen nicht. Die Kriegszeiten verboten es. Aber in der ersten Sitzung des vergrößerten Stadtrats wurden pathetische Reden gehalten, die ausklangen in den Worten des neuen Stadtverordneten Winnecken aus Borbeck:

*»So fest wie der Stahl, der hier gegossen, und so hart wie das Eisen, das hier geschmiedet wird, so fest und unzerreißbar sollen fortan die Bande sein, die, getragen von gegenseitigem herzlichen Vertrauen, uns umschlingen sollen. Uns alle, die wir jetzt zu Ihnen gekommen sind, von der Ruhr und der Emscher, uns alle beseelt nur der eine heiße Herzenswunsch, den ich ausdrücken möchte in dem Wort: Glück auf, Assindia, du Deutschlands gewaltige und unbezwingbare Waffenschmiede, du Stätte eisernen Fleißes und unwiderstehlicher Tatkraft, du Heimat echten Bürgersinns und treuester Vaterlandsliebe, sei du uns fortan Mutter, aber wahre Mutter, niemals Stiefmutter – dann werden wir auch dir stets treueste Töchter sein und bleiben!«<sup>520</sup>*

Mit der erfolgten Eingemeindung wuchs das Stadtgebiet mit einem Schlag um mehr als das Doppelte von 3.929 auf 9.748 ha und die Bevölkerungszahl vermehrte sich um etwa 130.000 auf 480.400. Essen baute damit seine Position als größte Stadt des Ruhrgebietes aus. Im Deutschen Reich wurde es nur noch von Berlin, Hamburg, München, Leipzig, Dresden, Köln und Breslau übertroffen. Doch wenn der Rheinisch-Westfälische Anzeiger behauptete, dass Essen »nunmehr in die Reihe der bekannten Weltstädte eingetreten ist«,<sup>521</sup> so blendete übersteigter Lokalpatriotismus die Wahrnehmung.

519 HdEG/StA 102 I 457, Holle an Regierungspräsident, April 1915. Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 44.

520 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 99, 10.4.1915.

521 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 75, 16.3.1915= Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 211, 16.3.1915.

### Vergleich der Eingemeindungsverträge

Da die einzelnen Eingemeindungsverträge das Ergebnis zähen Ringens zwischen der Stadt Essen und der einzugemeindenden Kommune waren, fielen ihre Ergebnisse ganz unterschiedlich aus. Im Folgenden sollen die Verträge miteinander verglichen werden, um die Unterschiede – aber auch die Gemeinsamkeiten – aufzuzeigen und nach den Ursachen für die unterschiedliche Behandlung zu fragen. Zugleich ist zu untersuchen, ob der bürgerliche Süden gegenüber dem Norden bevorzugt worden ist, wie teils in der Literatur zu lesen ist.

Ein gewichtiger Streitpunkt war bei allen Verhandlungen die Zahl der Stadtverordneten, die in dem neu hinzugekommenen Stadtteil zu wählen waren.

Tab. 4: Stadtverordnete und Relation zur Bevölkerungszahl

	Stadtverordnete	Einwohnerzahl	Einwohner je Stadtverordneter
Altendorf	12	65.701	5.475
Rüttenscheid	9	22.008	2.445
Huttrop	1	4.011	4.011
Rellinghausen	4	13.230	3.307
Altenessen	6	46.227	7.704
Borbeck	9	73.094	8.121
Bredeney/Haarzopf	5	9.180	1.836

Die Zahlen weisen eine Bevorzugung des Essener Südens aus. Bredeney stellte in der Relation viermal so viele Verordnete wie Borbeck. Doch diese ungleiche Behandlung ist dem damaligen Dreiklassenwahlrecht geschuldet, das die Wähler nach dem Einkommen gewichtete. Die Essener Unterhändler wiesen bei den Verhandlungen immer wieder darauf hin, dass bei der Bemessung der Stadtverordnetenzahl nicht allein die Einwohnerzahl entscheidend sei, sondern zugleich auch das Steueraufkommen;<sup>522</sup> und in diesem Bereich gab es krasse Unterschiede. Die Steuerkraft eines Bredeneyers lag bei 80 Mark, während sie in Borbeck sieben und in Altenessen acht Mark pro Kopf betrug.<sup>523</sup>

Die Bestimmungen, wie lange der neue Stadtteil einen eigenen Wahlbezirk bilden durfte, differieren zwischen fünf (Rellinghausen, Altenessen, Borbeck), sechs (Huttrop), neun (Rüttenscheid) und zwölf Jahren (Altendorf). Keine

522. ~~ZHEG/~~ StA 102 I 459, Protokoll der Sitzung der Eingemeindungskommission, 5.1.1914.

523 Henning, Stadtverordnetenversammlung (wie Anm. 245), S. 196.



genauen Angaben gibt es dazu im Bredeneyer Vertrag, statt dessen eine Formulierung, die in dieser Form in keinem anderen zu finden ist und die eine eindeutige Bevorzugung darstellt, denn bis 1934 mussten stets vier Stadtverordnete aus Bredeney kommen und dort länger als fünf Jahre ansässig sein.

Um die Interessen des eingemeindeten Stadtteils wirkungsvoll vertreten zu können, war neben der zahlenmäßigen Präsenz im Stadtrat ein Sitz in den städtischen Kommissionen und die Entsendung geeigneter Persönlichkeiten von noch größerer Wichtigkeit. In den Kommissionen und Deputationen wurden nicht nur die Entscheidungen vorbereitet, sondern hier strebte man – nach der Aussage von Bucerius – Einstimmigkeit an.<sup>524</sup> So legte schon Altendorf Wert darauf, in den Kommissionen für Bauangelegenheiten, Finanzsachen, Rechts- und Verfassungsangelegenheiten, Vorbereitung von Wahlen, das Fortbildungsschulwesen, das

Volksschulwesen, Servis- und Einquartierung sowie dem Sparkassenvorstand vertreten zu sein. Seiner zahlen- und flächenmäßigen Größe angemessen, erhielt Borbeck die meisten Vertretungen, nämlich 22, in den städtischen Entscheidungsgremien zugesprochen,<sup>525</sup> während Bredeney nur in 13 Deputationen einen Sitz erhielt.<sup>526</sup>

Ähnlich umstritten wie die Zahl der Stadtverordneten waren die Steuersätze. Ihre Festsetzung war abhängig vom bestehenden Steuersatz und den zukünftig anfallenden Investitionen, weshalb sie sehr unterschiedlich ausfielen. Auf den ersten Blick ergibt sich abermals eine Bevorzugung des bürgerlichen Südens, denn in Rüttenscheid betrug der Zuschlag zur staatlichen Einkommenssteuer 150 % und in Bredeney gar nur 110 %, während in Altenessen einer von 200 % und in Borbeck einer von 225 % zu zahlen war. Zu beachten ist aber zweierlei: 1. Diese

524 HdEG/StA 102 I 473, Bucerius, Bemerkungen zu den [Borbecker] Bedingungen, 22.3.1912; Kommissionsbeschlüsse und deren Bewertung durch die Essener Verwaltung, März 1912, HdEG/StA 102 I 466.

525 Finanzdeputation, Baudeputation, Schuldeputation, Armendeputation, Sparkassenvorstand, Sparkassendeputation, Grundstückskommission, Verkehrskommission, Gemeindesteuerausschuss, Straßenausbauausschuss, Kuratorium der gewerblichen Fortbildungsschule, Stadtausschuss, Kommission für Rechts- und Verfassungsangelegenheiten, Kommission für Vorbereitung von Wahlen, Deputation für das Feuerlöschwesen, soziale Kommission, Anleihen- und Schuldentilgungs-Kommission, Rechnungs-Revisions-Kommission, Gesundheitskommission, Hafenkommission, Einquartierungskommission, verstärkte Ersatzkommission.

526 Armendeputation, Baudeputation, Finanzdeputation, Gesundheitsdeputation, Grundstücksdeputation, Kommission für die Vorbereitung von Wahlen, Schuldeputation, Sparkassendeputation, Sparkassenvorstand, Straßenausbauausschuss, Verkehrskommission, Einquartierungskommission, Kuratorium der höheren Schulen.

vereinbarten Sätze galten nur für diejenigen, die bereits bei Vertragsabschluss in Rüttenscheid und Bredeney wohnten. Alle, die hier ihren Wohnsitz nach der Eingemeindung nahmen, hatten den Essener Steuersatz von 200 % zu entrichten. Die Essener machten zwar Zugeständnisse an die Alt-Bredeneyer, doch es gelang ihnen, das Steuerschlupfloch zu schließen. 2. Für die Bredeneyer stellte die Festschreibung von 110 % insofern eine Verschlechterung dar, da ohne die Eingemeindung die Bürgermeisterei angesichts des hohen Steueraufkommens eine Senkung der Steuersätze vorgenommen hätte. Im Gegensatz dazu bedeutete die Angliederung nach Essen für die Altenessener und Borbecker Steuerzahler eine Verbesserung, wengleich für die Letzteren noch nicht im ersten Jahr. Doch danach sollte die Absenkung auf das Essener Niveau erfolgen.

Da eine Eingemeindung nur bei Zustimmung des einzuverleibenden Partners erfolgen konnte, war der Spielraum der Stadt Essen sehr eng begrenzt. Sie musste weitgehende Zugeständnisse machen und die bestehenden Unterschiede akzeptieren. An ihre sofortige Beseitigung war nicht zu denken. Allerdings ist die Zusage, den sehr niedrigen Steuerzuschlag in Bredeney 20 Jahre bestehen zu lassen, ein sehr großes Entgegenkommen gegenüber ihren wohlhabenden Neubürgern, denn die Rüttenscheider konnten den Steuervorteil nur fünf Jahre genießen.

Ebensolche Unterschiede gab es auch bei den Grund- und Gebäudesteuern: Bredeney – 110, Rüttenscheid – 150, Rellinghausen – 200, Borbeck – 230 %. Die Grundstückseigentümer, die in den Gemeindeversammlungen die Mehrheit stellten, hatten es bei den Verhandlungen erreicht, dass nach Auslaufen dieser festgesetzten Steuerzuschlägen für landwirtschaftlich genutzte Grundstücke in Huttrop und Rellinghausen nur »25 % der eingeschätzten Normalsätze der Grundsteuer nach dem gemeinen Wert« zu zahlen war, während in Altenessen die Besitzer landwirtschaftlicher oder gärtnerischer Grundstücke nur 2/3 des Satzes zu entrichten hatten.

Dem rein ländlichen Charakter der Gemeinde Haarzopf war es auch geschuldet, dass hier die Freiheit von der normalerweise zu entrichtenden Hundesteuer vereinbart worden war.

Da von vielen Bewohnern der eingemeindeten Bürgermeistereien noch Schweine und Ziegen gehalten wurden, ist es nachzuvollziehen, dass in den meisten Verträgen der Schlachthauszwang geregelt wurde. Für fast alle neuen Vororte galt, dass für eine lange Übergangszeit von zehn bis 21 Jahren beim Schlachten für den eigenen Bedarf kein Schlachthaus aufgesucht werden musste. Hingegen durften die gewerbemäßigen Metzger ihre eigenen Schlachthäuser noch maximal sechs Jahre benutzen.

Groß war die Furcht der Bewohner, ihre bisherigen Verwaltungseinrichtungen an eine fern abliegende Zentrale zu verlieren. So bestanden alle Kommunen

von Altendorf bis Bredeney darauf, das Standesamt und die Steuerhebestelle vor Ort zu behalten. Zudem verlangten die meisten, dass die Polizeiwache nicht aufgelöst werden dürfe. Die größte Zahl an städtischen Dienststellen wurden Altenessen<sup>527</sup> und Borbeck<sup>528</sup> zugestanden.

Angesichts der so mangelhaften Infrastruktur in den einzugemeindenden Bürgermeistereien sahen ihre Bewohner in der Angliederung an die benachbarte Großstadt die Chance, diese Defizite zum mindesten teilweise zu beheben. So enthalten alle Verträge genaue Bestimmungen mit teils ausführlichen Listen, welche Straßen zu pflastern sind, wo die Kanalisation gelegt und wo Laternen aufgestellt werden sollen. Da in Rüttenscheid, Huttrop und Rellinghausen zum Zeitpunkt der Eingemeindung kein Bebauungsplan existierte, wurde festgeschrieben, das in diesem Bereich Versäumte nachzuholen.

Erstaunlich modern muten die ökologischen Bestimmungen in den Verträgen an. So finden wir im Bredeneyer Vertrag die bereits zitierte Aussage, dass »die Stadt Essen ... bestrebt sein [muss], die vorhandenen Wälder zu erhalten und unter Benutzung der vorhandenen Täler (Wolfsbachtal, Ruthertal usw.) zu zusammenhängenden Grünzügen auszubilden«. In Borbeck wollte man »die landschaftlich schönen Talmulden ... möglichst als öffentliche Anlagen ... erhalten«, während für Altenessen festgehalten wurde: »Die vorhandenen Plätze und Anlagen sind dauernd zu erhalten, zu erweitern und zu vermehren; das Bernetal ist, soweit möglich, mit Grünanlagen auszugestalten; auch im übrigen Altenessener Bezirk sind weitere Schmuckanlagen zu schaffen.«

Neben den rechtlichen Bestimmungen über das Inkrafttreten der Essener Polizeiverordnungen und Ortssatzungen und über die Übernahme der Beamten, Angestellten und Lehrpersonen gibt es weitere Paragraphen über den (Aus-)Bau von Schulen und Badeanstalten sowie über die Anlegung von öffentlichen und Marktplätzen.

Insgesamt sind alle Eingemeindungsverträge eine bunte Mischung von festen Zusagen und Absichtserklärungen. Von daher ist es nicht nachzuvollziehen, dass Franz Josef Brüggemeier und Detlev Vonde Unterschiede ausmachen wollen. Für sie enthält der Altenessener Vertrag lediglich unverbindliche

527 Polizeibezirksbüro, Steuerbüro, Steuerhebestelle, Amtsstelle für Versicherungs-, Armen- und Waisensachen, Tiefbauabteilung, Bauunterhaltungsabteilung, Baupolizeiabteilung, Betriebsabteilung für Gas-, Wasser- und Elektrizitätsversorgung, Volksbücherei mit Lesehalle.

528 Polizeibezirksbüro, Meldebüro für militärische Meldungen, Steuerbüro, Steuerhebestelle, Amtsstelle für Versicherungs-, Armen- und Waisensachen, Tiefbauabteilung, Bauunterhaltungsabteilung, Baupolizeiabteilung, »das etwa erforderliche Hafenamt«, Zweigstelle der Stadtbücherei.

Empfehlungen, während Bfür redeneys feste Zusagen gemacht worden sind, woraus sie eine Bevorzugung Bredeneys ableiten. Doch wenn es im Altenesse-ner Vertrag heißt: »Mit dem Bau [einer Badeanstalt mit Schwimmhalle] ist mit einem Kostenaufwande von mindestens 300.000 Mark (ausschließlich Grundstück) in günstiger Verkehrslage nördlich der Köln-Mindener Bahn und in der Nähe der Essen-Horster Straße binnen zwei Jahren zu beginnen«, so ist dies keineswegs eine »ziemlich unverbindlich gehaltene Zusage«, wie Brüggemeier behauptet,<sup>529</sup> sondern es ist dies ein Versprechen von der gleichen Art wie die Zusicherung im Bredeneyer Vertrag: »Das Bredeneyer Realgymnasium ist zu erhalten und bis Ostern 1918 als Vollanstalt auszubauen.« Wenn der Passus »Der Bredeneyer Bezirk soll sich zu einem Wohnviertel mit vorwiegend offener Bebauung entwickeln.« als eine ausdrückliche Festlegung<sup>530</sup> oder als »weitreichende Zusage«<sup>531</sup> angesehen wird, dann gilt dies auch für den Satz »Die Entwicklung Altenessens ist in jeder Beziehung ... nach den heutigen Grundsätzen des Städtebaues und der Städteverwaltung zu fördern.« und er kann nicht als »unverbindliche Zusage«<sup>532</sup> oder als »unverbindliche Empfehlung«<sup>533</sup> eingestuft werden. Dass die Paragraphen des Bredeneyer Vertrages keineswegs verbindliche Zusagen darstellten, wird auch aus der Beschwerde Bredeneyer Bürger aus dem Jahre 1925 über die »stiefmütterliche Behandlung durch die Stadtverwaltung« deutlich. Sie beklagten die Aufhebung der Verwaltungsstelle, kritisierten, dass die versprochene Straßenbahnverbindung ausblieb, und bemängelten, dass weder die Badeanstalt noch das neue Lyzeum gebaut worden wären.<sup>534</sup> D. h. die beiden Verträge weisen ähnliche Formulierungen auf, eine Bevorzugung Bredeneys ist in diesen Punkten nicht gegeben. Eine solche lässt sich bei einer Gesamtbetrachtung höchstens an der Zahl der zugesagten Stadtverordneten und an dem niedrigen Steuerzuschlag festmachen, doch erstes ist dem hohen Steueraufkommen geschuldet, während beim zweiten nur der bereits existierende Satz fortgeschrieben wurde.

Zuzustimmen ist Brüggemeier und Vonde, dass mit den Eingemeindungsverträgen die »fortschreitenden Segregationstendenzen«<sup>535</sup> nicht beseitigt wur-

529 Franz-Josef Brüggemeier, *Leben vor Ort. Ruhrbergleute und Ruhrbergbau 1889–1919*. München 1983, S. 36. Vonde, *Revier der großen Dörfer* (wie Anm. 96), S. 73 charakterisiert diese Zusagen »mehr als Empfehlung denn als konkrete Verpflichtung«.

530 Brüggemeier, *Leben vor Ort* (wie Anm. 529), S. 37.

531 Vonde, *Revier der großen Dörfer* (wie Anm. 96), S. 74.

532 Brüggemeier, *Leben vor Ort* (wie Anm. 529), S. 36.

533 Vonde, *Revier der großen Dörfer* (wie Anm. 96), S. 73.

534 *Essener Volks-Zeitung* Nr. 58, 10.1.1925.

535 Vonde, *Revier der großen Dörfer* (wie Anm. 96), S. 75.

den. Es lag aber nicht in der Absicht der Stadtspitze, den Charakter Bredeneys als Refugium des Bürgertums zu ändern. Ebenso wenig sollte – und konnte – der Charakter Altenesses als Industriegemeinde grundlegend geändert werden, denn: »Das Entwicklungsmuster stand längst fest, die Betriebe, Verkehrsanlagen und Kolonien waren nicht mehr zu ändern, die ökologische Verwüstung bereits eingetreten.«<sup>536</sup> Unabhängig davon, dass die Kommune nicht die Macht dazu besaß, gingen die Vorstellungen des Stadtplaners Robert Schmidt dahin, den Essener Süden als Wohn- und Erholungsgebiet zu entwickeln, während dem Norden die Rolle als Industrie- und Arbeiterviertel zgedacht war. Die Innenstadt war das Geschäftsgebiet mit den Verwaltungen, den Banken, den Freizeitstätten und den Einkaufsmöglichkeiten. Die Essener Stadtplaner feierten diese Aufteilung der Stadt als das »ideale Zukunftsstadtbild der Industriehochburg: die vollkommen abgerundete Industriestadt des Nordens, die monumentale Geschäftsstadt der Mitte und die gesunde, grünbekränzte Wohnstadt des Südens, alle drei Glieder vereinigt durch den Pulsschlag geeigneter Verkehrsadern zu dem Gesamtorganismus: Essen«<sup>537</sup>. Gleichwohl war man bestrebt, die Auswüchse der »defizienten Urbanisierung« abzumildern, ohne aber die grundsätzliche Benachteiligung aufheben zu können. Bis heute ist die ehemalige Bundesstraße 1 der Sozialäquator der Stadt Essen.

### Ausblick

Mit den Eingemeindungen war die Basis gelegt für die positive Entwicklung Essens in den 1920er Jahren. Doch Wilhelm Holle konnte die Früchte seiner Arbeit nicht ernten. Anlässlich der Eingemeindungen war er noch von der Presse »als ein Mann von großem Blick« und »neuzeitlichem Geist« gelobt worden. Besonders hervorgehoben wurde sein Verhandlungsgeschick:

*»Wer diese Verhandlungen verfolgt hat, weiß, dass sie nur ausgehalten wurden durch die Unermüdlichkeit und die Liebenswürdigkeit des Essener Oberbürgermeis-*

536. Brügge/Meier/ Lutz Niethammer, Schlafgänger, Schnapskasinos und schwerindustrielle Kolonie. Aspekte der Arbeiterwohnungsfrage im Ruhrgebiet vor dem Ersten Weltkrieg, in: Fabrik – Familie – Feierabend. Beiträge zur Sozialgeschichte des Alltags im Industriezeitalter, hrsg. v. Jürgen Reulecke u. Wolfhard Weber. Wuppertal 1978, S. 135–175, Zitat S. 148.

537 Hermann Ehlgötz, Der Siedlungsplan und die Siedlungen des Essener Stadtgebietes, in: Essen, hrsg. v. Erwin Stein. Berlin 1923, S. 177–195, Zitat S. 195.

*ters, und dass sie durchgeführt werden konnten nur durch das große Vertrauen, das er und sein Wort bei den Beteiligten genießt.»<sup>538</sup>*

Drei Jahre später waren seine Verdienste um die Eingemeindungen, aber auch seine »großartige Auffassung der Boden- und Ansiedlungspolitik«<sup>539</sup> vergessen. Zu seiner großen Überraschung verweigerte die Stadtverordnetenversammlung nach Ablauf der zwölfjährigen Amtszeit die Wiederwahl. Man warf ihm sein autokratisches Handeln, seinen Hang zu einsamen Entscheidungen ohne Abstimmung mit dem Stadtparlament vor.<sup>540</sup>

So war es seinen Nachfolgern Hans Luther und Franz Bracht vorbehalten, den Ausbau der Stadt voranzubringen. »Wir dürfen uns nicht mit der bisherigen Bedeutung von Essen allein begnügen, sondern müssen darauf bedacht sein, Essen zum wirklichen Mittelpunkt des Industriegebietes zu machen. Dazu bedarf es weiterer Fortschritte auf kulturellem und geistigem Gebiet.« – lautete das Programm Luthers.<sup>541</sup> Die Stadt nutzte die Chance, die Sammlung Osthaus dank der Unterstützung der Industrie nach Essen zu holen und das Essener Museum unter dem Namen Folkwang zu einem der bedeutendsten in Deutschland auszubauen. Die Kunstgewerbeschule entwickelte sich unter ihrem Leiter Alfred Fischer zu einem Institut mit überregional anerkanntem Renommee.<sup>542</sup> Architekten und Stadtplaner erbrachten Leistungen, die den Vergleich mit den Entwicklungen in Berlin, München und Hamburg nicht zu scheuen brauchten.<sup>543</sup> Ferner wurde in die Infrastruktur investiert und die Freizeiteinrichtungen wurden ausgebaut. Ziel aller Anstrengungen war es, Essen zu der Metropole des Ruhrgebiets zu machen. Und sollte einmal die Ruhrstadt, über die schon damals, in den 1920er Jahren heftig und kontrovers diskutiert wurde, gebildet werden, dann wollte Essen selbstverständlich der Verwaltungssitz, das Zentrum, dieser »Montan-Riesenstadt« (Otto Goepel) sein.

538 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 75, 16.3.1915= Rheinisch-Westfälische Zeitung Nr. 211, 16.3.1915.

539 Ebd.

540 Ernst Schröder, Von Holle zu Luther. Der Essener Oberbürgermeisterwechsel im ersten Weltkrieg, in: EB 95, 1980, S. 249–278.

541 Zit. nach Schröder, »Essen am Rhein« (wie Anm. 357), S. 81.

542 Gerda Breuer, Alfred Fischer: Plan und Aufbau einer Schule der modernen Bewegung, in: Lehre und Lehrer an der Folkwangschule für Gestaltung in Essen, hrsg. v. Gerda Breuer u. a. Tübingen – Berlin 2012, S. 31–65.

543 Architektur in Essen 1900–1960, hrsg. v. Berger Bergmann u. Peter Brdenk. Essen 2012.

Beim Ausbau der Stadt wurden die eingemeindeten Vororte nicht vernachlässigt, wenngleich die Schäden, die der industrielle Wildwuchs im Norden verursacht hatte, irreparabel waren, sie konnten nur abgemildert werden.

Die erste Maßnahme des Oberbürgermeisters nach der Eingemeindung von Altendorf war die Anstellung eines Technikers, der einen Bebauungsplan auszuarbeiten hatte. Dieses war dringend notwendig, da der alte Fluchtlinienplan der Gemeinde »ein buntes, regelloses Durcheinander« war, »das nicht auf den Verkehr, sondern auf die Spekulanten und Bauern zugeschnitten war« – so die Kritik der Arbeiter-Zeitung.<sup>544</sup> Zweigert gewann in Robert Schmidt einen Mann, der für diese Aufgabe bestens geeignet war und der auf die Ausgestaltung des Essener Stadtbildes maßgeblichen Einfluss ausübte. Von dem Bebauungsplan Essen-West vom 22. Januar 1904<sup>545</sup> und der neuen Baupolizei-Verordnung vom 15. Mai 1907 versprach man sich »eine Verbesserung der Stadt in gesundheitlicher und schönheitlicher Hinsicht«.<sup>546</sup>

Die Bauplanung verfestigte die Strukturen, die teils aufgrund der naturräumlichen Gegebenheiten entstanden waren: im Norden das Baugebiet für industrielle Anlagen, in der Mitte das Geschäftsgebiet und im Süden das – bürgerliche – Wohngebiet. Die Eingemeindungen änderten nichts an diesen Planungen. Sie konnten fortgeschrieben werden und prägten bis heute die Sozialstruktur und das Stadtbild.

Während das Segeroth ein »minderwertiges Wohnviertel für Arbeiter und Kleinbürger«<sup>547</sup> blieb, ent-



Robert Schmidt (Haus der Essener Geschichte/  
Stadtarchiv)

544 Arbeiter-Zeitung v. 1.8.1911.

545 Robert Welzel, Wie Frohnhausen zum Gänsereiter kam. Ästhetische Gesichtspunkte der Essener Stadtplanung am Beispiel eines Brunnens, in: EB 115, 2003, S. 67–97.

546 Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1907, Essen 1908, S. 25.

547 Robert Schmidt, Die Essener Bauordnung vom 25. Februar 1895 und ihre Nachträge. Kritik und Abänderungs-Vorschläge. Essen 1903, S. 14.

wickelte sich besonders das städtische Areal um den Haumannshof, wo das Landgericht und das Polizeigefängnis errichtet wurden, mit den prachtvollen Villen und der großzügigen Bebauung zu einem »Renommier-Viertel«. <sup>548</sup> Etwas weiter im Südwesten wuchs die Margarethenhöhe, eine als »Dichtung in Stein und Grün« (Hans G. Kösters) gelobte Gartenstadt, in der nicht nur Kruppianer – etwa zur Hälfte – wohnten, sondern auch Beamte und Angestellte der staatlichen und städtischen Verwaltungen sowie andere Mieter. <sup>549</sup>

Wenngleich das Selbstlob Schmidts »Ein Gang durch die Südstadt Essens und das Stadterweiterungsgelände charakterisieren Essen beinahe als Luftkur- und Erholungsort des beschaulichen Rentners.« <sup>550</sup> etwas überzogen ist, so sind aber im Süden Wohnviertel entstanden, die bis heute zu den bevorzugten Gegenden Essens gehören.

Die Stadt war auch bestrebt, die in den Eingemeindungsverträgen gemachten Versprechungen so schnell wie möglich in die Tat umzusetzen. Holsterhausen und Frohnhausen erhielten beispielsweise die zugesagten Marktplätze. <sup>551</sup> Wo die Stadt ihren Verpflichtungen nicht nachkam, da machten die Stadtverordneten der eingemeindeten Vororte und die hier gegründeten Verkehrsvereine Druck. So klagte am 24. Februar 1905 der Stadtverordnete Körngen aus Altendorf, dass von den 13 Straßen, für die eine Pflasterung vereinbart worden war, bisher nur drei gepflastert worden seien. <sup>552</sup> Im Großen und Ganzen ist der Bemerkung des Allgemeinen Beobachters zuzustimmen, »dass die bis jetzt nach Essen einverleibten Bürgermeistereien bzw. Gemeinwesen mit der Eingemeindung alle sehr gut zufrieden sind. Sämtliche Gemeinden haben sich nach der Eingemeindung sehr gut entwickelt.« <sup>553</sup>

Hingegen verhinderten Krieg, Revolution, französische Besatzung und die Inflation die zügige Umsetzung der Eingemeindungsbedingungen in Borbeck und Altenessen. Doch auch dort wurde die Infrastruktur nach Überwindung der Krisenzeiten weiter ausgebaut. Der Essener Anzeiger konstatierte, dass von einer Vernachlässigung der eingemeindeten Vororte keine Rede sein könne. In Borbeck habe die Stadt im Jahre 1925 248.000 M für die Straßenunterhaltung, 200.000 M für Wegeneubauten, 390.000 M für Kanalneubauten und 82.000 M für die Kanalunterhaltung aufgewandt, insgesamt seien 920.000 M investiert worden, eine Summe, die in Altenessen mit 1.400.000 M noch höher lag.

548 Welzel, Von der Müllhalde (wie Anm. 116).

549 Helfrich, Margarethenhöhe (wie Anm. 259).

550 Schmidt, Stadtgebilde (wie Anm. 19), S. 42.

551 Essener Volks-Zeitung v. 11.4.1908.

552 Henning, Stadtverordnetenversammlung (wie Anm. 245), S. 105.

553 Allgemeiner Beobachter Nr. 270, 18.11.1912.





Am Bernewäldchen (Haus der Essener Geschichte/Stadtarchiv)

Ebenso war eine grundlegende Erneuerung des Kaiserparks in Altenessen vorgenommen worden.<sup>554</sup> Auch wenn es eine Zeit lang dauerte, erhielten sowohl Altenessen wie auch Borbeck ihre Badeanstalten, während Rütterscheid trotz wiederholten heftigen Protestes<sup>555</sup> erfolglos blieb. Es waren aber nur Reparaturarbeiten, die die grundsätzlichen Mängel nicht beseitigen konnten. Die Klagen der nördlichen Vororte, dass die kulturellen Einrichtungen wie das Museum Folkwang und die Erholungsgebiete wie die Schillerwiese und der Botanische Garten nur im Süden errichtet würden,<sup>556</sup> besaßen ihre Berechtigung. Bis heute herrscht in Altenessen ein »chronischer Mangel an Grün- und Erholungsflächen sowie kulturellen und sozialen Einrichtungen«.<sup>557</sup> Der Versuch, mit der Eröffnung des Museum Altenessen, in dem die Funde zur Kulturgeschichte aus aller Welt von der Altsteinzeit bis zum frühen Mittelalter präsentiert wurden, dieses Defizit etwas zu mildern, scheiterte recht schnell.

»Eine große und verantwortungsvolle Pflicht jeder Stadtverwaltung ist die Aufgabe, die Großstadt vor der drohenden Gefahr zu bewahren, in Aufbau und Architektur alles Grüne aufzuzehren und zu einer naturfernen, lieblosen

554 Essener Anzeiger Nr. 86, 14.4.1926.

555 Henning, Stadtverordnetenversammlung (wie Anm. 245), S. 105, 109 u. 159.

556 Essener Anzeiger Nr. 281, 1.12.1926.

557 Vonde, Revier der großen Dörfer (wie Anm. 96), S. 75.



Die Badeanstalt Altenessen (Fotoarchiv Ruhr Museum)

Steinwüste zu werden. Weder Kosten noch Mühen dürfen gescheut werden, den gehetzten Großstadtmenschen in der Hast seines täglichen Daseins ein Stückchen unverfälschter Natur zu erhalten«, forderte der Essener Anzeiger am 29. Juni 1929. Essen erfüllte diese Aufgabe, indem es ein durchdachtes »Grünflächensystem« schuf, zu dem ausgedehnte Wälder, die Grüntäler und die vielen kleineren Parks in den Stadtteilen gehörten. Einbezogen waren auch die Gartensiedlungen, Kleingärten und Friedhöfe.<sup>558</sup> Ermöglicht wurde dies nur durch die Eingemeindungen, denn erst dadurch erlangte die Stadt die Planungshoheit und konnte so für den Erhalt der Waldgebiete sorgen.

Eins der Hauptargumente für die Eingemeindungen war die Anlegung eines Stadthafens, doch dessen Fertigstellung ließ lange auf sich warten. Die Stadt, die das Land dazu ja angekauft hatte, wollte mit den Bauarbeiten erst nach Abschluss der Eingemeindungsprozesses beginnen, was vom Essener Verkehrsverein kritisiert wurde. Er fürchtete, dass Essen »in Anbetracht des immer schärfer werdenden Wettbewerbs der einzelnen Städte untereinander« ins Hintertreffen gerate.<sup>559</sup> Die gleichen Vorwürfe erhob auch der Rheinisch-Westfälische Anzeiger:

558 a. a. O., Torff-Viehmann, Stadt (wie Anm. 191), S. 100–103.

559 Arbeiter-Zeitung v. 5.1.1914.

»Werden nicht schwerste wirtschaftliche Schädigungen über Essen hereinbrechen als Folge dieses unbegreiflichen Zögerns in der Frage des Hafenbaus? Wie schon erwähnt, sind fast alle anderen geplanten Hafenanlagen fertig oder der Fertigstellung nahe. Wir nennen hier die Häfen der Zechen Christian Lewin, der Arenbergischen AG, des Bergfiskus für Bottrop und Gladbeck, des Köln-Neuessener Bergwerksvereins, der Gewerkschaft Mathias Stinnes, der Zechen Nordstern und Hibernia, sodann die gewaltigen Anlagen der Stadt Gelsenkirchen und der Hafenbetriebsgesellschaft Wanne-Herne. Nur die Stadt Essen, die größte aller beteiligten Gemeinden, hat noch keinen Spatenstich getan, noch keinen Mauerstein an Ort und Stelle gebracht. Sie wartet, wartet worauf? Man weiß es nicht, aber das weiß man, dass es jetzt kein Warten mehr geben darf, soll die Stadt nicht in alle Zukunft unberechenbaren Schaden erleiden. Mögen die unbekanntnen Hindernisse auch noch so stark sein, sie müssen jetzt überwunden werden.«<sup>560</sup>

Ein gewichtiger Grund für das Zögern der Stadt war, dass die Rentabilität des Projekts immer fragwürdiger wurde. Die Zechen hatten vielfach eigene Hafenanlagen gebaut. Auch Krupp, das doch so wenig Interesse bekundet hatte, errichtete lieber einen Firmenhafen. Von anderen Teilen der Industrie wurde die Anlegung eines Stadthafens gar als »Modekrankheit der Großstädte« abgetan.<sup>561</sup> So blieb das angekaufte Gelände lange Zeit brach liegen. Erste Baumaßnahmen wurden zwar in den späten 1920er Jahren in Angriff genommen, doch wegen der Weltwirtschaftskrise wieder eingestellt. Es dauerte bis zum November 1933, ehe der Hafen feierlich eröffnet und das erste Schiff gelöscht werden konnte.<sup>562</sup>

Ein weiteres Hauptargument für die Ausdehnung nach Norden war der Mangel an Industrieflächen, der in der Vergangenheit die Ansiedlung von neuen Werken verhindert habe. Auch wenn sich in Borbeck und Altenessen keine großen fremden Unternehmen niederließen, so konnte aber die Verlagerung der Kruppschen Stahlerzeugung abgewendet werden. Im Rahmen des Hindenburg-Programms errichtete Krupp ab 1916 das Siemens-Martin-Werk 7 und 1923/24 ein Walzwerk. Die noch fehlenden Hochöfen wurden dann in den Jahren 1927 bis 1929 gebaut. Der Anlieferung des Erzes diente der neue firmeneigene Hafen direkt vor den beiden Hochöfen.<sup>563</sup>

560 Rheinisch-Westfälischer Anzeiger Nr. 39, 8.2.1914.

561 Arbeiter-Zeitung Nr. 183, 7.8.1916.

562 Chronik der Stadt Essen für das Jahr 1933, S. 100–107.

563 Toni Pierenkemper, Von Krise zu Krise. Die Fried. Krupp AG von der Währungsstabilisierung bis zum Ende der Weimarer Republik 1924–1933, in: Krupp im 20. Jahrhundert, hrsg. v. Lothar Gall. Berlin 2002, S. 167–265, hier S. 219–224.



Das Hochofenwerk und der Hafen der Firma Fried. Krupp, 1938 (Historisches Archiv Krupp)

Die bei der Eingemeindung von Borbeck, Altenessen und Bredeney geäußerte Befürchtung, dass der Landkreis nach der Abtrennung nicht lange existieren werde, bewahrheitete sich recht schnell.

In den 1920er Jahren plante die preußische Regierung eine kommunale Neugliederung des Ruhrgebiets, bei der die Städte auf Kosten der Landkreise gestärkt werden sollten.<sup>564</sup> Im Gegensatz zum Kaiserreich war nun kein Vertrag zwischen den beiden Gebietskörperschaften erforderlich, sondern die Entscheidung lag allein beim preußischen Landtag. Die von der Gebietsänderung betroffene Kommune wurde zwar gehört, doch eine Eingemeindung konnte auch gegen ihren Willen vollzogen werden. So sprach sich der Werdener Gemeinderat am 16. November 1928 mit 15 zu 8 Stimmen gegen die Eingliederung nach Essen aus, dennoch überging der Landtag das Votum der Stadtverordneten, das von der Mehrheit der Bevölkerung geteilt wurde.<sup>565</sup> Am 10. Juli 1929 beschlossen

<sup>564</sup> Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3).

<sup>565</sup> Friedrich Küpper, 1929, Essen fasst jenseits der Ruhr Fuß. Das »Gesetz über die kommunale Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets« 1929 in der Sicht aus der ehemaligen Stadt Werden und der Gemeinde Werden-Land, in: EB 94, 1979, S. 153-

die Abgeordneten die Eingemeindung von Stoppenberg, Katernberg, Frillendorf, Kray, Steele, Kupferdreh sowie von Werden-Stadt und -Land. Mit einem Schlag vergrößerte sich das Essener Stadtgebiet um 89,49 qkm, und Essen bekam 159.040 Neubürgerinnen und Neubürger,<sup>566</sup> wodurch es seine Stellung als größte Stadt des Ruhrgebietes festigte. Der Landkreis hingegen wurde mit dem Tag der Eingemeindungen aufgelöst.

### Fazit

#### 1. Die Stadtverwaltung

Wenngleich der erste – erfolglose – Anstoß zu einer Stadterweiterung seitens der Firma Krupp erfolgte, so war in der Folgezeit immer der Oberbürgermeister mit seinen Beigeordneten Rath<sup>567</sup>, Wiedfeldt, Brandi und Bucerus die treibende Kraft.<sup>568</sup> Sie hatten ihre Vorstellungen von der zukünftigen Gestaltung Essens. Aus der großen Stadt sollte eine Großstadt werden mit ausgebauter Infrastruktur, mit Erholungsflächen und Krankenhäusern, mit höheren Schul- und mit Kultureinrichtungen. Essen sollte die expandierende Industriestadt bleiben, aber sich auch zu einer Verwaltungsstadt entwickeln. Für die Beamten und Angestellten der neuen staatlichen Behörden, der Banken und der Unternehmensverwaltungen galt es Wohnungen zu schaffen. All diese Ziele ließen sich nur durch die Eingemeindungen realisieren. Nur im großen Rahmen konnte der Umbau Essens zu einer modernen Großstadt gelingen. Nur wenn sich die Planungen auf einen größeren Raum bezogen, waren sie langfristig sinnvoll. Wollte Essen nicht stagnieren und gegenüber den Nachbarstädten ins Hintertreffen geraten, musste man beim Expansionskurs Erfolg haben.

Die Stadtspitze war aber nur deshalb erfolgreich, weil es die Unterstützung der höheren Behörden (Regierungspräsidium, Ministerium) besaß und weil die einflussreichen Industriellen (Gustav Krupp, Hugo Stinnes) ihr Plazet gaben. Gegen ihr Votum wäre eine Eingemeindung nicht durchzusetzen gewesen.

209. – Für eine Eingemeindung hatten sich Karnap, Katernberg, Stoppenberg, Schönebeck, Frillendorf, Kupferdreh und Heisingen einstimmig, Werden-Land mit großer Mehrheit und Kray mit knapper Mehrheit ausgesprochen, dagegen stimmten Steele, Überrauch, Werden-Stadt und Kettwig. Wilhelm Sellmann, Vor 60 Jahren: Die große Eingemeindung von 1929, in: Jahrbuch Essen 1989, S. 119–123, hier S. 122.

566 Zahlen nach Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), Tab. 20, S. 357.

567 Adolf Rath (1863–1945), bis 1920 Beigeordneter. Biographische Angaben: Schröter, Beigeordnete II (wie Anm. 18), S. 90.

568gV allgemein Krabbe, Eingemeindungsprobleme (wie Anm. 217), S. 380.

### 2. Die Gemeindeverwaltungen

Die Einstellung der Gemeindebürgermeister war nicht einheitlich. Auf der einen Seite anerkannten sie als Verwaltungsfachleute die Vorteile, die ein größerer einheitlicher Verwaltungsbezirk bot, auf der anderen Seite waren sie von der Aufgabe der Selbstständigkeit direkt betroffen. Sie waren dann nicht mehr die Herren in einem – wenngleich bescheidenen – Bezirk, sondern Teil eines großen Verwaltungskörper. Nicht jeder wollte seine Entscheidungshoheit aufgeben, um der 14. Beigeordnete in Essen zu werden, wie der Stoppenberger Bürgermeister spottete. Doch sie konnten den Prozess nur verzögern, nicht aufhalten. So fügten sie sich ins Unvermeidliche, da der Weg, mit einer hohen Abfindung in den Ruhestand zu gehen, wie es der Rüttenscheider Bürgermeister Hild vorgemacht hatte, nicht mehr beschritten werden konnte. Die Regierung baute dem durch eine neue Gesetzgebung vor.

### 3. Die Landräte

Ein retardierendes Moment bildeten stets die Landräte.<sup>569</sup> Sie waren gegen die Eingemeindungen eingestellt, da dadurch ihr Verwaltungsbezirk beschnitten wurde und Einnahmen verloren gingen. Aber auch sie anerkannten die Notwendigkeit, größere Verwaltungseinheiten zu schaffen. So wurde Landrat von Eynern noch in seiner Essener Amtszeit vom Saulus zum Paulus, als er im Provinziallandtag engagiert für die Reformmaßnahmen eintrat.<sup>570</sup>

<sup>569gV</sup> allgemein Krabbe, Eingemeindungsprobleme, S. 380.

<sup>570</sup> Anlässlich des Wechsels des Landrates von Eynern nach Berlin schrieb die Arbeiter-Zeitung: »Man muss ja zugeben, dass er in Essen mancherlei gelernt hat. Als er nach Essen kam, wandte er sich mit aller Kraft gegen weitere Eingemeindungen, er wollte elektrische Bahnen um Essen herumlegen und so den Landkreis in sich festigen. Sehr bald musste Herr von Eynern einsehen, dass es vergeblich ist, gegen wirtschaftliche Verschiebungen, wie die Großstadtbildung, anzukämpfen, und er befürwortete schließlich die Eingemeindung der Vororte und hat sogar gegen die Aufteilung des Landkreises nichts einzuwenden.« Arbeiter-Zeitung Nr. 75, 30.3.1914.

#### 4. Die höheren Verwaltungsinstitutionen

Das Ministerium musste die Gesetzesvorlagen in den Landtag einbringen, daher konnte nichts gegen den Willen des Ministers und der Ministerialbeamten durchgeführt werden. Doch an den Ausgestaltungen der Eingemeindungsbedingungen waren sie nicht beteiligt, sie gaben nur den groben Rahmen vor, ohne »zu einer großflächig angelegten Raumordnungspolitik« zu finden.<sup>571</sup>

Größeren Einfluss auf Detailfragen hatte der Regierungspräsident, der allen wichtigen Verhandlungen beiwohnte. Er sah sich dabei gezwungen, nach Kompromisse zu suchen, um die Gespräche zu einem erfolgreichen Ende zu führen.

Hatten die Regierungspräsidenten im 19. Jahrhundert den Vergrößerungsbestrebungen der Stadt ablehnend gegenüber gestanden und statt dessen die Position des Landrats gestärkt, so änderte sich dies spätestens mit dem Regierungsantritt von Francis Kruse, der – so Paul Brandi – »den berechtigten Bedürfnissen der wachsenden Industriestädte förderndes Verständnis entgegenbrachte«.<sup>572</sup>

#### 5. Die Parteien

Eine parteipolitisch begründete Debatte über das Für und Wider größerer Städte, wie sie im Provinziallandtag oder im preußischen Abgeordnetenhaus geführt wurde, lässt sich für Essen nicht ausmachen.<sup>573</sup> Von allen Parteien wurde die Notwendigkeit gesehen, das Essener Stadtgebiet auszuweiten. Gestritten wurde lediglich um die Bedingungen und dabei standen sich die Essener und Nicht-Essener gegenüber, unabhängig von der Parteizugehörigkeit.

Allerdings achtete die nationalliberale Mehrheit im Stadtparlament darauf, dass sich die Machtverhältnisse nicht entscheidend änderten. Als sich dies durch die Eingemeindung Borbecks andeutete, wurden die Verhandlungen zunächst gestoppt. Doch im September 1911 konnte der Oberbürgermeister durch komplizierte Berechnungen nachweisen, dass keine Mehrheit des Zentrums drohte, was sowohl die nationalliberalen Stadtverordneten wie auch den Regierungspräsidenten und die Staatsregierung beruhigte.<sup>574</sup>

571 Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 11.

572 Brandi, Aufstieg (wie Anm. 20), S. 275.

573 Die Anonymität in der Großstadt sowie – dagegen gesetzt – die überschaubaren Verhältnisse in der Kleinstadt, in der jeder den Bürgermeister, die Beamten und die Stadtverordneten kenne, und die daraus hervorgehende heimatliche Verbundenheit wurden als Argumente bei der Eingemeindungsaktion der 1920er Jahre in einer Bürgerversammlung in Werden laut. Siehe Küpper, 1929 (wie Anm. 565), S. 175 f.

574 LAV NRW R RD 9810, Bericht über die voraussichtlichen politischen Wirkungen der geplanten Eingemeindungsaktion. Hoebink, Mehr Raum (wie Anm. 3), S. 40 f.

### 6. Die Bevölkerung

Während heute jede Gebietsreform heftige Proteststürme auslöst und auch schon in den 1920er und 1930er Jahren erbittert um die Selbstständigkeit der Städte gekämpft wurde, blieb die Bevölkerung im Kaiserreich ausgesprochen ruhig. Die Einwohner nahmen den Anschluss an Essen im allgemeinen emotionslos hin. Für diese Haltung lassen sich zwei Gründe anführen:

1. In den schnell wachsenden Industriedörfern hatte sich kein stark ausgeprägtes Heimatgefühl entwickelt. Die wenigen Pohlbürger fielen nicht ins Gewicht gegenüber den neu hinzugekommenen, die aber zumeist nicht lange verweilten. Die Fluktuation in den vom Bergbau geprägten Gemeinden war enorm hoch. Warum sollten sich diese »Nomaden in steinernen Zelten« (Franz-Josef Brüggemeier) mit einem Ort identifizieren, in dem sie nicht lange wohnen blieben und in dem sie wegen des steten Wohnungswechsels von der politischen Partizipation ausgeschlossen waren. War es von daher nicht egal, ob man in Borbeck/Landkreis Essen oder in Essen-Borbeck lebte?

2. Die Eingemeindungen waren für alle Bürger vorteilhaft. Essen versprach Investitionen, die in der Vergangenheit unterblieben worden waren. Auch war mit der Eingemeindung in Borbeck und Altenessen eine finanzielle Entlastung verbunden. Gegen diese materiellen Vorteile war das hehre Gut der Freiheit zweitrangig.

Nur dort wo es Alternativen gab – Essen oder Oberhausen im Falle Frintrops; Essen oder Werden im Falle Unterbredeneys –, von denen eine als nachteilig angesehen wurde, kam es zu größeren Bürgerbewegungen. Frintrop war zudem ein Sonderfall, weil der Protest von der Zentrumspartei organisiert wurde und weil ein klares Feindbild, die Macht der Gutehoffnungshütte, vorhanden war. Weil es hier zu den massiven Auseinandersetzungen gekommen war, ließ die Regierung zur Lösung des Konflikts einen Volksentscheid zu, eine für das autoritär geführte Kaiserreich äußerst seltene, modern anmutende Form der Entscheidungsfindung.

### 7. Die Industrie

Die Unternehmen Krupp und Gutehoffnungshütte gaben zwar den Anstoß für die Eingemeindung Altendorfs bzw. Frintrops, doch sie konnten ihre Vorstellungen nicht sofort bzw. nicht in vollem Umfang durchsetzen. Die beiden Beispiele zeigen, dass auch in Zeiten des Dreiklassenwahlrechts die Industrie nicht allmächtig war.

Wenn Altendorf dann im Jahre 1901 angegliedert wurde, so erfüllten damit die Stadtverordneten nicht vordringlich den Wunsch der Firma Krupp nach



einheitlichen steuerlichen Grundsätzen, sondern viel wichtiger war für sie, die Grundlagen für eine raumübergreifende Planung zu schaffen.

Wenngleich die Großunternehmen nicht die Macht hatten, ihre Vorstellungen immer durchzusetzen, so waren sie aber machtvoll genug, die Pläne der Kommunalverwaltungen zum Scheitern zu bringen. Daher musste sich Holle erst mit Hugo Stinnes und Gustav Krupp abstimmen, ihre Zustimmung einholen, ehe er an die Realisierung seiner Konzepte denken konnte.

Dass die Eingemeindung des Essener Nordens auch und gerade für Krupp von großem Vorteil war, ist nicht strittig. Die Firma bekam von der Stadt das Gelände für den Bau eines neuen Stahlwerks und eines eigenen Hafens und durch den Zusammenschluss galten einheitliche Verwaltungsvorschriften. Doch ebenso groß war der Nutzen für die Stadt. Krupp investierte im Stadtgebiet, schuf hier – und nicht in Rheinhausen – neue Arbeitsplätze, zahlte hier seine Steuern.

Weil es für beide – das Unternehmen und die Kommune – eine Win-Win-Situation war, engagierten sich Gustav Krupp und seine Direktoren so sehr beim Gesetzgebungsverfahren. Ohne ihre Interventionen wäre die Eingemeindung zu diesem Zeitpunkt wohl gescheitert.

Der Weg zu einem Groß-Essen war lang und steinig, doch die Bemühungen der Essener Stadtspitze galten dem Allgemeinwohl, denn insgesamt hat sich Groß-Essen bewährt. Die Entwicklung hin zu einem großflächigen Planungsraum war vorteilhafter für die Bewohnerinnen und Bewohner als das Verharren in kleinräumigen Strukturen.

